

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 58



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 58

Energiewende vom 23.09.2022-22.10.2023

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Energiewende vom 23.09.2022-22.10.2023	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Energiewende vom 23.09.2022-22.10.2023

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. September 2022:

>>Habeck: Mit dem Burnout-Minister in den Abgrund

Von *Sven Reuth*

Der Bundeswirtschaftsminister wirkt immer überforderter, gereizter und nervöser. Jetzt beklagte er sich über das zu hohe Arbeitspensum seiner Mitarbeiter und legte einen merkwürdigen Auftritt im Bundestag hin. Die Informationen in der COMPACT-Ausgabe "Habeck, der Kaltmacher") öffnen jedem die Augen - auf daß unser Volk sich erhebt, bevor es im Winter kaltgemacht wird...

Deutschland durchlebt die schwerste ökonomische Krise seit 1945. Die schlechte Lage wird nur noch durch die apokalyptischen Prognosen übertroffen. Erst gestern prognostizierte Gerhard Schenk, der Präsident des Deutschen Konditorenbundes (BIV), daß 30 Prozent der Betriebe seines Verbandes wegen der astronomischen Energiepreise nicht einmal mehr bis zum Dezember durchhalten könnten. In anderen Branchen sieht es nicht besser aus. Millionen von Menschen zittern derzeit in Deutschland um ihre Existenz.

"Das ist jetzt kein Scheiß"

Was aber macht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)? Der beklagt sich vor allem über seine eigene, angeblich schlechte Situation oder die angeblich miserable Lage seiner Mitarbeiter. So geschehen wieder gestern bei einem Kongreß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Hier äußerte der grüne Vizekanzler zur Lage der Beamten in seinem Ministerium:

"Die Leute, irgendwann müssen die auch schlafen und essen. Es ist jetzt kein Scheiß, den ich erzähle: Die Leute werden krank. Die haben Burnout, die kriegen Tinnitus. Die können nicht mehr."

Das alles ist natürlich nicht schön. Aber was soll da die Mittelstandsfamilie mit zwei Kindern und einem noch nicht abbezahlten Haus sagen, die vor einem Jahr noch ein sorgenfreies Leben führen könnte, die jetzt aber wegen einer Verzehnfachung der monatlichen Abschläge für ihren Gasversorger und explodierender Strompreise vor dem wirtschaftlichen Aus steht? Was

der prekär Beschäftigte im Niedriglohnsektor, der zuvor schon kaum den Kopf über Wasser halten konnte und für den die Situation nun vollends aussichtslos wird?

"Sind wir hier im Fußballstadion?"

Die Beamten in Habecks Ministerium können sich derzeit sicherlich nicht über mangelnde Arbeit beklagen - alles andere wäre auch nicht nachvollziehbar - sie haben aber etwas, was der großen Mehrheit der Deutschen derzeit komplett abgeht, nämlich wirtschaftliche Sicherheit.

Endkampf um die neue Weltordnung: Der Ukraine-Krieg ist nur die Ouvertüre für eine Auseinandersetzung zweier Großmächte, die unsere Welt grundlegend verändern wird. In COMPACT-Spezial "USA gegen China" erfahren Sie die historischen Hintergründe dieses Konflikts - und lesen, auf welchen Feldern er heutzutage geführt wird. ...

Die nervliche Schwäche des Vizekanzlers wurde auch in der gestrigen Bundestagsdebatte deutlich. Erst öffte er während einer Aktuellen Debatte zur Energiekrise den CDU-Politiker Andreas Jung nach, der ihn zuvor wegen der dilettantisch ausgearbeiteten Gasumlage kritisiert hatte, dann rief er mit Donnerstimme in den Plenarsaal:

"Sind wir hier im Fußballstadion oder was? Ist das hier ne' Demo?"

Habeck scheint den Belastungen seines Amtes auf psychischer Ebene nicht mehr gewachsen zu sein. Die Kritik an Habecks Gasumlage wird ja nicht nur von zahlreichen Ökonomen, sondern sogar vom Koalitionspartner FDP geteilt. Habeck reagierte darauf in der Plenardebatte des Bundestages mit einem Ausraster, der am Ende nur seine eigene Dünnhäutigkeit zeigt.

Wann handelt Scholz?

Schon in dem denkwürdigen Maischberger-Talk zu Beginn dieses Monats, in dem Habeck unfreiwillig offenbarte, daß er nicht weiß, was eine Insolvenz ist, fiel er unangenehm dadurch auf, daß er sich über sein hohes Arbeitspensum beklagte. Das ist bei einem Bundesminister aber nun mal so. Es wird jedenfalls höchste Zeit, daß Olaf Scholz seinem nervlich und fachlich völlig überforderten Wirtschaftsminister den Stecker zieht, bevor noch mehr Unheil angerichtet wird.<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/22" berichtete am 23. September 2022 (x1.387/...): >>Neue Verdunklungsgefahren

Energieversorgung: Die Bundesnetzagentur soll entscheiden, wer bei Mangellagen weiterhin Gas und Strom bekommt / Streit um die wirtschaftlichen Prioritäten

Marc Schmidt

Bislang gibt der rot-grün-rote Berliner Senat nur harmlose Energiespartips: Eine Wäscheleine sei "die kostenlose Alternative zum Trockner". Die Kesseltemperatur solle auf 60 Grad reduziert werden, nur einmal wöchentlich müsse das Wasser auf 70 Grad erhitzt werden, um Legionellen abzutöten. Winfried Kretschmanns schwäbischen Waschlappentip verkneift sich die Hauptstadtregierung, sie hält aber Duschen für wassersparender als ein Vollbad.

Im geheimen diskutiert die Berliner Polizeiführung - jenseits von spärlich beleuchteten Weihnachtsmärkten und der Kontrolle von Ladentüren - heftige Szenarien: Bürgerproteste, Rationierungen und den totalen Zusammenbruch des Stromnetzes, den Blackout. Erfahrungen von 2006 aus dem Hamburger Stadtbezirk Harburg zeigen, daß der organisierte Raub, der Zusammenbruch des Verkehrs und die sofort einsetzenden Rettungsbedarfe (Aufzüge, medizinische Notfälle) die Lage schnell in die Nähe des Ausnahmezustands rücken.

Großverbraucher unterliegen seit Frühjahr der Registrierungsspflicht

Um einen solchen Blackout, der viele Tote bringen würde und Deutschland bei einer Dauer von bis zu zwei Wochen wirtschaftlich ruinieren würde, vorsorglich zu verhindern, arbeiten Stromversorger und Bundesnetzagentur an eigenen Notfallplänen. Dabei sind die Szenarien und Vorgehensweisen für Strom und Gas deutlich unterschiedlich, das Ergebnis in Form eines schweren wirtschaftlichen Schadens jedoch nicht.

Da die deutschen Gasspeicher ohne Nachlieferungen - auch bei über 95 Prozent Füllstand - im

Winter nur für zwei Monate reichen, stellt sich die Bundesnetzagentur schon jetzt auf Engpässe ein. Wie in Kriegszeiten oder sozialistischen Mangelwirtschaften à la Rumänien unter KP-Diktator Nicolae Ceausescu wird es Zuteilungen und Abschaltungen von Gas für die Wirtschaft geben.

Bei Privathaushalten und Kleinunternehmen sind die netzseitigen Eingriffsmöglichkeiten noch gering, hier helfen nur Appelle, das Verbrauchsverhalten zu überdenken. Eine drastische Senkung des Gasdrucks im allgemeinen Netz oder eine "Streckung" des Erdgases bei gleichzeitiger Senkung des Brennwertes durch zu starke Beimischungen führen zu einem Ausfall und oftmals teuren Beschädigungen der Brenner in den Heizungsanlagen.

Anders gestaltet sich die Situation bei industriellen Großverbrauchern. Die sind ab einer technischen Anschlußkapazität von zehn Megawattstunden (MWh) verpflichtet, sich in der neuen Sicherheitsplattform Gas bei der Bundesnetzagentur zu registrieren. Dabei müssen die Unternehmen, die für 45 Prozent des deutschen Gasverbrauchs verantwortlich sind und die Gas nicht nur zur Wärmeerzeugung, sondern auch für chemische Prozesse nutzen, neue Berechnungen vorlegen.

Die Bundesnetzagentur fragt ab, welche Kosten und Schäden eine Unterbrechung der Gasversorgung und damit der Produktion bedeuten und welche soziale Bedeutung aus Sicht des Unternehmens die hergestellten Produkte für die Gesellschaft haben. Nicht zuletzt auf Basis dieser Daten wird die Bundesnetzagentur in einem - ohne Veränderung der Versorgungssituation - im Januar oder Februar zu erwartenden Engpaß zahlreiche Firmen von der Gasversorgung abschneiden lassen.

Bereits heute ist der industrielle Gasverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um ein Fünftel gesunken, etwa durch Prozeßumstellungen, Produktionsstilllegungen oder Firmenpleiten. Inwieweit die Insolvenzwelle im energieintensiven Mittelstand die Gasversorgungssituation "entspannt", läßt sich nicht seriös kalkulieren. Aber laut Verbandsumfragen sind die Geschäftserwartungen wie das Vertrauen in den Standort, die Lieferketten und die Versorgungssicherheit in Deutschland auf einem Tiefpunkt angelangt.

Durch die kurzfristige Abschaltung einzelner Gasabnehmer will die Bundesnetzagentur nicht nur eine Verbrauchssenkung bewirken, sondern auch einem zu starken Abfall des Drucks im Gasnetz verhindern. Denn dies hätte im schlimmsten Fall einen Zusammenbruch der Gasversorgung zur Folge. Abstrakt betrachtet ist das Abschaltverfahren im Gasnetz vergleichbar mit einem geplanten Brownout im Stromnetz, also einer gezielten Lastreduktion im Stromnetz, wenn etwa Wind- und Solaranlagen zu wenig Energie erzeugen.

Die Übertragungsnetzbetreiber sind gemäß Paragraph 13 des Energiewirtschaftsgesetzes seit Jahren dazu verpflichtet. Der "Lastabwurf" - etwa von energie-intensiven Aluminiumwerken oder Chemiefabriken - ist Praxis bei der Erhaltung der Netzstabilität.

Die betroffenen Firmen erhalten dafür eine Vergütung - finanziert durch die "Umlage für abschaltbare Lasten", die noch bis Ende 2023 auf der Stromrechnung erscheint. Der Brownout verdankt seinen Namen übrigens der stark nachlassenden Lichtausbeute von Glühlampen bei einem Spannungsabfall. Wesentlich schwerer sind die Auswirkungen von Netzschwankungen auf empfindliche und ungepufferte wie Computerserver, medizinische Geräte oder Steuerungsanlagen. Diese sind für merkliche Spannungsabfälle und Frequenzschwankungen nicht ausgelegt. Doch diese Schäden sind "harmlos" im Vergleich zu einem vollständigen Stromausfall in einem Teilnetz oder gar einem landesweiten Blackout.

Gasverfeuerung statt Atomkraft, Kohle- und Ölreaktivierung

Um die unvermeidlichen Schwankungen der grünen Ökoenergien auszugleichen, sprangen bislang kurzfristig teure Öl- und vor allem Erdgaskraftwerke an. Doch das ist angesichts der Gaskrise nicht mehr gewährleistet. Deswegen fordern inzwischen nicht nur die Stromnetzbetreiber, sondern selbst die - inzwischen eher grün eingestellten - fünf Ökonomen des Sach-

verständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung einen Weiterbetrieb der drei verbliebenen Atomkraftwerke. Auch die heruntergefahrenen Kohlekraftwerke müßten aus der Reserve geholt werden.

Doch bislang zögert die Ampel-Regierung. Und unterhalb der großen Politik lauert inzwischen noch eine ganz andere Gefahr: Anschläge und Sabotage durch "Klima-Aktivisten". Am vergangenen Montag reichten weniger als zwei Dutzend an Gleisen und Förderbändern festgekettete Radikale der Gruppe "Unfreiwillige Feuerwehr" aus, um zwei der vier Blöcke des Braunkohlekraftwerk Jänschwalde in der Niederlausitz vom Stromnetz abzutrennen.

Stundenlang fehlten etwa 1.000 Megawatt Leistung - das entspricht etwa 200 Windrädern im idealen Vollastbetrieb. Doch um Anlagen technisch "am Leben erhalten", mußte kurzfristig teures Öl verfeuert werden, erklärte der erzürnte Kraftwerkschef Andreas Thiem im Sender RBB.

Gefahr Brownout?

Ein Blackout ist ein tagelanger totaler Stromausfall, wie es ihn zuletzt im Extremwinter 1978/79 in Norddeutschland gab. Als kontrollierter Brownout wird die gezielte Lastreduktion im Energienetz bezeichnet. Die Übertragungsnetzbetreiber schalten große Stromverbraucher, Stadtviertel oder Landkreise kurzfristig ab, um den Stromausfall lokal zu begrenzen und so einen Blackout zu verhindern. In Südafrika sind Brownouts seit Jahren an der Tagesordnung. (fis)<<

<

[Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 40/22" berichtete am 30. September 2022 \(x1.387/...\): >>Die Lebensader abschneiden](#)

Drohender Wirtschaftskollaps: Eine Industrienation zerstört sich selbst - mit fatalen Folgen für den Einzelnen

Von Holger Douglas

Was Deutschland droht, hat Detroit bereits hinter sich. Einst galt die blühende Stadt im US-Bundesstaat Michigan aufgrund der großen Autohersteller als "Motor City". Kaum eine andere Stadt erlebte jedoch nach dem Niedergang ihrer Autoindustrie eine solch starke Deindustrialisierung. Der Abstieg der Metropole führt uns vor Augen, was der Begriff tatsächlich bedeutet. Hunderttausende Arbeitslose, geschlossene Geschäfte, leerstehende Häuser - wer konnte, verließ die Stadt. Kriminalität, Brandstiftung und eine korrupte Verwaltung taten ein Übriges, um Detroit zur Geisterstadt werden zu lassen.

Auch hierzulande werden erste Industriegebiete zu Geisterstädten. Heute stehen riesige Fabrikanlagen leer in Deutz bei Köln wie in vielen anderen Städten des Ruhrgebietes, zerfallen die Backsteinmauern der Industriebauten, pfeift der Wind durch eingeworfene Fenster. Ein ähnliches Bild bietet sich auch in anderen Regionen Deutschlands.

Nein, es ist kein wirtschaftliches Versagen wie in Detroit, es ist auch kein äußerer Feind, der vor den Landesgrenzen steht und die Energieversorgung zerstört. Der Feind steht im eigenen Lande und vernichtet mit voller Absicht die Infrastruktur. Eine Phalanx aus NGOs, Grünen, SPD und CDU schaltet mit lautem Beifall ein funktionierendes Kraftwerk nach dem anderen ab, eins in Hamburg-Moorburg ist gerade erst fünf Jahre alt gewesen. Milliardenwerte werden vernichtet und die gesicherte Stromversorgung ausgemerzt.

Gleichzeitig versucht eine Ampelkoalition verzweifelt, die dadurch entstehenden gigantischen Kosten vor dem Wahlvolk zu verstecken. Mal soll das Täuschungsmanöver Gasumlage heißen, dann wieder nicht, nachdem die dramatischen Beträge für die Haushalte klar wurden. Beliebte ist zur Zeit ein Gaspreisdeckel, wobei offen ist, wer die Luft zwischen Deckel und Realität bezahlen soll.

Stromleitungen aber sind die Lebensadern einer modernen Industriegesellschaft. Das hat dramatische Folgen, die langsam spürbarer werden. Über Blackouts wird mittlerweile so geredet

wie über die Ausgestaltung des kommenden Urlaubs. Eine Regierende Bürgermeisterin in Berlin wagt zu behaupten, Stromausfälle seien vertretbar - für ein Industrieland eine Katastrophe.

Die Autoindustrie verlagert bereits ihre Produktion ins Ausland. Schleichend, still und heimlich. Volkswagen prüft laut Bloomberg Möglichkeiten einer Erdgasknappheit entgegenzuwirken. Dazu gehört auch die Verlagerung innerhalb des weltweiten Werksnetzes. Das Unternehmen verfügt über große Fabriken in Deutschland, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Eine weitere Option ist die Produktion in China.

"Als mittelfristige Alternativen konzentrieren wir uns auf die Verlagerung von Produktionskapazitäten", ähnlich wie dies bei "Halbleiterknappheit" und "anderen jüngsten Störungen der Lieferkette" bereits "gängige Praxis" sei, lautet die nüchterne Erkenntnis von Geng Wu, Leiter der Volkswagen-Abteilung Beschaffung.

Der Mittelstand kann kaum verlagern. Er muß schließen, wenn Strom und Gas die Produktion zu teuer machen. Das trifft mittlerweile fast alle Betriebe, die viel Energie benötigen: Hüttenwerke, Gießereien, Papierfabriken. Ein Übriges tragen jene unseligen CO₂-Preise bei, die beständig steigen. Sie bereiteten vor einem Jahr bereits dem alteingesessenen Papierhersteller Zanders das Aus. Ausgerechnet am Tag der Arbeit, am 1. Mai 2021, war für das Unternehmen Schluß. Es sollte sieben Millionen Euro für jene grotesken CO₂-Steuern bezahlen, ansonsten hätte ein Bußgeld in Höhe von drei Millionen Euro gedroht. Grund genug für den skandinavischen Investor, dichtzumachen.

Weitere Folge knapper und teurer Energie: der Kollaps der Versorgung mit Lebensmitteln. Die wird bisher wesentlich durch mittelständische Betriebe und das Handwerk geleistet. Doch Metzger und vor allem Bäcker können die hohen Energiekosten nicht mehr bezahlen; ein Bäcker kann nicht mit halber Wärme seine Brötchen backen. Notwendige Preissteigerungen kann das Handwerk nicht mehr an seine Kunden weitergeben. Eine Insolvenzwelle ungeheuren Ausmaßes kündigt sich an.

Dieser Prozeß geht schleichend vonstatten. Erst verschwindet der Bäcker an der Ecke, dann läßt der Metzger seinen Rolladen für immer herunter, es macht der kleine Betrieb dicht, der all die Jahre Kunststoffteile geliefert hat. In ganzen Straßenzügen sammeln sich Blätter, Papiere und Unrat, die der Wind in die Ecken treibt. Es ist niemand mehr da, der saubermacht. Detroit ist überall.

Noch sind die Schreckensszenarien für viele Bürger vermeintlich weit weg - außer für die betroffenen Betriebsangehörigen. Doch Haushalte werden bereits jetzt durch unmäßig gestiegene Strom- und Gaspreise so geschröpft, daß am Monatsende nichts mehr übrigbleibt. Nicht einmal mehr die kaputte Waschmaschine kann ersetzt werden. Sparkassenverbände rechnen damit, daß bald 60 Prozent der Haushalte gerade noch die Lebenshaltungskosten bezahlen können.

Diejenigen, die vom Sozialamt leben, haben mit höheren Öl- oder Gaspreisen hingegen wenig Probleme: Das Amt zahlt. Also letztlich der, der noch arbeitet. Das führt dazu, daß der Arbeitende selbst in Bedrängnis gerät, weil er aus eigener Arbeitskraft nicht mehr die ins Wahwitzige gestiegenen Preise bezahlen kann und womöglich frierend in seiner Wohnung sitzt.

Unterdessen sind die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte bereits im April so stark gestiegen wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1961. Laut Statistischem Bundesamt lagen sie um 39,9 Prozent höher als im April 2021 Ganz zur Freude einiger Politiker: Die "Zeit billiger Lebensmittel" sei vorbei, verkündete jüngst die ehemalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne). Aufgrund des Klimawandels sei eine Transformation notwendig. Kein Fleisch, sondern Hülsenfrüchte stehen also künftig auf dem Speiseplan.

Deindustrialisierung - das ist eben nicht nur einmal eine kurze Stromunterbrechung, teurer Sprit und hohe Gaspreise. Das ist der Rückfall in die Steinzeit. Nachts soll die Straßenbe-

leuchtung ausgeschaltet werden, schlagen erste klamme Städte und Gemeinden vor. Doch erst durch das Fehlen des Lichts merkt man, was eine Beleuchtung ausmacht. Auch in Detroit waren bis zu 40 Prozent der 88.000 Straßenleuchten defekt.

Es war so dunkel, daß die Stadt ein Erneuerungsprogramm beschloß, um der Kriminalität Herr zu werden. Für 185 Millionen Dollar wurde schließlich die Straßenbeleuchtung saniert. Es ist schwer und teuer, eine Industriestadt auch nach einer Krise wieder zu beleben und neu aufzubauen. Um wieviel schwieriger fällt dies wohl bei einem mutwillig abgewürgten Industrieland wie Deutschland?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/22" berichtete am 7. Oktober 2022 (x1.387/...): >>US-Bundesstaaten locken deutsche Firmen mit billiger Energie an

Bye-bye Germany

Thomas Kirchner

Fließt kein billiges Gas zu den Unternehmen, sind sie nicht automatisch insolvent, sie müssen dann aber aufhören zu produzieren. Das glaubt Wirtschaftsminister Robert Habeck. Was der Grüne nicht bedacht hat: Die Firmen können auch zum billigen Gas ziehen. Ging Abwanderung bisher Richtung Osten, droht jetzt Abwanderung in den Wilden Westen, wo Erdgas reichlich vorhanden und billig ist.

Aktuell locken mehrere US-Bundesstaaten gezielt deutsche Unternehmer mit niedrigen Preisen und Steuern. Wie hoch diese wirklich sind, ist im Dickicht von Bundessteuern, lokalen Steuern, Subventionen, Mindeststeuern und Doppelbesteuerungsabkommen nicht so klar. US-Finanzministerin Janet Yellen erwägt kurz vor den Zwischenwahlen eine Erhöhung der Unternehmenssteuern auf 32 Prozent.

Erdgas kostet in den USA etwa ein Zehntel soviel wie derzeit in Deutschland, Strom etwas mehr als ein Viertel. Deutschland will Flüssigerdgas (LNG) ohne Rücksicht auf einen wettbewerbsfähigen Preis importieren, doch in einem exportorientierten Industrieland stellt sich bei zu hohen Kosten die Frage: Die Marktanteile der ausländischen Konkurrenz überlassen oder selbst im Ausland fertigen?

Etwa 500 deutsche Unternehmen haben schon ihren US-Sitz in Georgia. In München und elf anderen Städten unterhält der republikanisch regierte Ostküstenstaat eine Wirtschaftsvertretung. Atlanta ist nicht nur Sitz von Coca-Cola und CNN, sondern auch Standort des weltgrößten Flughafens.

Zwei Flugstunden westlich davon liegt Oklahoma. Dessen Gouverneur, Kevin Stitt, selbst einst Unternehmer, wirbt mit niedrigen Lebenshaltungskosten und billiger Energie: Oklahoma sitzt - wie der südliche Nachbar Texas - auf riesigen Öl- und Gasvorkommen, die schon in präkolumbianischer Zeit genutzt wurden. Die amerikanischen Avancen stoßen auf offene Ohren. In einer Umfrage des Industrieverbands BDI gab ein Viertel der Firmen an, eine Verlagerung ins Ausland in Betracht zu ziehen. Doch für kleinere Betriebe, das bisherige Rückgrat der deutschen Wirtschaft, ist Abwandern keine realistische Option.

Und es sind nicht nur deutsche Unternehmen, die abwandern. Der von dem indischen Milliardär Lakshmi Mittal kontrollierte Stahlkonzern ArcelorMittal kündigte die Halbierung der Produktion in zwei deutschen Werken an - statt dessen expandiert das Werk in Texas. Das Wiedererstarken der US-Industrie aber liegt nicht nur an Europas Energiemisere. Die Rückverlagerungen aus Asien begannen schon zur Zeit von Donald Trumps Handelskrieg und sie nahmen nach den Corona-Verwerfungen richtig zu.

Der alte Industriegürtel im Nordosten profitiert davon zwar auch, aber in den US-Südstaaten ist die Dynamik spürbarer: Das weltweit größte BMW-Werk befindet sich in Spartanburg (South Carolina). In Georgia lagen Investitionen 2021 um 94 Prozent über dem vorherigen Höchststand, die Zahl neuen Arbeitsplätze lag 53 Prozent darüber. Kommt die Abwanderungswelle aus Deutschland in Schwung, könnte Georgia erneut Rekorde aufstellen.

Für die deutsche Wirtschaft und künftige Steuereinnahmen heißt das nichts Gutes. Unternehmen schicken zum Aufbau neuer Auslandsfilialen ihre erfahrensten Mitarbeiter. Haben die sich erst einmal eingelebt und an die deutlich höheren US-Gehälter gewöhnt, werden nicht alle wieder nach Deutschland zurückkehren. Somit wandern nicht nur die Firmen, sondern auch die Hochqualifizierten ab.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/22" berichtete am 14. Oktober 2022 (x1.387/...): >>**Deutschland im energetischen Notstand**

Strom- und Gasmangel: Handwerker und Mittelständler in Existenznot / Großkonzerne zeigen demonstrative Gelassenheit

Paul Leonhard

Der Appell ist eindringlich: "Wenn jeder Haushalt 60 Watt weniger verbraucht, sind das 30 Megawatt in der Hauptstadt." In den Spitzenzeiten müsse jeder seinen Stromverbrauch drosseln. Im sächsischen Mittweida schaltete die Hausgemeinschaft der Goethestraße 29 das Flurlicht auf Notbetrieb, in Gera verzichteten die Stadtväter darauf, nachts ihr Rathaus anzustrahlen. Was sich wie ein Bericht vom Oktober 2022 liest, ist ein Spiegel-Beitrag vom Januar 1970, als in der DDR nach einem Großbrand im Braunkohlekraftwerk Lippendorf bei Leipzig die Energieversorgung kurzfristig in Not kam.

Zu einem totalen Blackout kam es selbst im Katastrophenwinter 1978/79 nicht, denn ab 1974 gingen die Reaktoren des AKW Greifswald ans Netz. Und um die ab 1978 verteuerten sowjetischen Öllieferungen zu ersetzen, wurde radikal auf Kohle- und Kernkraft umgestellt. Beide Stromquellen hat die "Energiewende" ab 1999 ins Aus bugsiiert, aber Wind- und Sonnenkraft sicherten 2021 nur 5,2 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs. 26,7 Prozent lieferte 2021 Gas, nach Öl (31,8 Prozent) und vor Kohle (17,9 Prozent) der zweitwichtigste Energieträger. Doch Ukraine-Krieg und Sanktionen haben Erdgas und Strom zur Mangelware gemacht.

Kleine Familienunternehmen geben ihr Geschäft einfach auf

Der Verbrauch sei zu stark angestiegen, klagte vorige Woche Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur. Die Regierungsappelle würden kaum greifen. Der Gasverbrauch der privaten Haushalte und kleineren Gewerbekunden habe in der 39. Kalenderwoche mit 618 Gigawattstunden (GWh) zehn Prozent über dem Niveau der Jahre 2018 bis 2021 gelegen. Diese Verbraucher seien für 40 Prozent des Gasverbrauchs verantwortlich. "Wir werden eine Gasnotlage im Winter ohne mindestens 20 Prozent Einsparungen im privaten und gewerblichen Bereich kaum vermeiden können", warnte der frühere grüne Umweltminister von Schleswig-Holstein. Die Lage könne "sehr ernst" werden.

Die Bäckereikette Thilmann Brot aus Wolken in Rheinland-Pfalz war unschuldig an der Gasnotlage. Das Familienunternehmen mit 93 Mitarbeitern und 20 Filialen hat schon am 13. September Insolvenz angemeldet. Wegen der Rohstoff- und Energiepreise sind auch die Bäckereien Goldjunge aus Langenzenn (Franken) und Otten aus Bremen oder Stöhr-Brot aus Westerstede (Oldenburg) und die Brotmanufaktur Gaus aus Hannover pleite.

"Wir können unsere Kosten nicht eins zu eins an die Verbraucher weitergeben, sonst gehen noch mehr Kunden zu den Discontnern", erklärte Heinrich Traublinger, Innungsmeister für das bayerische Bäckerhandwerk, in der Augsburger Allgemeinen.

Viele Handwerker und kleinere Firmen wissen nicht, wie es für sie weitergeht. Ihre Rücklagen sind schon während der Corona-Schließungen aufgebraucht worden. Die versprochene "Gaspreisbremse" kommt für sie zu spät. Müllers Sparappelle klingen für die Betroffenen wie Hohn: Die Insolvenzwelle sei bereits im Gang, und sie werde noch viel größer werden, prognostiziert Reinhold von Eben-Worlée, Verbandspräsident der Familienunternehmer.

Nach Angaben des MIT-Bundesverbandes gibt es täglich 500 bis 600 Insolvenzen. Und: "Gerade kleine Familienunternehmen geben ihr Geschäft einfach auf, ohne offiziell Insolvenz anzumelden", sagte Susan Hasse vom Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks dem Bu-

siness Insider. Diese würden erst aus der Statistik fallen, "wenn sie ihre Innungsmitgliedschaft oder den Eintrag in der Handwerksrolle kündigen".

60 Prozent des Erdgases verbrauchen größere Firmen und Gaskraftwerke, die die stillgelegten Atom-, Kohle- und Ölkraftwerke ersetzen. Hier ist die Kapitaldecke größer, die höheren Kosten können oft noch an die Kunden weitergegeben werden, wie eine große Umfrage des Handelsblatts ergab: Lidl und Kaufland haben eine eigene Backfabrik von Gas und Öl umgestellt - allerdings für einen zweistelligen Millionenbetrag.

Auch Continental, der Dufthersteller Symrise, Henkel und Siemens Healthineers wollen Gas mit Öl ersetzen. VW will sein firmeneigenes Kraftwerk in Wolfsburg vorerst nicht von Steinkohle auf Gas umstellen. Der Zementkonzern Heidelberg Materials verlagert Teile seiner Produktion aufs Wochenende, weil dann die Strompreise geringer sind. Airbus paßt ebenfalls seine Arbeitsschichten entsprechend an.

Die Allianz, der Chemieriese Beiersdorf und Eon beleuchten ihr Logo nicht mehr. BMW habe seine Außenbeleuchtung sogar weitgehend abgeschaltet, die Deutsche Bank ihren Brunnen vor der Frankfurter Zentrale stillgelegt und die Münchener Rückversicherung die abendliche Beleuchtung von Kunstwerken eingestellt. Bei RWE sollen Bewegungsmelder dafür sorgen, daß Flächen nicht mehr dauerhaft beleuchtet werden.

Daimler Truck habe Lüftungsanlagen optimiert, Leuchtstoffröhren gegen LED-Lampen ausgetauscht und Maschinen umprogrammiert. Der Hamburger Staplerhersteller Jungheinrich schließt bis Ende März 2023 eines der beiden Bürogebäude. Bayer und Infineon zögern noch mit der Homeoffice-Pflicht, zunächst werden erst einmal die Bürottemperaturen abgesenkt.

Fresenius hat seine Dieselvorräte für die Notstromversorgung erhöht. Für den Leverkusener Chemiekonzern Covestro (7.000 Beschäftigte in Deutschland) ist Gas allerdings kurzfristig als Rohstoff unersetzlich. Bei einem Lieferstopp müßten die sieben deutschen Standorte heruntergefahren werden, was zudem schwerwiegende Folgen für viele Branchen hätte: chemische Vorprodukte sind eben auch unersetzlich. Doch anders als die regionalen Handwerker hat der Dax-Riese schon Standbeine in China, Texas und Thailand. Die BASF produziert auch in Mexiko und Malaysia. Und dort droht schließlich kein Strom- und Gasmangel.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2022: >>**Das böse Erwachen kommt**

Gaspreisbremse: Nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein / Rettung mit Vernunft?

Von *Stefan Kofner*

Die von der Gas-Wärme-Kommission vorgeschlagene "Gaspreisbremse" ist der Kern des schuldenfinanzierten 200 Milliarden Euro schweren "Doppelwumms" der Bundesregierung. Die kurzfristigen Energiepreissubventionen entsprechen 44 Prozent des Bundeshaushalts für 2022.

Die bereits getroffenen Maßnahmen gegen die steil angestiegenen Energiepreise - Aussetzung der EEG-Umlage, Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas, die Wohngeldreform mit Heizkostenzuschuß I und II sowie die Energiepauschale - sind dagegen bloß Peanuts. Vorgeesehen ist ein zweistufiges Modell zur Entlastung von Gas- und Fernwärmekunden.

Die erste Stufe ("Winterbrücke") sieht vor, daß der Staat für Privatpersonen und Kleinbetriebe (Bäckereien, Einzelhändler) einmalig die Heizkostenvorauszahlungen im Dezember übernimmt: Die Versorger sollen auf die im Dezember fällige Abschlagszahlung verzichten und erhalten das Geld anschließend erstattet. Mieter erhalten eine Gutschrift auf ihr Betriebskostenkonto. Den beachtlichen administrativen Aufwand haben die Versorgungsunternehmen und die Vermieter zu tragen.

2021 begann der Kostenanstieg in wahrhaft sphärische Höhen

In der zweiten Stufe soll im Zeitraum vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 eine Grundbezugsmenge an Gas (80 Prozent des Verbrauchs, der der Abschlagszahlung im September 2022

zugrunde gelegt wurde) auf einen Preis von zwölf Cent pro Kilowattstunde (kWh) heruntersubventioniert werden. Für Verbräuche oberhalb dieses Grundkontingents gilt der volle Marktpreis. Der erhaltene Rabatt soll als geldwerter Vorteil "mit möglichst hohen Freibeträgen" versteuert werden. Für die Großindustrie (rund 25.000 Betriebe) gibt es keine Dezemberzahlung. Dafür setzt für sie die Preisbremse bereits zum 1. Januar ein.

Für viele kommen diese Entlastungen zu spät, denn die Gaspreise sind bereits seit Oktober 2021 steil angestiegen: Laut den Daten des Vergleichsportals Verivox kostet eine kWh Gas derzeit für Neukunden im Mittel schon 28,3 Cent. Vor einem Jahr lag der Gaspreis nur bei 6,8 Cent, im Dezember bei 11,3 Cent. Der Anstieg in wahrhaft sphärische Höhen bis zu 40 Cent setzte allerdings erst nach dem 20. Juni ein.

Seit Anfang September sind die Preise jedoch wieder rückläufig, laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) waren es unter Berücksichtigung der Altverträge für Privathaushalte im Schnitt "nur" 15,29 Cent. Die individuelle Belastung hängt von verschiedenen Faktoren, nicht zuletzt aber von der jeweiligen vertraglichen Situation ab. Insofern ist die vorgesehene Einmalzahlung alles andere als treffsicher.

Vor allem aber kompensiert sie die bereits eingetretenen Belastungen nicht: Die zweite Stufe der Gaspreisbremse greift erst ab 1. März. Das bedeutet, daß für einen Zeitraum von 17 Monaten, der zwei Winter mit hohen Gaspreisen umfaßt, die Dezember-Einmalzahlung die einzige Kompensation bildet. Das ist in vielen Fällen nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein: Wenn sich etwa der Abschlag für ein Reihenhäuschen im Januar von 200 auf 600 Euro verdreifacht hat, dann ist der betreffende Haushalt bis Ende Februar 2023 mit 5.600 Euro zusätzlich belastet, wovon ihm nur 600 Euro (rund zehn Prozent) erlassen werden.

Bei den Mietern sind die gerade angepaßten Vorauszahlungen in den meisten Fällen noch viel zu niedrig, weil sich die Gaspreissteigerungen im Abrechnungsjahr 2021 noch nicht wesentlich niedergeschlagen haben. Das böse Erwachen kommt im nächsten Jahr in Form von gewaltigen Nachzahlungen für 2022, die viele Mieter finanziell überfordern werden.

Das ausgeklügelte Kommissionsmodell ändert daran nichts. Auf der anderen Seite bringen die Vermieter die Mehrkosten für die im Verlauf dieses Jahres steil angestiegenen Brennstoffkosten zunächst zu Lasten ihrer Liquidität und Investitionsfähigkeit allein auf. Die Kommission will ihnen in Härtefällen mit zinslosen Liquiditätshilfen über die Zeit helfen.

Die Verteilungswirkungen der Gaspreisbremse sind trotz der Besteuerung des Rabatts als geldwerter Vorteil eindeutig regressiv, denn die Bemessungsgrundlage ist der aktuelle Verbrauch. Je größer und je weniger energieeffizient die Wohnung oder die Gewerbefläche, desto höher fällt der Rabatt aus.

Die Argumentation für eine Ex-post-Versicherung (Rudi Bachmann; University of Notre Dame/Indiana) ist zwar bis weit in die Mittelschicht hinein nachvollziehbar, aber eben nicht darüber hinaus. Wir dürfen mitten in einem Wirtschaftskrieg nicht 80 Prozent des Heizenergieverbrauchs der Millionärsvilla oder des Penthouse einschließlich Sauna, Pool und Wintergarten subventionieren.

Auf der anderen Seite ist die Entlastung für Haushalte mit geringen Einkommen nicht ausreichend. Wer keinen Spielraum im Budget und keine Ersparnisse (mehr) hat und von steigenden Lebenshaltungskosten hart betroffen ist, der kann sich eine Verdoppelung der Vorauszahlung auf die Heizkosten oder eine vierstellige Nachzahlung einfach nicht erlauben. Die betroffenen Menschen müssen dann frieren oder Schulden anhäufen.

Keine praktikablen Alternativen für Industrie und Kleingewerbe

Davon abgesehen belohnt die Gaspreisbremse die Energieverschwendung nach dem Motto, wer vernünftig geheizt oder sein Eigenheim energetisch modernisiert hat, ist eben der Dumme. Im Unternehmenssektor wird der Wettbewerb verzerrt. Eigenverantwortung und Resilienz von Privathaushalten und Unternehmen dürfen nicht völlig aus dem Blick geraten. Außerdem

braucht es sowohl eine gewisse Einkommensabhängigkeit als auch eine stärkere Pauschalierung der Entlastungen.

Zu den Kommissionsplänen für Industrie und Kleingewerbe gibt es keine praktikablen Alternativen. Es wäre zu aufwendig, die Verbrauchsmengen nach Branchen zu pauschalieren. Aber die Idee der Kostenneutralität bei 20 Prozent Einsparung treibt die Subventionskosten. Hier muß abgerüstet werden, vielleicht indem man nur zwei Drittel des derzeitigen Verbrauchs subventioniert.

Für die wohngebundenen Energiekosten sollte nach einer anderen Lösung - vielleicht innerhalb des Wohngeldsystems - gesucht werden, die bedürftige Haushalte bis weit in die Mittelschicht hinein zielgenau entlastet. Davon abgesehen ist es jetzt wichtig, den Mietern die Vorauszahlungen sofort an die aktuell von den Vermietern verauslagten Beschaffungspreise anzupassen. Sie würden mit ausreichenden Vorauszahlungen besser dastehen als mit einer unberechenbaren Nachzahlung und die Vermieter bräuchten nicht mehr vorzufinanzieren. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24178" berichtete am 19. November 2022 (x1.178/...): >>>Drosselung von Strom in einer Energiekrise?

Ein Zeugenbericht

Betreibern von Windkraft- und Solaranlagen sowie Landwirten großer Biogasanlagen ist es nicht erlaubt, vorhandene Kapazitäten einzuspeisen oder Energiegewinnung in den Anlagen zu nutzen. Sehr verwunderlich angesichts der propagierten Stromknappheit! Außer, es erweist sich, daß dies absichtlich geschieht ...

Grüne Stromerzeuger profitieren massiv mit ihren Windkraft- und Photovoltaikanlagen von den Rekordpreisen in Deutschland. Die Anlagen erhalten enorme staatliche Subventionen und profitieren von den steigenden Strompreisen an den Strombörsen, während sich die eigenen Kosten nicht ändern.

Obwohl Wolfgang Kiene, der Geschäftsführer der Maka Windkraftanlagen aus Nordrhein-Westfalen, Rekordgewinne auf den produzierten Strom erhält, ist er alles andere als glücklich über diese Situation. Aus diesem Grund schrieb er einen offenen Brief an Politiker und legte damit ihnen und ebenso seinen Kunden und Geschäftspartnern offen, was es mit der jetzigen Energiekrise auf sich hat.

Auszug aus dem Brief des Geschäftsführers der Maka-Windkraftanlage:

"Täglich dreht sich mir der Magen um. Nachrichten über Preise und speziell Strompreise - ich kann das nicht mehr hören. Warum das?

Weil die Politik nicht an die Wurzeln geht. Strom ist knapp und teuer. Das Letzte stimmt sogar. Doch knapp? Unser Windpark in Fürstenau läuft nur noch wenig. Zumindest, wenn Wind weht. Nicht, weil die Maschinen defekt sind. Nicht etwa, weil das Netz knapp ist. Nein. Weil an der Börse gezockt wird.

Wir als Windkraftbetreiber sind an diese Börse gezwungen worden. Vom Gesetzgeber. Jetzt heißt es, wir bekommen zu viel für unseren Strom. Für den Monat August 2022 gab es rund 46 Cent für unsere Produktion an der Börse. Dafür muß man sich schämen. Das darf man niemanden erzählen. Aber wir können nichts dafür. Wir müssen an die Börse. Wenn der Strom wenigstens knapp wäre und wir liefern auf Angebot und Nachfrage für diesen Preis. Nein.

Aktuell: Heute ist Samstag, 17. September 2022. Unser Park könnte pro Stunde rund 8.000 KWh produzieren. Er ist aber abgeregelt. Abgeregelt, weil an der Börse wieder spekuliert wird. Jetzt sollte uns das gar nicht stören. Wir bekommen nämlich den abgeregelt "Strom" voll vergütet. Zahlt ja der Kunde. Dem wird erzählt, der Strom sei knapp und er müsse sparen. In Wahrheit zahlt der Kunde den abgeschalteten und den dadurch verknappten Strom und weiß nicht, wie er das stemmen soll.

Pervers. Sorry.

Hunderttausende Kilowattstunden sind so schon bei uns nicht produziert worden. Weil die

Politik das gar nicht auf dem Schirm hat. AKWs einschalten, weil der Strom knapp ist. Kohle wieder verbrennen, weil der Strom knapp ist und auch ordentlich noch Gas in die Kraftwerke, weil der Strom knapp ist. Und Windparks ausstellen - damit der Strom knapp bleibt.

Lieber Stromkunde: Sie werden verarscht und wir auch!

Ich möchte gern den nächsten Bäcker mit bezahlbarem Strom beliefern, die nächste Siedlung oder die nächste Fabrik. Ich darf es nicht. Weil die Großen das Geschäft machen, für sich und nicht für die Allgemeinheit.

Und die Politik spielt mal wieder mit."

Verehrte Zuschauer,

wie auch aus anderen Quellen zu entnehmen ist, so ist dieser Zeugenbericht kein Einzelfall. Gleichfalls betroffen sind Tausende Photovoltaik-Anlagen - gewerblich sowie privat - als auch Biogasanlagen. Angesichts einer angeblich schweren Energiekrise ist dieses Vorgehen nicht nachvollziehbar, und

es steht einmal mehr außer Zweifel: Krisen werden gemacht!<<

[Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 22. November 2022 \(x1.230/...\):](#)

>>**Angriff auf den Mittelstand**

Von innen heraus wird die deutsche Wirtschaft im Interesse Dritter zerstört.

Von *Christian Kreiß*

Viele politische und wirtschaftliche Maßnahmen der letzten Zeit schaden offenkundig stark unserem Mittelstand, dem Rückgrat unseres Wohlstandes. Führende Wirtschaftsvertreter sagen: "Die Substanz der Industrie ist bedroht" oder: "Wir werden einfach ärmer. Für Deutschland male ich Ihnen ein Bild: Ich würde mich nicht wundern, wenn wir am Ende 20 bis 30 Prozent ärmer sind". Das konservative Handelsblatt spricht von der Gefahr einer Deindustrialisierung Deutschlands. Maßgeblich an diesem Niedergang beteiligt ist die Politik unserer Außenministerin und unseres Wirtschaftsministers. Welche Auswirkungen hat diese Politik, was könnten ihre Motive sein und wer profitiert davon?

Politische Maßnahmen und ihre Auswirkungen

1. Energiepolitik

Bereits vor Beginn des Ukrainekriegs, am 3. Februar 2022, sagte Annalena Baerbock: "Von Nord Stream 2 profitiert nur einer: das System Putin". Diese Aussage ist falsch. Das preiswerte und äußerst umweltfreundliche russische Pipeline-Erdgas nützt unserem Mittelstand und unseren Bürgern in großem Ausmaß. Es sorgt für eine günstige Energieversorgung unserer Haushalte und wettbewerbsfähige Kosten für die Unternehmen in unserem Lande. Die Aussage zeigt gut die Einäugigkeit und ideologische Brille, durch welche die Außenministerin die Welt betrachtet. Die Interessen der Menschen und der Unternehmen hierzulande spielen für sie offenbar keine nennenswerte Rolle.

2. Sanktionspolitik und Verunglimpfung Rußlands

Seit dem Ukrainekrieg schürt Frau Baerbock in starkem Maße Ressentiments gegen Rußland, verunglimpft Land und Leute, feuert dadurch den Krieg weiter an und verhindert alle Ansätze zu Friedensverhandlungen. Aussagen wie "Das wird Rußland ruinieren" am 25. Februar 2022 anlässlich des ersten Sanktionspakets oder ihre Ausführungen, sie wolle Rußland derart schädigen, daß "es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt" schüren Abneigung und Feindschaft gegen das russische Volk und verhindern im Vorfeld alle Bemühungen um Frieden. Die ständigen Forderungen der Grünen-Politiker nach immer mehr Waffenlieferungen widersprechen jahrzehntelangen Grundsätzen grüner Politik.

Am Rande sei bemerkt: Für mich ist es ein Skandal ersten Ranges, daß Gesundheitsminister Lauterbach per Twitter Rußland den Krieg erklären kann und nicht sofort aus seinem Amt entfernt wird wegen diplomatischen Fehlverhaltens von gewaltiger Dimension.

Die deutsche Sanktionspolitik gegen Rußland schadet dem deutschen Mittelstand in größt-

möglichem Ausmaß. Die Gaspreise der deutschen Industrie waren diesen Sommer etwa achtmal so hoch wie die der US-Konkurrenz. Das überlebt unser Mittelstand nicht lange.

Dazu kommen sanktionsbedingte Lieferausfälle und Materialengpässe, die die Produktion ebenfalls beeinträchtigen.

Auch unter Umweltsichtspunkten ist die Energiepolitik der beiden grünen Spitzenpolitiker fatal falsch. Statt Gas direkt über die Pipelines aus Rußland zu beziehen, wird es nun verflüssigt, um die Welt geschickt und landet zu weit überhöhten Preisen wieder auf dem europäischen Markt.

Außerdem kommen nun größere Mengen als früher von äußerst umweltbedenklichem US-Frackinggas zu sehr viel höheren Preisen als russisches Pipeline-Gas in Europa an. Ähnliches geschieht mit russischem Öl, das nun wegen der Sanktionen über kostspielige und umweltschädliche Dreiecksgeschäfte schließlich wieder auf dem europäischen Markt landet. Das ist absurd, massiv umwelt- und wirtschaftsschädigende grüne Politik.

3. Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsminister Habeck glänzt durch Inkompetenz, wirtschaftspolitischen Zickzackkurs und Fehleinschätzungen. Ein paar wenige Beispiele: Der Wirtschaftsminister glaubte, die BaFin sei für das Prüfen von Handwerkerrechnungen zuständig. Angesichts dramatisch steigender Gaspreise wollte er eine Gaspreisumlage einführen, die die Gaspreise für die Endabnehmer noch weiter erhöht hätte.

Dann die Kehrtwende eines Gaspreisdeckels, also genau das Gegenteil. Die Idee von Herrn Habeck, die verbliebenen drei Atomkraftwerke am 1. Januar 2023 abzuschalten, wenn es allmählich richtig kalt wird, ist an ökonomischer Kurzsichtigkeit schwer zu überbieten.

Statt einen detaillierten Energiefahrplan durch die Wintermonate nach Schweizer Vorbild zu erarbeiten, scheint der Wirtschaftsminister lieber auf einen milden Winter und Glück zu hoffen.

Zu sagen, wir hätten kein Stromproblem, sondern ein Gasproblem, oder Läden seien nicht insolvent, sie würden einfach nur nicht mehr verkaufen, spricht Bände. Für Unternehmen ist Kompetenz, Planungssicherheit und Zuverlässigkeit wichtig. Diese Grundpfeiler der Ökonomie werden durch solch einen Wirtschaftsminister ruiniert.

Dem Ausspruch von Sarah Wagenknecht "Die Grünen sind die gefährlichste Partei im Bundestag" kann ich daher voll und ganz zustimmen. Die Politik der beiden grünen Spitzenpolitiker hilft darüber hinaus in keiner Weise der Ukraine und schädigt die russische Wirtschaft meines Erachtens weit weniger als die deutsche.

Wer profitiert?

So stellt sich die Frage: Weshalb machen unsere Grünen-Spitzenpolitiker eine solch wirtschaftsfeindliche Politik zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger? Des einen Leid, des andern Freud - nicht alle sind unglücklich über diese mittelstandsschädigende Grünen-Politik. Die USA wollen Deutschland seit Jahren von der günstigen russischen Erdgasversorgung abschneiden. Nord Stream 2 ist den USA seit Jahren ein Dorn im Auge. So sagte US-Präsident Biden laut ZDF bereits vor dem Ukrainekrieg am 8. Februar 2022:

"Sollte Rußland in die Ukraine einmarschieren, habe die Pipeline Nord Stream 2 keine Zukunft. ... Auf die Frage, wie er das bei einem Projekt unter deutscher Kontrolle bewerkstelligen wolle, sagte Biden: Ich verspreche Ihnen, daß wir es schaffen werden".

Das ist mittlerweile gelungen. Der US-Top-Ökonom Jeffrey Sachs vermutet, daß die USA die Sprengungen vorgenommen haben.

Dieses endgültige Abschneiden Mitteleuropas von den Nord-Stream-Pipelines bezeichnete US-Außenminister Anthony Blinken sechs Tage nach den Sprengungen am 2. Oktober 2022 als "tremendous opportunity", als eine großartige Gelegenheit.

Abgesehen von steigenden Frackinggas-Exporten bedeutet das Schwächen des deutschen Mit-

telstands auch sehr gute und vor allem billige Einstiegschancen für Unternehmenskäufer aus den USA.

Bereits 2018 besaßen die großen US-amerikanischen Investmentgesellschaften wie BlackRock oder Vanguard 34,6 Prozent der Anteile aller DAX-Unternehmen. Weitere 20 Prozent gehörten britischen und irischen Vermögensverwaltern. Das Problem: Bei Mittelständlern funktioniert dieses Geschäftsmodell nicht, weil sie nicht börsennotiert, sondern in Familienhand sind und die Familien bei normalem Geschäftsverlauf nicht verkaufen wollen. Durch die Billiggeldpolitik der USA in den letzten 15 Jahren ist sehr viel Anlage suchendes Geld entstanden, das jetzt dringend nach lukrativer Verwertung strebt.

Falls es tatsächlich zu einer Schwächung und einem Ausbluten des deutschen Mittelstands kommen sollte, bietet das eine "tremendous opportunity", viele seiner Unternehmen preiswert aufzukaufen. Durch die Nord-Stream-Sprengungen wurde diese günstige Gelegenheit zementiert.

Auf wessen Seite stehen unsere (Grünen-) Spitzenpolitiker?

Und so stellt sich die Frage: Auf welcher Seite stehen unsere Spitzenpolitiker? Wessen Interessen vertreten sie? Die unseres Mittelstandes, unserer Bürgerinnen und Bürger oder andere Interessen?

Bereits in den Zeiten der Lockdown-Politik zeichneten sich die grünen Politiker mit Forderungen nach möglichst langen und harten Lockdowns aus. Die Lockdown-Politik schwächte kleine und mittelständische Unternehmen enorm. Jeder Tag Lockdown bescherte den Großkonzernen und den hinter ihnen stehenden Milliarden Extra-Milliardengewinne. Auch während der Lockdown-Zeit, als die Grünen noch in der Opposition waren, betrieben sie nach Kräften eine mittelstandsfeindliche, mittelstandsschädigende Politik.

Jetzt unterstützt die grüne Politik über eine tief wirtschaftsfeindliche Energie- und Sanktionspolitik erneut die Interessen der internationalen Großkonzerne zu Lasten der kleinen und mittleren heimischen Unternehmen. Meiner Meinung nach hängt dies möglicherweise damit zusammen, daß Frau Baerbock Mitglied der "Young Global Leaders" des Weltwirtschaftsforums in Davos ist. Das Forum vertritt bekanntermaßen die Interessen der internationalen Großkonzerne und der dahinterstehenden Milliardäre.

Ende August stellte die deutsche Außenministerin in ihrer mittlerweile berühmt-berüchtigten Aussage klar, auf wessen Seite sie steht: "Egal, was meine deutschen Wähler denken", die die deutsche Wirtschaft und Menschen schädigenden Sanktionen werden bleiben, auch wenn es im Winter Unruhen geben sollte.

Frau Baerbock rechnete Ende August selbst damit, die Menschen würden in Deutschland "auf die Straße gehen und sagen, daß sie ihre Energiepreise nicht bezahlen können". Trotzdem wolle sie Sanktionen um jeden Preis aufrechterhalten, auch gegen die Interessen der deutschen Wähler.

In diesem Zusammenhang sind vielleicht die Aussagen von Oskar Lafontaine von August 2022 erhellend:

"Deutschland ist kein souveränes Land. ... Deutschland handelt im Ukrainekrieg als Vasall der USA. ... Die führenden Politiker der Ampel - Scholz, Baerbock, Habeck und Lindner - sind treue US-Vasallen." Die Grünen hätten sich "zur schlimmsten Kriegspartei im deutschen Bundestag gewandelt". Die Aussagen von "Annalena Baerbock, wir sollten 'Rußland ruinieren', muß man schon faschistoid nennen. ... Die deutsche Außenpolitik schadet den Interessen unseres Landes und ist kein Beitrag zum Frieden in Europa."

Der ehemalige SPD-Politiker und Erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, schreibt in seinem im Januar 2022 erschienenen Buch Ähnliches:

"Deutschland und Europa sind heute in Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik nicht souverän. Es sind die USA, die hier in Europa die Richtung vorgeben. Verfolgen sie dabei auch

unsere Interessen? Führen sie Europa außen- und sicherheitspolitisch in eine friedliche Zukunft? Ich habe Zweifel daran".

Das sind geradezu prophetische Worte.

Was tun?

Die beiden grünen Spitzenpolitiker schädigen aktiv unseren Mittelstand, die Basis unseres Wohlstands. Insbesondere die Außenministerin betreibt nach eigener Aussage keine Politik für ihre deutschen Wähler, sondern fördert meiner Meinung nach als Young Global Leader die Interessen internationaler Großkonzerne, deren Eigentümer und Chefs sich mit ihr regelmäßig in Davos treffen.

Die Lösung dieser ungunstigen Situation wäre denkbar einfach, nämlich das, was Oskar Lafontaine vorschlägt: "Drängen auf einen Waffenstillstand, die Vorlage eines Friedensplans und die Inbetriebnahme von Nord Stream 2". Diese Empfehlungen Lafontaines stammen noch aus der Zeit vor den Sprengungen der Erdgas-Röhren. Aber zumindest eine Röhre von Nord Stream ist ja offenbar noch intakt und könnte in Betrieb genommen werden. Das würde unsere Energieversorgung erheblich verbessern, gerade in den kritischen Wintermonaten, und dadurch unseren Mittelstand und unsere Haushalte entlasten.

Ich würde Oskar Lafontaines Vorschläge ergänzen: Abbau der Sanktionen und personelle Konsequenzen ziehen. Mit etwas gesundem Menschenverstand betrachtet, kann man sich eigentlich nur noch dem Twitter-Hashtag BaerbockRuecktritt anschließen. Aber nicht nur Frau Baerbock: Die beste Lösung wären die Auflösung der Ampel, die diese Politik mitträgt, und Neuwahlen.

Christian Kreiß, Jahrgang 1962, ist Bundestagskandidat für die Basis. Er studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in München über die Große Depression 1929 bis 1932. Nach sieben Jahren Berufstätigkeit als Investmentbanker in verschiedenen Geschäftsbanken unterrichtet er seit 2002 als Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Aalen. Er ist Autor mehrerer Bücher.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. November 2022:

>>Experte: 2023 wird Strom nahezu unbezahlbar

Von Daniell Pföhringer

Ab Januar kostet der Strom bei Rheinenergie in der Grundversorgung pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel wie bisher. Kein Einzelfall, wie der Energieexperte des Vergleichsportals Verivox, Thorsten Storck, nun gegenüber der Welt betont.

Experte: "2023 beginnt mit massiver Preiserhöhungswelle beim Strom"

Ab Januar kostet der Strom bei Rheinenergie in der Grundversorgung pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel wie bisher. Kein Einzelfall, wie der Energieexperte des Vergleichsportals Verivox, Thorsten Storck, nun gegenüber der Welt betont: "Das neue Jahr beginnt mit einer massiven Preiserhöhungswelle beim Strom." Grundversorger müssten nun die höheren Marktpreise nach und nach an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben.

Rheinenergie verweist auf die hohen Beschaffungskosten, die sich immer stärker in der langfristigen Einkaufsstrategie des Unternehmens niederschlugen. "Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise an den Strombörsen um mehr als 300 Prozent gestiegen, in der Spitze hatten sie sich mehr als verzehnfacht. Zusätzlich steigen auch die Netzentgelte", begründet das Unternehmen den Preissprung.

Der Bund der Energieverbraucher wirft den Stadtwerken und anderen Energieversorgern indes vor, die Preise bewußt in die Höhe zu treiben. Vorstandsvorstand Aribert Peters sagte gegenüber der Bild-Zeitung: "Das Ausmaß der Erhöhungen ist nicht durch die Marktpreise gerechtfertigt."

Peters appelliert: "Zahlen Sie Ihre Rechnungen nicht."

Die Versorger müssten "im Zweifel einen Nachweis darüber erbringen, daß die Erhöhungen

durch die Marktpreise gerechtfertigt sind." Sonst könnten die Kunden "die Zahlung zurückhalten. Stehen die Erhöhungen nicht im Verhältnis zu den Börsen-Preisen für Strom, ist die Erhöhung unrechtmäßig". ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Dezember 2022:

>>**Frankreich: Zehn geplante Blackouts im Winter**

Von *Sven Reuth*

In Frankreich soll ein verschiedene Ministerien umspannender Krisenstab jetzt schon an sechs bis zehn geplanten Blackouts arbeiten, die im Winter bewußt ausgelöst werden sollen. Zeit, sich vom System unabhängig zu machen. Wir bieten Ihnen wertvolle Tips. Unser gesamtes Angebot zur Krisenvorsorge finden Sie hier.

Das berichten Regierungskreise. Demnach sollen die Präfekturen jetzt schon an den entsprechenden Plänen arbeiten. Die betroffenen Bürger sollen am Tag zuvor bis 17 Uhr informiert werden. Mit den künstlich ausgelösten Blackouts will man den Stromverbrauch in den betroffenen Regionen auf 38 Prozent des Durchschnittsverbrauchs herunterdrücken. Die Schulen sollen an den betreffenden Tagen überhaupt nicht geöffnet werden.

Frankreichs Regierung hat Haushalte und Unternehmen dazu aufgerufen, ihren Energieverbrauch um zehn Prozent zu senken. In Deutschland strebt die Bundesnetzagentur eine Senkung des Stromverbrauchs um 20 Prozent an.

Nicht nur Frankreich hat Angst vor dem Blackout. Auch in Deutschland bereiten sich laut Umfragen etwa die Hälfte der Bürger auf einen Blackout vor. Kein Wunder, mit dem dann endgültigen Atom-Aus in den kommenden Monaten fällt nun auch noch eine Erzeugungskapazität weg, die größer ist als die aller an das Netz angeschlossenen Solaranlagen zusammen.

Schon Mitte dieses Jahres warnten renommierte Wissenschaftler verschiedener Institute in der Fachzeitschrift *Patterns* eindringlich vor einem europaweiten Blackout, weil schon kleine lokale Störungen ein großflächiges Stromnetz aus dem Gleichgewicht bringen und einen totalen Zusammenbruch erzeugen können. Die Gefahr solcher Störungen, so die Forscher, nehme durch die Energiewende noch zu. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/22" berichtete am 16. Dezember 2022

(x1.387/...): >>**Wir haben nun doch ein Stromproblem**

Brownout statt Blackout

Holger Douglas

Die Windräder stehen still, Solarzellen liefern nichts. Der Kohle-Bedarf steigt, Gas ist kostbar, nur noch drei AKW sind am Netz - wir haben ein Stromproblem. Droht nun die Apokalypse "Blackout"? Wenn nichts schiefeht: Nein. Die Übertragungsnetzbetreiber wollen den Schaden begrenzen und mit "Brownouts" über die Runden kommen, also regional und zeitlich begrenzten Stromabschaltungen. Ein interner Lagebericht aus dem Umweltministerium in Baden-Württemberg, in dem "kurzzeitige rollierende Abschaltungen" nicht "vollständig ausgeschlossen" werden könnten, bestätigt dies. Warme Decken, Kerzen und ein batteriebetriebenes Radio empfiehlt das grün regierte Hannover daher vorsorglich seinen Bürgern.

Die Folgen von abgeschalteten Kraftwerken für die Industrie sind weniger romantisch: Ein Stromausfall über ein, zwei Stunden sorgt in sensiblen Produktionsanlagen für massive Schäden. Elektronik wird zerstört; es dauert lange, bis Produktionsprozesse wieder eingeregelt sind. Eine auf mehrere Schultern verteilte Stromerzeugung ist daher unverzichtbar. Doch die wurde absichtlich politisch zerstört.

Belit Onay, der Oberbürgermeister Hannovers, ruft daher zur "Solidarität mit Mitmenschen auf, die Hilfe benötigen, um eine Notsituation unbeschadet überstehen zu können". Dabei sitzt seine Stadt und ganz Norddeutschland über einer großen Erdgasblase. Doch dieser Schatz soll aus ideologischen Gründen nicht angezapft werden.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/22" berichtete am 16. Dezember 2022 (x1.387/...): >>**Grüne Strommangellage**

Volker Kempf

Vor lauter wetterbedingtem Strommangel mußte "The Länd" am 7. Dezember Strom aus der Schweiz hinzukaufen - sonst hätte ein Netzausfall gedroht. Denn das von den Werbeagenturen "Jung von Matt Neckar" und "Milla & Partner" für 21 Millionen so genannte Baden-Württemberg mag keinen deutschen Kohle- und Atomstrom, kann aber mangels Leitungen kaum vom Windstrom aus dem Norden profitieren.

Ist es wolkig oder winterlich, droht es überall finster zu werden, denn dann gibt es auch fast keinen Sonnenstrom. Eine TransnetBW-App warnte daher Stunden vor der absehbaren Strommangellage die Verbraucher, zwischen 14 und 15 Uhr möglichst wenig Strom zu nutzen: Auf Bügeln und - passend zur Plätzchenzeit - Backen könne doch verzichtet werden, empfahl TransnetBW-Sprecherin Annett Urbaczka im Sender SWR. Die Gasmangellage hat die Situation zusätzlich verschärft: Es mangelt an Grundlaststrom.

Gab es trotz der auf "Rot" stehenden Stromampel wirklich keinen Grund zu einer echten "Warnung"?

Nach der Ölkrise 1973/74 wurden Stromkapazitäten geschaffen, heute geht es um Kraftwerksabschaltung. Die Ministerpräsident Winfried Kretschmann so begeisternde Werbekampagne "The Länd" mit dem Slogan "Nett hier. Aber waren sie schon mal in Baden-Württemberg?" erhält damit einen neuen Sinn: Nah am Blackout und damit in der Ungemütlichkeit?

Aber nein, klärt Unternehmenskommunikatorin Urbaczka mit ihrem erfahrenen "Händchen für Menschen und komplexe Zusammenhänge" auf: Es gab trotz der auf "Rot" stehenden Strom-Ampel keinen Grund zur "Warnung", nur für einen "Hinweis", in solcher Situation bitte Strom zu sparen. Man mag hier zurufen, das "Musterländle" ist auch nicht mehr, was es einmal war, es ist zum Musterfall für das Stromkrisenmanagement geworden. Auch Weihnachtsbäume im öffentlichen Raum, die mit Fahrraddynamo betrieben werden, wurden hier schon gesichtet und der Presse vorgestellt. Möge also niemand behaupten, das südwestdeutsche "Länd" sei keines der Erfinder und Tüftler mehr.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/22 - 01/23" berichtete am 23. Dezember 2022 (x1.387/...): >>**Aus der Energiekrise direkt in eine Eiszeit für Forschung und Lehre?**

Vorbereitungen auf den Blackout

Die stark steigenden Energiepreise könnten nach Ansicht der Allianz der Wissenschaftsorganisationen die deutsche Wissenschaft "hart treffen". Gravierend wären die Auswirkungen insbesondere für Biodatenbanken und laufende, großangelegte Versuchsreihen, für Studien in der Medizin, den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie für komplexe Forschungsinfrastrukturen. Betroffen seien aber grundsätzlich alle Wissenschaftsbereiche einschließlich der akademischen Lehre.

Es sei möglich, daß die technische Infrastruktur an den Hochschulen nicht mehr funktionieren werde. Darum haben die Mitglieder der Allianz Sparmaßnahmen in erheblichem Umfang ergriffen. Positiv sei zu werten, daß es der Kultusministerkonferenz in einem Abkommen mit der Bundesnetzagentur gelungen sei, Hochschulen in den "geschützten Empfängerkreis der Energieversorgung" aufzunehmen (Forschung & Lehre 11/2022).

Um zu verhindern, daß aus der Energiekrise eine "Eiszeit für Forschung und Lehre" werde, müsse die Wissenschaft in Härtefällen zusätzlich unterstützt werden, was auch Unikliniken und außeruniversitäre Forschungsinstitute einschließe. Es gelte daher, jetzt Vorbereitungen zu treffen, um relevante und von Zerstörung bedrohte Forschungsarbeiten zu sichern.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/23" berichtete am 20. Januar 2023 (x1.387/...): >>>**Steigende Kosten**

Grüne Lobbyisten wollen den "Durchbruch für die Wärmepumpe" erzwingen / Enormer Strombedarf droht

Marc Schmidt

Dieses Jahr ist entscheidend für Hausbesitzer in Deutschland. Nur noch bis zum Jahresende können Heizungen erneuert werden ohne den ab 2024 geltenden Zwang, bei einem Austausch einen Anteil von 65 Prozent fossilfreier "Ökoenergie" im Haus vorzuweisen, was technisch in Bestandsbauten in vielen Fällen schlicht unmöglich ist. Wenig überraschend stört das die Planungen des grünen Ministers Robert Habeck nicht, der ab 2024 jedes Jahr mindestens 500.000 der 19,5 Millionen Bestandsimmobilien auf Wärmepumpen umrüsten will.

Sein Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sieht sich in diesen radikalen Planungen bestärkt durch eine Studie der mit den Grünen verflochtenen Lobby-Organisation Agora Energiewende - einem Teil der gemeinnützigen GmbH Smart Energy for Europe Platform.

Mit Patrick Graichen arbeitet ein ehemaliger Agora-Chef inzwischen als Staatssekretär im BMWK, dessen Planungen wiederum oft auf sehr wohlwollenden Studien des Instituts basieren. So auch beim Thema Wärmepumpenzwang zur "Dekarbonisierung" des Wohnungsbestands. Neutralen Beobachtern ist derweil völlig klar, daß die Kalkulationen und Planungen des Ministeriums aus verschiedenen Gründen an der Realität scheitern werden.

Mechanische Anfälligkeit und neue Lärmbelästigung

Dies beginnt mit utopischen Einschätzungen der Wärmepumpentechnologie und ihrer Einsatzmöglichkeiten. Allgemein bestehen Wärmepumpensysteme aus 3 Prozeßschritten: die Wärmegewinnung entzieht der Umwelt die benötigte Energie, welche die Wärmepumpe nutzbar macht und über das Wärmesystem im Haus verteilt oder speichert. Technisch problematisch ist vor allem die Gewinnung der Wärmeenergie. Mit der Temperatur der Luft, des Bodens oder Grundwasserwassers wird ein Wasserkreislauf erwärmt. Diese Wärme bringt ein Kältemittel in einem separaten Kreislauf zum Verdampfen. Der Dampf wird mit Druck komprimiert, was ihn weiter erwärmt.

Daß sich dabei wieder verflüssigende Kältemittel gibt dabei Wärme ab, die zum Heizen genutzt wird. Ineffizienzen ergeben sich nicht nur an den verschiedenen Wärmetauschstellen. Sie bestehen vor allem bei der Gewinnung der Umweltwärme. Gerade in verdichteten Räumen wie Städten ist es meist nur bei Neubauten oder Häusern mit Garten möglich, Systeme zur Wärmegewinnung aus Grundwasser oder dem Boden mit ihrem hohen Flächenbedarf zu installieren.

Heizsysteme, welche die Lufttemperatur nutzen, haben technische Schwierigkeiten bei niedrigen Außentemperaturen. Aufgrund der notwendigen Lufteinsaugung über eine Turbine ist die Effizienz schlecht, es gibt eine hohe mechanische Anfälligkeit und eine Lärmbelästigung für die Hausbewohner. Kostentreibend und störanfällig ist auch die notwendige Verbindung der Technik mit der bestehenden Heizung, denn eine Alleinversorgung durch Wärmepumpen ist im Gebäudebestand im Normalfall nicht möglich. Sind verschiedene Wohneinheiten zu versorgen, ergeben sich zudem Verteilungs- und Abrechnungsprobleme.

Unrealistisch ist eine auch nur ansatzweise Verfügbarkeit von 500.000 Wärmepumpen aus deutscher wie internationaler Herstellung. Zwar erhöhen die deutschen Hersteller wie Viessmann ihre Kapazitäten, aber diese Maßnahmen werden, nicht zuletzt wegen des Fachkräftemangels, nicht ansatzweise die benötigten Produktionsmengen bereitstellen. Die Folge der Planungen werden international steigende Preise für in- und ausländische Anlagen sein. An dieser Stelle geht der nicht zwingend für marktwirtschaftliche Kompetenz bekannte grüne Think-Tank in seiner Studie davon aus, daß die Steigerung der Marktpreise durch den Nach-

frageschub aufgrund sinkender Kosten durch Skaleneffekte bei den Herstellern ausbleibt. Das vorprogrammierte Scheitern der Habeck-Pläne ergibt sich auch aus der Realität des Handwerkermarkts. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen Einbautermin einer neuen Heizungsanlage bei einem Austausch liegt zwischen vier und sieben Monaten. Zahlreiche Ausbildungsplätze und Gesellenstellen für Heizungsbauer können trotz aller Bemühungen des Handwerks nicht besetzt werden. Es ist nicht zu erwarten, daß die Handwerksbetriebe, denen die qualifizierten Mitarbeiter fehlen, die verbliebenen Fachkräfte in mehrwöchigen Schulungen zusätzlich qualifizieren lassen wollen.

Die eigentliche Absurdität der Planungen zeigt sich im Energiebereich, in dem sich das gleiche politische Fiasko wie bei der Elektromobilität abzeichnet. Trotz zahlreicher Pleiten und Produktionsverlagerungen der Industrie wird der inländische Strombedarf in den kommenden Jahren nicht signifikant sinken. Aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit gerade regenerativer Energien in winterlichen Heizperioden wird sich der Strommix in Deutschland ohne Kernenergie kaum in der CO₂-Bilanz verbessern.

Wärmepumpen leisten aber nur dann einen sinnvollen Beitrag zu einer CO₂-Reduktion, wenn sie mit Ökostrom betrieben werden. Dies ist bereits beim Bestand technisch nicht möglich. Ohne Ökostromversorgung ergeben sich allerdings keine nennenswerten CO₂-Reduzierungen gegenüber einer modernen Gasheizung für den Hausgebrauch.

Erkennbare Fehlplanungen zu Lasten der Steuerzahler

Moderne Geräte verbrauchen im Schnitt sieben Megawattstunden (MWh; 7.000 Kilowattstunden/kWh) pro Jahr, der geplante jährliche Zubau bedeutet also einen zusätzlichen Bedarf bei der Stromerzeugung von 3,5 Terawattstunden (TWh), also 3,5 Milliarden kWh. Ein Block eines neuen Kohle- oder Gaskraftwerks liefert im Schnitt 600 MWh, der jährliche Mehrverbrauch an Strom würde also den Einsatz von Kohle oder Gas in Kraftwerken erforderlich machen.

Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, warnte schon vor einer Netzüberlastung: "Wenn weiter sehr viele neue Wärmepumpen und Ladestationen installiert werden, dann sind Überlastungsprobleme und lokale Stromausfälle im Verteilnetz zu befürchten", erklärte der Ökonom und grüne Ex-Umweltminister in der FAS.

Leidtragende dieser erkennbaren Fehlplanungen werden erneut die Steuerzahler sein. Die geplanten Fördermittel für die Umrüstung auf Wärmepumpen sind sozialpolitisch betrachtet eine Umverteilung der Steuern von Mietern in die Wertsteigerung von Immobilien der Vermieter. Doch trotz Förderungen ist deren betriebswirtschaftliche Perspektive vor Steuern ebenfalls alles andere als befriedigend.

Setzt man einen Mehrverbrauch an Strom von 7.000 kWh pro Jahr ins Verhältnis zur Einsparung beim Verbrauch der Gasheizung in Zeiten der steuerfinanzierten Gaspreisbremse von zwölf Euro pro kWh und 40 Cent pro kWh ergibt sich ein Verlust für den Betreiber, der keinen Eigenstrom, etwa aus Photovoltaik einsetzen kann.

Im Ergebnis bedeuten die Planungen von Wirtschaftsminister Habeck volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Verluste ohne Mehrwert für den Klimaschutz für die gesamte Bevölkerung und die Wirtschaftsunternehmen. Mit der Ausnahme der Agora Energiewende dank zahlreicher Aufträge, nicht zuletzt aus dem Staatssekretärskollegium des Wirtschaftsministeriums.

Agora-Studie "Durchbruch für die Wärmepumpe": [agora-energiewende.de](https://www.agora-energiewende.de)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Februar 2023: >>**Vahrenholt: Energie-Irrsinn führt zu Massenarmut**

Von Sven Reuth

Der frühere Hamburger Umwelt-Senator Fritz Vahrenholt warnt Deutschland vor dem Totalabsturz, wenn es den Irrweg der Energiewende weiter ohne Korrekturen verfolgt. Die frühe-

ren IPCC-Gutachter Sebastian Lüning und Fritz Vahrenholt räumen in ihrem Buch "Unerwünschte Wahrheiten" mit den Klimalügen unserer Gegenwart ab.

Eines kann man Fritz Vahrenholt sicherlich nicht absprechen, nämlich seine enorme Expertise. Von 1991 bis 1997 war er Umweltsenator in Hamburg, dann übernahm er im Vorstand der Deutschen Shell den Bereich der Erneuerbaren Energien. Von 2001 bis 2007 leitete er als Vorstandsvorsitzender das Windenergieunternehmen Repower Systems, es folgten weitere vier Jahre als Vorstandsvorsitzender des RWE-Tochterunternehmens RWE Innogy.

Schädliches US-Frackinggas

Schon seit längerer Zeit übt Vahrenholt in verschiedenen Publikationen sowie in zahlreichen Interviews und Artikeln eine pointierte Kritik an der sogenannten deutschen Energiewende. Dabei nimmt er kein Blatt vor dem Mund, wie sich nun auch in einem aktuellen Interview zeigt, daß er mit der Bild-Zeitung führte.

Hier vollzieht der Ex-Politiker und Ex-Manager eine knallharte Abrechnung mit der deutschen Politik und warnt eindringlich davor, den grünen Irrweg in die deutsche Energie-Zukunft weiter zu vollziehen. In den Erdgas-Terminals, die derzeit an der deutschen Nord- und Ostseeküste entstehen, sieht der streitbare Fachmann keine große Hoffnung. Hier werde am Ende US-Frackinggas angeliefert, das unter denkbar umweltschädlichen Bedingungen produziert werde. Die Bohrlöcher würden nach der Förderung einfach offen gelassen, wodurch extrem schädliches Methan-Gas in die Atmosphäre entweiche.

"Atom-Tabu ist ein deutsches Mysterium"

Nach Vahrenholts Auffassung wäre es viel besser, das in deutschen Böden eingelagerte Gas zu fördern. Die derzeit bekannten Vorkommen würden den deutschen Bedarf für 23 Jahre abdecken. Außerdem weist Vahrenholt darauf hin, daß mittlerweile auch ungiftige Fracking-Methoden entwickelt wurden, die die Böden nicht belasten.

Scharfe Kritik über der frühere Hamburger Umwelt-Senator am deutschen Atomausstieg, der eines Tages, so seine Überzeugung, rückgängig gemacht werden müsse. Merkel habe den Ausstieg "im Affekt" durchgesetzt, nun verteidigten "Linke und Grüne, die Öffentlich-Rechtlichen und deutsche Klimaaktivisten ... diese Geisterfahrt, die uns teuer zu stehen kommt und zu mehr CO₂ -Ausstoß führt als der gesamte deutsche Pkw-Verkehr." Es sei schlicht "Irrsinn", daß im April mit dem AKW Isar 2 "das effizienteste und sicherste Atomkraftwerk weltweit" stillgelegt werde.

Dazu führt Vahrenholt aus: "Das Atom-Tabu ist ein deutsches Mysterium. Da haben selbst deutsche Stromkonzerne entnervt aufgegeben. Die verbohrt Ampel-Politik gefährdet die Arbeitsplätze am Industriestandort Deutschland."

Das von Bundesumweltminister Robert Habeck (Grüne) ausgegebene Ziel, bis 2030 80 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren zu produzieren, bezeichnet Vahrenholt als "nicht machbar". Wenn die Politik weiter zwanghaft versuche, dieses unrealistische Ziel zu erreichen, dann wären regelmäßige Stromabschaltungen und eine gigantische Schädigung der deutschen Industrie die Folge.

"Millionen Arbeitsplätze gehen verloren"

Ein Grundproblem der deutschen Energiewende sieht Vahrenholt in den fehlenden Speichermöglichkeiten für Ökostrom, woran sich in absehbarer Zeit nichts ändern werde. Dann kommt Vahrenholt zu dem ernüchternden Fazit:

"Mit der aktuellen Energiepolitik verliert Deutschland massenhaft Wohlstand und Wirtschaftskraft. Millionen Arbeitsplätze gehen verloren, weil die Industrie in Länder abwandert, die preiswertere Energie bieten. In den USA etwa kostete der Strom ein Drittel des deutschen Preises. Diesen Wettbewerb hält kein deutsches Unternehmen auf Dauer aus. Das Fatale: Das Weltklima wird dadurch nicht besser, sondern schlechter. Wir stehen, was CO₂-Emissionen betrifft, bezogen auf unsere Produktion viel besser da als die meisten Länder der Erde."

Mit der alleinigen Präferenz für die Erneuerbaren manövriere sich Deutschland in eine "Sackgasse". "Die Ampel und viele selbsternannte Klimaschützer" müßten "nur ihre Schützengräben verlassen" und sich für neue Technologien öffnen, um die Situation zu verbessern. Als Beispiel nannte Vahrenholt die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet 28. Februar 2023 (x1.270/...): >>**Schon 2024: Habeck will Verbot von Öl- und Gasheizungen!**

Es ist der nächste Anschlag auf den ohnehin dahinschmelzenden Wohlstand der Deutschen: Die Ministerialbeamten von Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) und Bauministerin Geywitz (SPD) arbeiten an einem Gesetzentwurf, der das Verbot des Einbaus neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024 vorsieht. In Zeiten von ohnehin explodierenden Energie- und Mietpreisen wird mit solchen Verboten der Traum vom eigenen Haus immer illusorischer gemacht.

Ab dem 1. Januar 2024 soll demnach jede eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit sogenannter "erneuerbarer Energie" betrieben werden - ein irreführender Begriff, denn nach dem Energieerhaltungssatz kann Energie nicht erzeugt, sondern nur umgewandelt werden. Vor allem aber steht für konventionelle Gasheizungen kein äquivalenter Ersatz zur Verfügung. Wärmepumpen-Technologie und die dafür erforderliche Gebäude-Isolierung sind mit zusätzlichen, für viele Menschen unbezahlbaren Kosten verbunden.

Doch das Eigenheim gehört ohnehin seit Langem zu den ideologischen Feindbildern der Grünen. Auch ist es für die Grünen eine unerträgliche Vorstellung, daß Bürger selbst über die Beheizung ihrer Wohnung oder über die Wahl ihres Verkehrsmittels entscheiden. Am schlimmsten finden sie allerdings Bürger, die auch das Denken nicht an den Staat delegieren. Während die anderen etablierten Parteien sich wegducken und an die Grünen anbiedern, erteilen wir dieser Partei und ihrer Bevormundungs-Ideologie eine klare Absage!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 12/23" berichtete am 17. März 2023 (x1.387/...): >>**Die Wiedergeburt der Kernkraft**

Energiepolitik: Im Herzen Europas zeichnet sich ein Machtkampf um die beste Form der Stromerzeugung ab. Atomstrom aus Frankreich oder Deutschlands Erneuerbare Energien?

Marc Schmidt

Nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine klingt Emmanuel Macrons Versprechen verlockend für europäische Länder: saubere und stets verfügbare Energie sowie obendrein eine verringerte Abhängigkeit von Wladimir Putins Riesenreich. Der französische Präsident bietet die Technologie der einzigen EU-Atommacht an und schmiedet eine Allianz mit Ländern, die zuvor noch stark von russischem Gas, Öl und Steinkohle abhängig waren. Doch auch südkoreanische und US-Unternehmen stehen bereit, die Renaissance der Kernkraft in Europa anzutreiben.

Anders Deutschland: Die Ampel hält am 2011 von Schwarz-Gelb beschlossenen Atomausstieg fest. Die drei verbliebenen KKW - Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 - sollen am 15. April endgültig vom Netz gehen. Auch Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C, die am 31. Dezember 2021 abgeschaltet wurden, werden zurückgebaut. Damit gehen mitten in der schlimmsten Energiekrise seit dem Zweiten Weltkrieg 8.107 Megawatt (MW) vom europäischen Stromnetz. 2021 wurden damit noch 12,6 Prozent der deutschen Strommenge "CO₂-frei" erzeugt.

Doch mit ihrer "Atomphobie" steht die Bundesrepublik mit Dänemark, Irland, Italien, Luxemburg, Spanien und Österreich gegen einen wachsenden Block von Atomkraft-Befürwortern. Denn nicht nur Erdgas, auch Kernkraft gilt seit Juli 2022 offiziell als "grün und nachhaltig". EU-Förderungen für Investitionen winken. 2021 stammten 27,3 Prozent der Nettostromerzeugung in der Union aus Kernkraft. Wind, Sonne und Biomasse kamen zusammen auf nur 23 Prozent. Das Problem für die Erneuerbaren ist: Es muß immer ein konventionelles

"Backup" vorhanden sein - es gibt keine Speicher für tagelange Dunkelflauten.

Die Lösung lag in der Bundesrepublik so nah und ist nun ferner denn je. Deutschland war führend in der europäischen Kerntechnik. Der erste Kleinreaktor ging 1962 im unterfränkischen Kahl in Betrieb. Gundremmingen A, das 1967 bei Ulm startete, konnte 237 MW aus einem Siedewasserreaktor von AEG und General Electric liefern. Das erste Gigawatt-KKW lieferte 1975 im südhessischen Biblis 1.167 MW ans Netz.

Doch die ständig überholte und modernisierte Anlage fiel im August 2011 Merkels erster Abschaltwelle zum Opfer. Insgesamt wurden in Deutschland - vor allem in den siebziger und frühen achtziger Jahren 46 große und kleine Kernreaktoren errichtet. Mit dem Atomausstieg werden nicht nur zweistellige Milliardeninvestitionen vernichtet, sondern auch Erfahrung, Fachwissen und eine Technologieführerschaft.

Europaweit sind neue Reaktoren geplant oder schon im Bau

Das 1956 gegründete Forschungszentrum Jülich bei Aachen brachte die friedliche Nutzung der Atomenergie voran. Die Kraftwerk Union (KWU), ein Gemeinschaftsunternehmen von Siemens und AEG, exportierte ihre Technik nach Argentinien, Brasilien, in den Iran und die Schweiz. Mit der französischen Framatome entwickelte Siemens in den neunziger Jahren den "Europäischen Druckwasserreaktor" (EPR). Der erste EPR mit 1.660 MW Leistung ging 2018 in Taishan im Süden Chinas ans Netz. Eines der 34 Länder weltweit, in denen KKW in Betrieb sind. Der erste europäische EPR soll nach Startschwierigkeiten im April im finnischen KKW Olkiluoto ans Netz gehen.

Derzeit gibt es auf dem Planeten 423 Reaktoren mit einer Kapazität von 378,8 GW. 58 weitere befinden sich mit 65 GW im Bau. Planungen über hunderte weitere existieren. In Frankreich, wo zuletzt 2002 zwei neue Reaktoren ans Netz gingen, wird die Errichtung von mehr als 14 neuen Atomreaktoren geprüft - fast doppelt so viele wie bisher angekündigt. "Zunächst geht es um sechs Reaktoren, acht weitere werden in Betracht gezogen", erklärte Agnès Pannier-Runacher, Macrons "Ministerin für den Energiewandel", in der Wirtschaftszeitung Les Echos.

Und sie habe der Industrie die Frage gestellt: "Können Sie bis 2050 mehr als 14 Reaktoren bauen?" Die frühere Wirtschaftsministerin begründete dies mit den unzuverlässigen deutschen Nachbarn und dem Klimaschutz. Frankreich müsse schließlich "massiv mehr Strom produzieren" - sprich: Der deutsche Totalausstieg aus Kohle und Atom gefährdet das europäische Stromverbundnetz.

Eine aktuelle McKinsey-Studie (JF 11/23) rechnet schon 2025 mit einer Versorgungslücke. Viele Europäer verübeln Berlin den Fokus auf volatile Stromquellen wie Wind und Solar, die das Verbundnetz belasten und die Preise an den Strombörsen erhöhen. Auch der Austritt aus der internationalen Energiecharta schafft kein Vertrauen in die Stabilität des einst sicheren Produktionsstandorts.

In 13 EU-Staaten gibt es derzeit 102 aktive Reaktoren, allein Deutschland will sofort aussteigen; Spanien eventuell 2030 und Belgien 2035. Zehn Länder planen keinen Ausstieg - im Gegenteil. Polen, wo zu Ostblockzeiten der Bau von vier Anlagen scheiterte, will sieben Reaktoren errichten. In den Niederlanden, Rumänien, der Slowakei, der Tschechei und Ungarn sind zusätzliche Anlagen geplant. Allesamt haben die kalkulierten Laufzeiten ihres KKW-Bestands verlängert. Gleichzeitig treibt der Kampf um die Energie der Zukunft einen Keil durch Europa.

Derweil blockiert die Bundesregierung die Teilnahme von Siemens Energy am ungarischen Reaktor Paks 2. Ungarns Außenminister Péter Szijjártó reiste daher kurzfristig ins französische Flamanville, wo er auf Schützenhilfe von Framatome hofft. "Dieses unfaire Verhalten von seiten Berlins ist absolut unanständig, da jedes Land eigenständig und souverän über die Energieversorgung entscheiden darf", kritisierte Szijjártó in der Budapester Zeitung.

Unter den Europäern, die nicht in der EU sind, will nur die Schweiz aussteigen. Die bestehenden vier Meiler dürfen aber so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Auch Großbritannien und Rußland haben die Zeichen der CO₂-freien Zeit erkannt. Auf den Inseln soll der KKW-Park um acht erweitert werden. Unter Moskaus Führung stehen 37 aktive Reaktoren, 38 sollen dazukommen.

Die hohe Planungszahl erklärt sich durch einen Prototyp, dem die Zukunft gehören könnte: Zwei Blöcke trägt das schwimmende KKW Akademik Lomonossow, das die sibirische Stadt Pewek an der Nordostpassage mit Energie versorgt. Das Kleinkraftwerk liefert seit 2019 eine elektrische Nettoleistung von 32 MW sowie zusätzlich 73 MW Prozeßwärme. Rußland setzt den Reaktortyp auch auf Atomeisbrechern ein. Er ist modular aufgebaut (Typ SMR) und kann so schneller fertiggestellt und genehmigt werden. Oft ist eine Verlegung möglich.

Weltweit setzen Argentinien, China, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA auf SMRs - allerdings mit Weiterentwicklungen: Flüssigsalz-Reaktoren mit Thorium-Brennstoff. 2021 wurde in China der erste 100-MW-Prototyp angekündigt, der ab 2030 etwa 100.000 Haushalte elektrifizieren soll. Er benötige nur wenig Wasser und kein Uran. Das eingesetzte Thorium fällt beim Abbau Seltener Erden an. Angesichts der Verzahnung von ziviler und militärischer Forschung sowie Industriespionage und der 80jährigen Nuklearerfahrung könnte ein US-Prototyp noch vor 2030 lauffähig sein.

Eine Testanlage versprechen auch die Erfinder des Dual-Fluid-Reaktors (DFR). Dieser nutzt statt Uran-Brennstäben zwei zirkulierende Flüssigkeiten: Eine trägt den Actinoiden-Brennstoff (Thorium, Uran), die andere führt die Wärme ab. Herkömmliche Reaktoren verbrennen nur einen kleinen Teil des Urans, der Rest muß entsorgt werden. Die neue Generation soll 90 Prozent weniger Atommüll übriglassen.

Und der DFR reguliere sich selbst: "Wenn sich die Brennstoff-Flüssigkeit erhitzt, dehnt sie sich aus. In der Folge nimmt die atomare Reaktivität ab und die Temperatur sinkt wieder - ganz von selbst. Der Reaktor kann sich deshalb niemals überhitzen", versprechen die Entwickler. "Für zusätzlichen Schutz sorgen integrierte Schmelzstopfen in den Leitungen: Wenn die vorgesehene Temperatur doch überschritten wird, lösen sie sich auf. Dann läuft der Brennstoff in sichere Behälter ab und die Kettenreaktion stoppt sofort."

Die USA, China und Südkorea drängen auf den Energiemarkt

2026 soll eine Testanlage stehen, für 2028 ist die Lizenzierung anvisiert und ein Jahr später der Prototyp. 2034 könne die Serienproduktion beginnen - allerdings nicht in Deutschland. Die Berliner Physiker um den DFR-Hauptfinder Armin Huke haben ihren Firmensitz im kanadischen Vancouver. All das ist noch Zukunftsmusik. Die derzeit im Bau befindlichen Großreaktoren gehören noch zur 3. KKW-Generation, etwa die EPR-Anlagen in Finnland und Frankreich.

Die gleiche französische (und ursprünglich auch deutsche) Technik kommt in den beiden neuen Kraftwerksblöcken im englischen Hinkley Point und in Sizewell zum Einsatz. In Bradwell sind zwei chinesische Hualong-One-Reaktoren geplant. Polen setzt hingegen auf amerikanische und südkoreanische Technik für zwei Projekte, die vor dem Baubeginn stehen. Die Koreaner hatten einen Trumpf: Sie erklärten sich zur Übernahme von 50 Prozent der milliarden-schweren Projektkosten bereit. Denn ein erfolgreiches Projekt bedeutet für die Asiaten, daß sie alle supranationalen Zulassungen und Genehmigungen der EU für alle deren Mitgliedsstaaten erhalten.

Daß neue KKW gebaut werden, hat des weiteren mit dem Alter der Bestandsanlagen zu tun. Frankreich mußte 2022 30 Meiler herunterfahren, da am Rohrleitungssystem Sicherheitsarbeiten notwendig waren. Gerade bei den älteren Siedewasseranlagen mit nur einem Wasserkreislauf besteht viel Modernisierungsbedarf. Deutschlands abgeschaltete KKW waren da technisch ausgereifter. Ein wichtiges Problem für Frankreich ist die Netzsteuerung.

Kernenergie liefert dort etwa 70 Prozent des Stroms. Dieser Anteil liegt über dem Grundlastbereich von 50 Prozent, der Menge, die dauerhaft, egal ob nachts oder am Feiertag abgefragt wird. Doch KKW sind für den gleichmäßigen Verbrauch in Industrie, Häfen oder Rechenzentren konzipiert, hier können sie ihre große Stärke ausspielen.

So muß Frankreich die Stromproduktionsmenge kurzfristig, um die Netzfrequenz konstant zu halten, an die jeweiligen Bedarfe anpassen. Das verursacht große wirtschaftliche Kosten. Die Anlagen so zu fahren, reduziert deren Wirkungsgrad und treibt die Strompreise in die Höhe. Andererseits gleicht das Land so die schwankende Menge deutschen Wind- und Solarstroms teilweise aus.

Zukünftig sollen mehr Kernkraftwerke im Vollastbereich gefahren werden. Den nicht zur Bedarfsdeckung benötigten Strom will Macron in die Produktion von Wasserstoff und Ammoniak fließen lassen. So könnte das Land einen Teil der überschüssigen Energie speichern. Frankreichs Präsident baut somit eine direkte Konkurrenz zu den deutschen Plänen auf, nicht verwendbaren Strom aus Windrädern zur Wasserstoff-Produktion zu verwenden. Wobei die Franzosen über eine bessere Netzanbindung und geringere Produktionskosten sowie eine konstantere Strommenge verfügen werden. Ein Standortvorteil im Kampf um eine sichere und CO2-arme Energieversorgung.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 12/23" berichtete am 17. März 2023 (x1.387/...): >>"Gegen diesen Irrsinn"

Widerstand gegen großes LNG-Terminal vor Rügen und Mega-Windpark "Gennaker" vor Zingst

Christoph Keller

An Vorpommerns Ostseeküste zeigt sich die Umwelt und Tourismus bedrohende Gigantomanie der verschärften Energie- und der geopolitischen "Zeitenwende". Doch auf Rügen und der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst formiert sich massiver Widerstand. Auf der größten Insel Deutschlands wird mobil gemacht gegen ein Terminal für Flüssigerdgas (LNG), das nur fünf Kilometer vor dem Ostseebad Sellin errichtet wird. Seit Dezember 2022 ankert hier schon der Tanker "Seapeak Hispania", der als schwimmender LNG-Speicher (FSU) fungieren soll. Hier wird das als Ersatz für "Putin-Gas" teuer eingekaufte LNG aus aller Welt übernommen und zwischengelagert.

Vier kleinere Shuttle-Schiffe (SLNGC) übernehmen dann das LNG und transportieren es über den Greifswalder Bodden nach Lubmin zur "Neptune", einer schwimmenden Speicher- und Wiederverdampfungsanlage (FSRU). Dort wird das minus 164 Grad kalte Flüssiggas "regasifiziert". Es hat danach das sechshundertfache Volumen und kann so ins Ferngasnetz eingespeist werden. Das zweite geplante FSRU in Lubmin soll zum Jahresende in Betrieb gehen. Für den LNG-Transport bis dahin ist zudem eine 38 Kilometer lange Gasleitung vorgesehen, die die SLNGCs ersetzen soll.

Teurer Strandurlaub in Sichtweite eines Industriekomplexes?

Ein Projekt, das sich im Genehmigungsverfahren befindet und gegen das sich eine Bundestagspetition (14 68 39), eine Petition an Wirtschaftsminister Robert Habeck auf Change.org (#RügenGegenLNG) sowie juristische Einwendungen richten. Die Offshore-Pipeline "würde eine endgültige Industrialisierung dieses sensiblen Naturraums bedeuten", warnt beispielsweise Sascha Müller-Kraenner, Geschäftsführer der Umwelthilfe (DUH).

Der Greifswalder Bodden sei die Kinderschule des Ostseeherings und für Seevögel wie Tordalke, Eisenten, Prachtttaucher, Sterntaucher und Zwergmöwen. Der Naturschutz und "der auf Rügen wichtige Tourismus werden einfach ignoriert". Die DUH werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um die Ostsee "gegen diesen Irrsinn zu schützen".

Doch das neue LNG-Beschleunigungsgesetz der Bundesregierung reduziert Umweltverträglichkeitsprüfungen. Käme es jedoch zu Öl- oder Chemikalienunfällen, Pipeline-Lecks, Brän-

den oder Blackouts auf den LNG-Plattformen, blieben den für die Gefahrenabwehr zuständigen Gemeinden an Rügens südöstlicher "Ferienküste" bei Ostwind laut einem NDR-Report nur "wenige Minuten" Reaktionszeit.

Aber auch schon der Normalbetrieb bereitet Probleme, denn wirtschaftliche Einbußen sind zu erwarten, weil Strandurlaub in Sichtweite eines Industriekomplexes auf See nicht jedermanns Sache ist. Bei den LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel sowie dem geplanten FSRU in Stade, wo die Meerestiefe viel größer ist, ist die Ablehnungsfront hingegen nicht so stark.

Christian Zornow, der 2019 über die CDU-Liste zum Bürgermeister der 3.000-Einwohner-Gemeinde Zingst gewählt wurde, treiben ähnliche Sorgen um, wie die Schleswig-Holsteinische Landeszeitung berichtete. Denn 15 Kilometer vor dem Strand des Ostseeheilbads entsteht ein "Mega-Windpark".

Mit 103 Turbinen und 927 Megawatt Gesamtleistung werde er 2027, wenn alle Anlagen Strom produzieren, "der leistungsstärkste in der deutschen Ostsee" sein, verspricht der Eigentümer, die Bremer Skyborn Renewables GmbH. Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg (StALU) hatte den Offshore-Windpark "Gennaker" 2019 genehmigt. Ob eine von Zornow beim Verwaltungsgericht Greifswald dagegen eingereichte Klage das Vorhaben verhindert hätte, ist angesichts der in der Justiz herrschenden Energiewende-Begeisterung unwahrscheinlich.

Doch das Gerichtsverfahren ruht ohnehin, weil plötzlich ein neuer Sachverhalt eingetreten ist. Die Windpark-Betreiber stellten einen überarbeiteten Genehmigungsantrag, weil sie Anlagen von 190 Meter statt der genehmigten 175 Meter Höhe bauen wollen. Die niedrigeren Turbinen seien "technisch veraltet". Diese Änderung muß ein neues Genehmigungsverfahren durchlaufen - samt Umweltverträglichkeitsprüfung. Zornow hofft, daß das StALU diesmal seinem Hauptargument Rechnung trägt, das auf Lage und Ausdehnung von "Gennaker" zielt. Der Windpark ist so großzügig geplant, daß er an die Kadettrinne heranreicht.

Ein Teil dieses vom Fehmarnbelt und bis Bornholm reichenden Seegebiets liegt zwischen Zingst und der dänischen Insel Falster. Gerade hier ist eines der schwierigsten Fahrwasser der Ostsee. Der stark befahrene Seeweg ist auf zwanzig Seemeilen nur zwölf bis 28 Meter tief. Schiffskollisionen an seiner engsten Stelle, einem nur einen Kilometer breiten "Nadelöhr", sind ein reales Risiko.

Bislang verliefen die Unfälle halbwegs glimpflich, etwa im März 2001, als ein Frachter den Tanker "Baltic Carrier" mittschiffs rammte und durch das Loch in der Bordwand 1.500 Liter schweres Heizöl in die See liefen. Glücklicherweise blieben die Tankräume mit der Ladung von 32.000 Tonnen Öl aber unversehrt.

Naturschutzbelange zugunsten der Ampel-Klimaziele ausgeblendet

Zu dieser Kollisionsgefahr käme nun die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Schiff und Windturbine.

Wie die Havarie des Frachters "Maestro Diamond" demonstrierte, der im Oktober 2016 bei schwerer See auf das nordwestlich der Kadettrinne liegende Gedser-Riff auflief. Hier hätten Tausende Liter Diesel austreten können, wäre der Frachter nicht freigeschleppt worden. Unter den Folgen eines solchen Unglücks hätten nicht nur die Strände von Zingst und Ahrenshoop zu leiden, sondern auch Flora und Fauna des 2017 eingerichteten "Naturschutzgebiets Kadettrinne", Lebensraum von Schweinswal, Pracht- und Sterntaucher und Zwergmöwe sowie Reproduktionsraum einer umfassenden Tier- und Pflanzenwelt des Meeresbodens.

Dessen ungeachtet hält Kim Detloff, Leiter Meeresschutz beim Naturschutzbund (Nabu), es für möglich, daß auch der neue Skyborn-Antrag "durchwinkt" wird. Warum "Gennaker" überhaupt genehmigt wurde, lasse sich allein mit dem Willen erklären, den phantastischen "Klimazielen" der Ampel zuliebe die Natur rücksichtslos zu opfern: "In Deutschland haben Poli-

tik, Verwaltung und Wirtschaft derzeit Scheuklappen auf beim Ausbau der Erneuerbaren." Naturschutzbelange würden "quasi ausgeblendet".

Auch der Nabu erwäge darum eine Klage gegen den eventuell abermals für "umweltverträglich" erklärten "Mega-Windpark", zu der auch Bürgermeister Zornow und seine Amtskollegen aus den Zingster Nachbargemeinden entschlossen sind.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>**Deindustrialisierung ist für deutsche Klimapaniker kein Schreckgespenst Weg mit der Chemie**

Jörg Fischer

Hoesung Lee verlangt eine "sofortige Verringerung der Treibhausgasemissionen in allen Sektoren noch in diesem Jahrzehnt". Ansonsten drohen laut dem jüngsten Synthesebericht des Weltklimarats (IPCC) eine Erwärmung von zwei bis drei Grad und ein Meeresspiegelanstieg von 40 bis 81 Zentimeter bis Ende des Jahrhunderts. In seiner südkoreanischen Heimat werden die Mahnungen des IPCC-Chefs allerdings nicht so ernst genommen, liegen doch die dortigen CO₂-Emissionen pro Kopf mit 11,9 Tonnen auf dem Niveau Rußlands - Deutschland ist mit 8,1 Tonnen nur etwa halb so "schlimm" wie die USA.

Dennoch soll Deutschland in einigen Branchen faktisch deindustrialisiert werden - und Monika Schnitzer, Sylwia Białek und Claudia Schaffranka sehen darin auch "keinen Grund zur Panik", denn die derzeitige Energiekrise beschleunige nur den "ohnehin anstehenden Strukturwandel", schreiben sie in einem Beitrag in einem 28seitigen Diskussionspapier über die "Deindustrialisierung" (Ifo Schnelldienst 3/23).

"Ein Verlust einzelner industrieller Aktivitäten und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen" sei "nicht notwendigerweise mit Wohlfahrtseinbußen verbunden", so die drei Ökonominen von Robert Habecks Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. "Energieeffiziente Unternehmen werden zu den Gewinnern gehören", andere würden eben aus dem Markt ausscheiden. Die Firmen-Abwanderung ins Ausland könne nicht verhindert werden.

Konkreter ist Steffen Müller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Ohne Pipelinegas aus Rußland werde der Wettbewerbsnachteil der Chemieindustrie gegenüber der amerikanischen Konkurrenz "von Dauer sein".

Die Branche zahlt aber mit durchschnittlich über 5.000 Euro Spitzenlöhne - hier kann sich ein Arbeiter Auto, Eigenheim und Fernreise noch leisten. Doch in dieser Industrie werde "Deutschland über kurz oder lang Produktion verlieren und gasintensive Güter aus dem Ausland zukaufen" - und der "Staat sollte diesen Strukturwandel zulassen". Ähnliches gilt für die Autobranche. Aber es gibt auch Hoffnungsschimmer: Der Maschinenbau und die Elektrotechnik lieferten "die Technologien, die für eine klimaverträglichere Zukunft benötigt werden", glaubt Eric Heymann, Senior Economist bei Deutsche Bank Research.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. April 2023: >>**Irre: Habeck wechselt neun Referatsleiter aus**

Von Sven Reuth

Zynisch: Habecks Energiepolitik wird Zehntausende von Unternehmen in Deutschland in den Ruin stürzen und Millionen von Eigenheimbesitzern ruinieren. Sein Ministerium schneidet er mit geradezu totalitärer Härte auf sich zu.

Das ist Nepotismus und Vetternwirtschaft in Reinform: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) besetzte alle neun Referatsleiterposten in seinem Ministerium nach eigener Auswahl. Das ist hochgradig ungewöhnlich, denn diese Stellen müssen eigentlich ausgeschrieben werden.

Das ist Nepotismus und Vetternwirtschaft in Reinform: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) besetzte alle neun Referatsleiterposten in seinem Ministerium nach eigener

Auswahl. Das ist hochgradig ungewöhnlich, denn diese Stellen müssen eigentlich ausgeschrieben werden. Der Politologe Jürgen Falter von der Universität Mainz sieht hierin einen Bruch mit der "klassischen deutschen Beamtentradition". Referatsleiter sollen laut Falter gerade keine politische Absicht hinter ihrer Arbeit haben, sondern gelten als klassische Laufbahn-Beamte.

Habeck wünscht offenbar eine totale Politisierung seines Ministeriums, um seine totalitären Klimadiktatur-Träume durchzusetzen. Wo bleibt der fällige Untersuchungsausschuß, wo bleiben Ermittlungen der Justiz?

Aufklärung wirkt! Wir enthüllen die wahre Agenda der Klima-Ideologen und ihrer Krawallo-Fußtruppen: Sie wollen einen radikalen Umbau der Gesellschaft. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. April 2023: >>Heuchelei pur: Habeck findet AKWs in der Ukraine "in Ordnung"!

Man hat kaum Worte für dieses Ausmaß an Doppelmoral: Während die deutsche Kernenergie seit Jahrzehnten von den Grünen bekämpft und verteufelt wird, findet der grüne Wirtschaftsminister Habeck ukrainische AKWs "in Ordnung, solange die Dinger sicher laufen." Und weiter: "Sie sind ja gebaut." Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Über Generationen hinweg bleuten uns die Grünen und ihre medialen Sprachrohre ein, daß es keine sichere Kernkraft gebe und wir deshalb explodierende Strompreise und unsicheren Flatterstrom in Kauf nehmen sollen - und nun das.

Ausgerechnet in einem Kriegsgebiet will Habeck sich also darauf verlassen, daß die AKWs "sicher laufen". Derweil sollen deutsche Kernkraftwerke, die zu den sichersten der Welt gehören, abgeschaltet werden. Die Realsatire wird perfekt, wenn man bedenkt, daß die größte Nuklearkatastrophe der Geschichte sich unweit der ukrainischen Stadt Prypjat im Kernkraftwerk Tschernobyl abspielte.

Doch während Habeck darüber hinwegsieht und offenbar felsenfest an die Sicherheit von ukrainischen AKWs in Kriegsgebieten glaubt, läßt die Internetseite der grünen Bundestagsfraktion verlauten: "Für eine Welt ohne Atomkraft". Die Kernkraft sei "unbestreitbar der größte Irrtum unserer Industriegeschichte", lassen uns die Grünen auf der Webseite wissen. Aha.

Doch wie ist diese grüne Schizophrenie zu erklären? Man muß sich hierbei die Frage vorlegen, wieso die Grünen an ihren vermeintlichen weltanschaulichen Prinzipien häufig nur solange festhalten, wie sie sich gegen die Interessen Deutschlands nutzen lassen. "Das Handeln der Grünen wird plausibel, wenn man sie nicht als deutsche Partei, sondern als Interessenvertreter fremder Mächte betrachtet", analysierte einst der Journalist Michael Klonovsky.

Insofern zeigt Habecks aktuelle AKW-Heuchelei auch, daß die in seinem Buch geäußerten Worte nicht nur einfach dahingesagt wurden, sondern als Ausdruck seiner Gesinnung verstanden werden müssen: "Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/23" berichtete am 6. April 2023 (x1.387/...): >>Lastabwurf für die Energiewende

Die schlaunen "Smart Meter" können nicht nur den Strom messen, sondern ihn auch in der Versorgungsnot abstellen

Jörg Fischer

Am 22. März ab 10 Uhr hätte die Bundesregierung die drei verbliebenen Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 vorzeitig abschalten können. Auch die Kohlekraftwerke waren unnötig: Sie "verstopften" sogar zwischen 11 und 12 Uhr das Stromnetz, wie es Grünen-Politikerinnen formulieren würden.

Die "erneuerbaren" Quellen produzierten 62,5 Gigawattstunden (GWh; genau 62.485 Megawattstunden/MWh). Die Netzlast lag bei 67,1 GWh. Die "Stromlücke" von 4,8 GWh hätte

Erdgas füllen können. Doch die "Kohlemeiler" pusteten unverdrossen ihr CO₂ in die Atmosphäre, und die AKW wurden nur auf zwei Drittel ihrer Leistung gedrosselt, weshalb etwa 13 GWh ans Ausland "verschenkt" werden mußten.

Am 27. März war es zwischen 13 und 14 Uhr laut Bundesnetzagentur ähnlich. Die Energiewende funktioniert also? Nein: Am 20. und 21. März sowie am 29. März lieferten nur Biogas und Wasserkraft verlässlich "erneuerbaren" Strom - die große "Stromlücke" mußte stundenlang überwiegend "fossil" und "radioaktiv" sowie durchs Ausland gefüllt werden, ansonsten wäre mindestens das deutsche Stromnetz zusammengebrochen. Aber was wäre gewesen, wenn es die im Ampelkoalitionsvertrag versprochenen 200 Gigawatt (GW) Photovoltaik-Leistung und neue Windräder auf zwei Prozent der Landesfläche schon gegeben hätte? Nichts, denn in Dunkelflauten hilft das wenig.

"An grauen Tagen gibt es viel weniger erneuerbare Energien"

Oder wie es Annalena Baerbock am 21. Januar 2018, kurz vor ihrer Wahl zur Grünen-Chefin, treffend im Deutschlandfunk formulierte: "An Tagen wie diesen, wo es grau ist, da haben wir natürlich viel weniger erneuerbare Energien."

Doch die folgenden Sätze irritierten: "Deswegen haben wir Speicher. Deswegen fungiert das Netz als Speicher. Und das ist alles ausgerechnet."

Das zeigt, daß die heutige Außenministerin, die eher "vom Völkerrecht kommt", auch mit der Physik auf Kriegfuß steht. Völlig falsch lag sie nicht: Pumpspeicherkraftwerke gibt es seit einem Jahrhundert. Aber die leisten maximal sieben GW, und das nur für vier bis sechs Stunden - dann sind die Speicherbecken leer.

Und beim Netz wurde tatsächlich etwas ausgerechnet - und das schon 2011, als Angela Merkel den Atomausstieg bis Ende 2022 beschloß. Die promovierte Physikerin wußte, daß bei dem künftigen Kohle-Aus - selbst bei einem Erdgas-Backup - irgendwann die Stromnetzstabilität leidet.

Das 2011 novellierte Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie die EU-Richtlinie 2006/32/EG verpflichtete daher Stromverbraucher, die mehr als 6.000 Kilowattstunden (kWh) jährlich verbrauchen, erstmals dazu, "intelligente" Stromzähler einzubauen. Diese Smart Meter versorgten die "Netzbetreiber mit wichtigen Informationen wie Strom, Spannung und Frequenz, damit diese zeitgenau Erzeugung, Netzbelastung und Verbrauch weitgehend automatisiert aufeinander abstimmen können", schwärmte das FDP-Wirtschaftsministerium von Philipp Rösler.

Daß die Digitalzähler den Energiefirmen verraten, wer wann seinen Trockner oder den Backofen einschaltet, mag verschmerzbar sein. Aber letztlich müssen alle mechanischen Meßgeräte durch Smart Meter ersetzt werden. 2021 sprach der damalige CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier über "Spitzenglättung" und sein Parteifreund Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen, über die "Integration neuer, flexibler Verbrauchergruppen" für einen "planbaren, verlässlichen und sicheren Netzbetrieb".

Damals standen nur private Ladestationen für E-Autofahrer und die zaghaft aufkommenden Wärmepumpen auf der Not-Aus-Liste. Doch deren "Lastabwurf" und die seit Jahren übliche zeitweise Stromabschaltung von Großverbrauchern wie Aluminium-Hütten reicht bei 80 Prozent mehr launischem Wind- und Solarstrom bis 2030 nicht mehr aus.

Deshalb hat das Ampel-Kabinett im Januar den "Neustart für die Digitalisierung der Energiewende" und den "beschleunigten Rollout von Smart-Metern" beschlossen. Was das konkret heißt, wollte Marc Bernhard zusammen mit weiteren Kollegen der AfD-Bundestagsfraktion durch eine Kleine Anfrage von der Bundesregierung erfahren.

Robert Habecks Staatssekretär Patrick Graichen, bis 2021 Direktor der Lobbyfirma Agora Energiewende, hat vorige Woche auf elf Seiten geantwortet (Drucksache 20/5954). Und das Entscheidende steht in der Antwort auf Frage 13: "Sofern die Sicherheit oder Zuverlässigkeit

des Elektrizitätsversorgungssystems in der jeweiligen Regelzone gefährdet oder gestört ist, sind die Betreiber der Übertragungsnetze dementsprechend berechtigt und verpflichtet, die Gefährdung oder Störung durch netz- und marktbezogene Maßnahmen (u.a. Redispatch, Regelleistung, vertraglich vereinbarte abschaltbare Lasten) sowie zusätzliche Reserven zu beseitigen", so Graichen.

Kaskade der Stromsperren zur Rettung der Netzstabilität?

Habecks "Steuerbarer Netzanschluß" bedeutet also: Gibt es eine erneuerbare "Stromlücke", weil Atom-/Kohlestrom verboten und Gaskraftwerke oder das Ausland nicht einspringen können, dann gibt es in der Regel keinen Blackout, sondern einen angekündigten "Brownout", wie er seit einigen Jahren in Südafrika oder seit Kriegsbeginn in der Ukraine üblich ist.

Die Erlebnisgeneration der Nachkriegszeit oder der Blockade West-Berlins 1948/49 kennt das als "Stromsperre". Und "als letzte Möglichkeit" erlaubt Habecks Abschalt-Kaskade dank Paragraph 13 EnWG sogar "den unfreiwilligen Lastabwurf". Dies diene "dem übergeordneten Ziel, das Stromnetz stabil zu halten und die Wiederversorgung aller Verbraucher möglichst schnell wieder gewährleisten zu können", erläuterte Graichen.

Was wohl heißt: Im Zweifel können Ladesäule, Wärmepumpe und Haushaltsstrom sogar zusammen abgeklemmt werden. Angesichts dessen scheint zweitrangig, ob die Smart-Meter-Gateways (SMGW) dem Meß- und Eichrecht unterliegen, die Funktion des "Selbsttests" haben und die Eichfrist bei zwei oder acht Jahren liegt. Und welche Bedeutung hat die Größe des Energieeinsparpotentials?

Es sollen 5,42 bis 7,85 Prozent sein. Doch die Miele-Waschmaschine schaltet sich nicht zu Billigtarifzeiten ein und der Tesla-Akku ist beim Start zur Arbeit noch immer leer, wenn gerade wieder ein "Lastabwurf" beim Stromlieferanten nötig ist. Das wäre übrigens in der Nacht vom 29. zum 30. März fast passiert - da wären in halb Deutschland die Lichter ausgegangen, hätten nicht "fossiler" und ausländischer Strom Schlimmeres verhindert.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 11. April 2023: >>Öko-Ideologen aufhalten, Ausstieg aus der Kernkraft stoppen!

In der Energiekrise steuert die Ampelregierung weiter stramm auf den Abgrund zu: In fünf Tagen soll der Aus-Schalter für die letzten drei Kernkraftwerke endgültig umgelegt werden. Was danach kommt? Bestenfalls "nur" höhere Strompreise. Schlimmstenfalls: Versorgungsausfälle, weil der Flatterstrom aus Wind und Sonne einfach nicht ausreicht, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, Haushalte zu versorgen und die steigende Zahl an Elektrokutschen zu laden.

Jetzt hat sich auch die Deutsche Industrie- und Handelskammer zu Wort gemeldet und vor diesem fatalen Schritt gewarnt: Man müsse alles dafür tun, "das Angebot an Energie auszuweiten und es keinesfalls weiter einzuschränken", so DIHK-Präsident Peter Adrian. "Nur so können wir in den kommenden Monaten Versorgungsengpässe und eine erneute massive Steigerung der Energiepreise vermeiden oder zumindest abmildern."

Von solchen Warnungen aber will Wirtschaftsminister und Ex-Kinderbuchautor Robert Habeck von den Grünen nichts hören. Er zieht seine Agenda weiter durch, die da lautet: die grüne Ideologie entgegen allen Expertenmeinungen und wider den gesunden Menschenverstand wahr werden zu lassen. Und darauf hoffen, daß es am Ende vielleicht nicht ganz so schlimm kommt. Den Bürgern wird das kein Trost sein, wenn sie im nächsten Winter im Dunkeln sitzen oder ihre Jobs verlieren, weil die Industriebetriebe die wirtschafts- und energiepolitische Achterbahnfahrt in Deutschland satt haben und abwandern.

Der Gegenwind für Habeck ist deshalb noch viel zu verhalten. Man muß es den Ökosozialisten in der Ampelregierung in ganz einfachen und deutlichen Worten sagen: Gehen die Kernkraftwerke vom Netz, wird unser Land über kurz oder lang zurück in das 19. Jahrhundert be-

fördert. Wir werden ein Entwicklungsland mitten in einem hochmodernisierten Europa, wo überall Kernkraftwerke laufen. Sogar in der Ukraine. Aber dort, das hatte Habeck ja bereits gesagt, sei die Nutzung für ihn völlig in Ordnung.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25705" berichtete am 11. April 2023 (x1.253/...): >>**Blackout-Gefahr durch Klimahysterie**

Während die Politik mit Hilfe der Massenmedien die Angst in der Bevölkerung vor einem drohenden Klimawandel schürt und dabei unser stabiles Stromnetz an den Rand der Belastbarkeit führt, werden wir gleichzeitig von eben diesen Stellen vor einem möglichen Blackout gewarnt. Was hat es mit dieser Doppelmoral auf sich und steht uns tatsächlich ein plötzlicher Blackout bevor, oder handelt es sich auch hierbei wieder um eine sogenannte "Salamitaktik"?

Interview mit *Robert Jungnischke*

Mathias: Herzlich willkommen bei Kla.TV heute zu einem Interview mit dem Energie- und Krisenvorsorge-Experten Robert Jungnischke. Herr Jungnischke ist Buchautor und Experte im Bereich Blackout, Krisenvorsorge, Energiesicherheit, berät Unternehmen, ist bekannt auf YouTube, hat Millionenpublikum, eben auch im Internet, und heute ist er zu Gast hier bei uns im Studio, was mich sehr freut.

Robert, ich durfte dich jetzt schon vor einiger Zeit kennen lernen. Ich schätze dich sehr auf Grund deines Fachwissens. Ich darf dich duzen - das auch nur kurz zur Erklärung fürs Publikum. Und ich freue mich sehr, daß wir heute über das Thema reden dürfen.

Robert: Ja, hallo Mathias. Ich freue mich sehr, daß ich hier sein darf bei Kla.TV. Das ist für mich auch wirklich eine Ehre. Und ja, danke für die Einladung.

Mathias: Ja. Das ist ein interessanter Zeitpunkt, an dem wir hier zusammenkommen. Medial wird momentan sehr, sehr stark über das Thema berichtet. Die Politik scheint sich überhaupt nicht eins zu sein. Die Widersprüche könnten größer nicht sein als aktuell, oder? Man merkt, daß irgendwo auf der einen Seite sehr stark auf E-Autos, auf Wärmepumpen gesetzt wird, die sehr viel Energie verbrauchen. Auf der anderen Seite werden bewährte Atomkraftwerke, Kohlekraftwerke ... es wird abgeschaltet. Also da ist eine Diskrepanz.

Wie erklärst du dir das? Wie beurteilst du diese Situation als Experte?

Robert: Ja, das war für mich auch eine Sache, die ich überhaupt nicht verstanden habe, und ich habe lange überlegt, was könnte denn der tiefere Sinn dahinter sein, und ich habe ihn bis heute nicht erkennen können. Denn was man hier macht, ist Sabotage an einer sicheren Energieversorgung, nichts anderes.

Weil wenn ich auf der einen Seite zuverlässige Kraftwerke abschalte und auf der anderen Seite unzuverlässige, nämlich Wind- und Solaranlagen, als Energielieferanten etabliere, dann gibt es ja irgendwo so eine Differenz. Und die Frage, die ich mir stelle, ist: Wo kommt der Strom denn dann her, wenn eben immer mehr Kohlekraftwerke oder jetzt zunächst einmal ist ja konkret, werden die Kernkraftwerke abgeschaltet.

Also, das halte ich für sicher, daß die am 15.4. vom Netz gehen, die letzten drei. Ich verstehe nicht, wie man das machen kann, und selbst McKinsey hat in dem letzten Energiewende-Index, der diesen Monat rausgekommen ist, prognostiziert, daß bis 2030 dreißig Gigawatt, das ist ein Drittel der Kraftwerksleistung, die wir haben, also der zuverlässigen Kraftwerksleistung, die wir haben, ist dann weg. Und keiner weiß, wie es ersetzt werden soll.

Mathias: Ja gut Robert, wir haben noch den grünen Strom. Wir haben noch Ökostrom, der auf den Dächern produziert wird, in Windkraftanlagen. Hilft der uns nicht weiter?

Robert: Ja, das ist ja das Ziel des Wirtschaftsministers, eben die Erneuerbaren jetzt massivst und schnell auszubauen. Das Problem ist aber, man muß wissen, daß ungefähr für 140 Tage im Jahr Wind und Sonne nicht als Energielieferanten zur Verfügung stehen. Das heißt, ungefähr ein Drittel des Jahres wäre es dann hier dunkel in Deutschland. Und da war ja immer geplant, einen sogenannten Schattenkraftwerkspark im Backup zu haben, also es sollten eigent-

lich, bevor die Gaskrise kam, ganz viele Gaskraftwerke gebraucht werden, wir reden von ungefähr 40 Stück.

Und die sollen dann immer einspringen, wenn Wind und Sonne nicht liefern. Jetzt gab es aber die Gaskrise, und dadurch gibt es keine Investoren, die jetzt Gaskraftwerke bauen möchten. Das heißt, wir brauchen 40 Gaskraftwerke, die niemand bauen will. Wir schalten aber weiterhin Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke ab, und das ist jetzt die große Frage: Wann wacht man in Berlin auf und merkt, daß hier irgendwo ein Problem auftaucht?

Mathias: Ja, das klingt unglaublich. Kannst Du das Wort Schattenkraftwerke vielleicht nochmal etwas erläutern?

Robert: Also, ich fange mal bei der herkömmlichen Energieversorgung an. Wir haben leider, oder Gott sei Dank, wie auch immer, die Situation, daß wir immer genau so viel Strom produzieren müssen, wie gerade gebraucht wird. Denn wir haben keine großen Speicher. Also wenn man alle Speicher in Deutschland zusammenrechnet, dann reichen die bei einer normalen Verbrauchslage für 30 Minuten. So viel Speicher haben wir zur Verfügung. Und das bedeutet also, es muß im Grunde immer Kraftwerksleistung da sein, vorhanden sein, die einspringt und die bedarfsorientiert hochregelt oder runterregelt.

Jetzt haben wir aber die Situation, daß ich den Wind und die Sonne nicht beeinflussen kann. Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Es scheint die Sonne - ganz toll, wir haben Solarstrom, und dann zieht ein Gewitter auf. Das heißt, es kommen Wolken und der Solarstrom ist mit einem auf den anderen Moment weg. Beim Wind sieht es nicht anders aus. Wir hatten zum Beispiel gestern Abend ja massiven Sturm hier bei uns, und dann müssen irgendwann die Windräder abschalten, weil sie sonst kaputt gehen würden.

Das heißt, wir haben auf einmal viel Windstrom und auf einmal gar keinen mehr. Deswegen kann man mit diesen beiden Energieformen alleine nicht arbeiten, deswegen braucht man einen parallelen Kraftwerkspark, der so funktioniert wie unser bisheriger, der eben immer dann Strom liefert, wenn die Erneuerbaren ausfallen. Und deswegen allein ist auch diese Energiewende so unsinnig, weil ich einen doppelten Kraftwerkspark brauche, um unser Land jederzeit sicher mit Energie versorgen zu können. Und deswegen kann auch Erneuerbare Energie nie günstiger sein als ein konventioneller Kraftwerkspark, weil es immer mindestens mal zwei ist und immer viel, viel mehr Sicherheit da ist.

Mathias: Ja, und spitzt sich die Lage deiner Meinung nach zu?

Robert: Sie spitzt sich massiv zu. Wir haben alleine die Situation, daß wir in Baden-Württemberg seit dem 7.12. letzten Jahres mittlerweile sechs Warnungen vom dortigen Netzbetreiber von TransnetBW haben, daß eben die Verbraucher den Stromverbrauch zu einer bestimmten Zeit - es war zum Beispiel heute Morgen zwischen sechs und acht Uhr - sollten die Verbraucher in Baden-Württemberg den Stromverbrauch reduzieren, weil eine Strom-Mangellage vorhanden ist.

Mathias: Das wurde offiziell angekündigt?

Robert: Ja, es wurde offiziell dann behauptet, es geht darum, CO2 und Kosten zu sparen, aber ich kann es leider nicht überprüfen. Also ich würde mir wünschen, ich könnte bei den Netzbetreibern mal Mäuschen spielen. Aber für mich ist allein die Tatsache, daß da gewarnt wird, eine Aussage dazu, daß hier irgendwas nicht mehr sicher ist. So, und das ist halt, wir haben eine im Dezember gehabt, wir hatten eine Warnung im Januar, eine im Februar und drei im März. Das heißt, die Lage spitzt sich zu. Ein weiteres Indiz dafür, daß sich die Lage zuspitzt, ist der sogenannte Anstieg der Redispatch-Maßnahmen.

Als Redispatch werden die Maßnahmen betrachtet, die die Netzbetreiber ergreifen müssen, unser Stromnetz einzuregulieren. Und um nur mal drei Zahlen zu nennen: 2.000 waren es zwei bis drei Redispatches pro Jahr. 2021 waren es 8.636 und im letzten Jahr waren es über 12.000. Das heißt, man sieht hier, wie stark dieser Anstieg ist, also der Eingriffe, die nötig sind. Und

das bedeutet einfach, unser Netz wird immer schwieriger zu regeln, weil eben immer mehr zuverlässige Kraftwerke abgeschaltet werden.

Mathias: Ja, unglaublich. Und die Regierung begründet das ja alles, für alles wird der Klimawandel im Prinzip mit nach vorne geschoben. Wir brauchen eine Klimawende. Das wird immer wieder thematisiert. Ja, die Leute sind ja mittlerweile in einer regelrechten Angst, zu viel das Klima zu verändern, wobei die meisten noch nicht mal den Unterschied zwischen Klima und Wetter kennen. Aber abgesehen davon, die Angst, die Panik ist da.

Das bedeutet, die Politik, die ja eigentlich die Verantwortung hat, dafür zu sorgen, daß das jetzt hier vernünftig läuft, die verkauft uns doch jetzt aber aktuell, daß es nicht anders geht. Olaf Scholz hat diese Woche erst gesagt, er möchte jedes Jahr 500.000 neue Wärmepumpen eben auch installiert sehen. Robert Habeck hat gesagt, wir müssen jetzt zusehen, daß wir bis 2024 eben auch keine Öl- und Gasheizungen mehr verbauen. Ja, wo geht die Reise hin? Wo kommt die Energie her? Zum Wärmen und als Strom?

Robert: Na ja, also die Bundesnetzagentur hat ja schon gesagt, daß es diese Energie nicht geben wird, daß wir mit Netzausfällen rechnen müssen respektive, daß wir mit Stromrationierungen rechnen müssen. Deswegen wird gerade das Energiewirtschaftsgesetz angepaßt, so daß dann ab 1.1. den Wärmepumpen, den Ladestationen für die E-Autos und den Leuten, die Speicher im Haus haben, der Strom rationiert werden kann und auch rationiert werden muß, damit eben unser Netz nicht zusammenbricht.

Und du hast da eben so ein schönes Stichwort gebracht: Klimawandel - der und das böse CO2 wird ja allenthalben für die Begründung der Energiewende-Politik herangezogen.

Und na ja, wir müssen uns hier mal klar machen, ich will gar nicht die Klimadiskussion hier anfangen, aber zumindest mal beruht das Ganze auf einer Prognose vom IPCC, also einer politischen Organisation, die behauptet, daß es diesen Anstieg der Temperaturen geben würde, die ihn aber nicht beweisen kann und lauter Klimamodelle hat, die ganz abenteuerliche Zahlen produzieren. Und das soll der Grund sein, warum wir jetzt auf unsere zuverlässige Energieversorgung verzichten sollen, das ist alles schon sehr merkwürdig.

Mathias: Ja, wir leben in einem Industrieland. Wir produzieren viel. Also Energie ist hier ein wichtiger Faktor ...

Robert: Noch leben wir in einem Industrieland ...

Mathias: ... Noch leben wir in einem ... Danke für die Korrektur. Nein, aber die Dramatik ist schon gegeben, oder?

Robert: Im Grunde ist die Dramatik, sind wir schon mittendrin im Untergang. Ich sag es ganz bewußt so dramatisch. Auch wieder mit Zahlen unterlegt, wir haben bis letztes Jahr 85 Gigawatt an

Kraftwerksleistung benötigt in der Spitze. Wir brauchen dieses Jahr noch 75. Wo kommt das her diese Einsparung? Die kommt aus der Industrie, weil die Industriebetriebe ihre Produktion runtergefahren haben. Warum fahren Industriebetriebe die Produktion runter? Wenn sie nicht genügend Energie bekommen. Das bedeutet aber ja nicht, daß sie nicht produzieren könnten. Also wenn sie hier nicht mehr produzieren können, weil es keine Energie gibt, was machen sie, sie verlagern die Produktion ins Ausland, das bedeutet, Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Land.

Und der entscheidende Punkt ist, die Industrie kann in diesem Land nicht mehr planen, weil wir hören ja im Grunde monatlich neue Horror-Meldungen aus Berlin. Also um ein paar Sachen mal zu nennen, also wir haben eben schon über den Schattenkraftwerkspark gesprochen, der aufgebaut werden soll. Im gleichen Atemzug sagt aber die Politik auch, 2045 sollen die Gaskraftwerke weg. So, das heißt, dann soll alles nur noch mit Erneuerbaren gemacht werden. Aber das bedeutet wiederum, niemand plant, ein Gaskraftwerk zu bauen, weil es würde sich ja nicht rentieren.

Dann haben wir die Situation beim Strompreis, also jetzt für die Endverbraucher sind wir beim Doppelten des Preises vor der Krise. Beim Gas sind wir beim Vierfachen des Preises vor der Krise, und ein Ende ist nicht in Sicht, weil die billigen Rohstoffe aus Rußland fallen weg. Das heißt, wir haben eine verminderte Menge an Energie zur Verfügung bei deutlich gestiegenen Preisen. Das kann die Industrie nicht packen. Das geht gar nicht. Ich habe letzte Woche ein Unternehmen beraten mit 1.000 Leuten, die haben im letzten Jahr mal eben eine Million Euro mehr für Energiekosten ausgeben müssen.

Mathias: Unglaublich, unglaublich. Wenn man diese ganzen Puzzleteile mal so zusammenfügt und einfach nur mal wirklich als Laie sich das anschaut und einfach nur mal ganz frei darüber nachdenkt, kriegt man schon irgendwo ein ganz, ganz komisches Gefühl im Bauch. Da hat man echt die Frage, ist das jetzt alles noch wirklich, ja wie soll ich sagen, ist es so grün, wie es angestrichen ist?

Geht es da tatsächlich jetzt um den Umweltschutz, um den Klimawandel und um all diese Dinge, die, ich sage mal, in den Vordergrund gerückt werden, oder gibt es da eventuell andere Interessen, die eben im Hintergrund laufen? Das muß man sich zumindest fragen dürfen. Ich weiß nicht, wie schätzt du das ein?

Robert: Also, wenn du mich so direkt fragst, kriegst du von mir auch eine direkte Antwort. Ich halte das für Absicht, was hier gerade passiert. Wenn wir uns mal, wir müssen uns allerdings ein bißchen weiter politisch zurücknehmen und mal einfach schauen: Amerika und Brzezinski und Friedman und die RAND Corporation haben es schon ganz lange angekündigt, daß man Europa und vor allen Dingen Deutschland schwächen möchte. Und das macht man unter anderem durch diese Energiepolitik, das macht man auch durch das Etablieren einer Klimakrise und durch das Etablieren von einer CO₂-Katastrophe.

Und so kriegt man ein Industrieland ganz schnell in die Knie. Also wenn man Brzezinski glauben darf und Friedman, ging es ja immer darum, daß man Deutschland und Rußland, eben daß die nicht zusammenkommen dürfen. Denn die haben immer befürchtet, wenn deutsche Ingenieurskunst und russische Rohstoffe zusammenkommen, entsteht daraus ein Produkt, was eben dem Machtanspruch Amerikas gefährlich werden könnte.

Und wenn man sich das alles so ansieht, und ich habe eben schon gesagt, es gibt aus meiner Sicht keine Begründung und keine logische Erklärung für diese Energiepolitik, dann kann das die einzige Erklärung nur noch sein.

Mathias: Ja, weil ja, ich sage mal, die unlogischen Punkte einfach zunehmen. Man kauft jetzt den Strom aus dem Ausland zu, wir kaufen jetzt eben von schmutzigen Atomkraftwerken aus den Nachbarländern zu, die weiter ihre Atomkraft ausbauen, das heißt, das Risiko steigern und, ich sage mal, die sehr hochwertigen deutschen Atomkraftwerke, die es bis jetzt gab, die wirklich sehr sicher waren eben auch, die werden abgeschaltet. Es scheint wirklich so ein Stück weit gegen die Interessen der Bürger gehandelt zu werden, und das macht mir dann eben auch Sorgen.

Und es war mir wichtig, daß eben der Zuschauer auch mal versteht, was geschieht da im Hintergrund. Wie grün ist das Ganze denn auch? Jetzt mal ganz abgesehen von den Produktionsverfahren, die man jetzt für Batterien hat, mit Lithiumabbau etc. Auch da hatten wir mal drüber gesprochen.

Robert: Ja, das ist alles schmutzig. Die Zahl muß ich jetzt gerade loswerden. Die E-Autos werden ja als das Nonplusultra betrachtet, aber nur weil man den CO₂-Ausstoß, der beim stromerzeugenden Kraftwerk anfällt, nicht mit einrechnet.

Mathias: Ganz genau.

Robert: Das ist ja im Grunde alles Greenwashing, glaube ich, nennt man das sogar neu-deutsch. Und ein E-Auto braucht 220.000 Kilometer, oder andersrum, damit ein E-Auto so sauber wird wie ein deutscher Diesel, braucht es 220.000 Kilometer. Aber so lange hält ja kein

E-Auto, weil nach acht Jahren ist ein E-Auto kaputt. Und nach acht Jahren ist ein Diesel gerade erst mal eingefahren.

Und ich habe zuletzt einen interessanten Bericht von einem Automobilexperten gesehen, und er sagte, wenn man ein E-Auto in Kalifornien ein Jahr hinstellt, ist das E-Auto Schrott, weil die Batterie ist Schrott. Weil die Batterie altert, egal ob das E-Auto genutzt wird oder nicht, und sie ist extrem empfindlich gegen Hitze. Ja, und was will man mit dieser Art Technologie, noch dazu, wo wir gar keinen Strom dafür hätten, die E-Autos zu betreiben? Das heißt, jeder der ein E-Auto hat, der darf ab nächstem Jahr sich sein E-Auto angucken, aber nicht mehr damit fahren.

Mathias: Ich habe mir auch vorgestellt, wie das wohl ist, wenn man dann plötzlich einen Motorschaden hat, den man beim Verbrenner ja noch immer reparieren konnte. Wenn aber eine Batterie kaputt ist, ich sage mal, da ist ein Schaden, der ...

Robert: ... Es ist noch viel schlimmer. Die Hälfte des Wertes des E-Autos macht die Batterie aus. Das heißt, sobald die Batterie kaputt ist, ist das E-Auto ein Totalschaden. Das heißt, es wird auch bei E-Autos kaum einen Gebrauchtmärkte geben. Wenn das Auto ein paar Jahre alt ist, ist es im Grunde Schrott und es ist ja Sondermüll, weil die Batterien ... Es gibt heute noch keine Technologie, diese Lithium-Ionen-Batterien vernünftig zu recyceln. Was macht man? Man schreddert sie und verbrennt sie im Hochofen. Das ist dann umweltfreundlich.

Mathias: Unglaublich, unglaublich.

Robert: Ja, wo man hinschaut, findet man so einen Schwachsinn. Das Gleiche ist ja mit den Windenergieanlagen. Wenn die wieder abgebaut werden ... Und das ist ja auch bezeichnend. Wenn die Erneuerbaren so gut wären, warum gehen sie nur mit Zuschüssen? Man hat am Beginn dieses Jahres ... hat man die Bezuschussung für die Windenergie um 25 Prozent erhöht, damit überhaupt noch Leute hergehen und ein Windrad aufstellen. Da ist doch schon klar, daß das nicht funktionieren kann.

Mathias: Ja, das ist die Currywurst bei der Impfung.

Robert: Genau.

Mathias: Eine kleine Belohnung braucht der Bürger, damit er da irgendwo mitspielt.

Zum Thema Belohnung, da war es auch so, daß mein Arbeitskollege, auch ein guter Freund, eben umgestellt hat. Er hat seinen Verbrenner verkauft. Hat alles gut gemeint. Ich halte das auch in Ehren, er hat das wirklich gut gemeint. Hat sich ein E-Auto gekauft. Lädt das zu Hause fleißig, ist fröhlich.

Und dann zwei Wochen später kam die Schlagzeile auch in den Massenmedien: Sobald eben ein Engpaß in der Strom- oder Energieversorgung am Markt da ist, werden die E-Autos als erstes abgeschaltet. Also da ist er fast vom Glauben abgefallen. Im Moment merken scheinbar immer mehr Menschen, daß da irgend etwas einfach nicht zusammenpaßt.

Der Ausbau der Wärmepumpen, der jetzt ansteht, und immer mehr Leute werden abhängig vom Strom, um ihr Haus zu heizen. Und dieser Strom, so wie ich dich gerade verstanden habe, ist überhaupt gar nicht mehr gesichert. Dann ist es ja unterm Strich tatsächlich ein Wahnsinn, auf den wir zusteuern.

Robert: Ja, man kann das mal mit Zahlen untermauern. Also, wenn jetzt die drei Kernkraftwerke weg sind, dann haben wir noch 76 Gigawatt an gesicherter Leistung, bei 75, die wir brauchen. Nächstes Jahr (2024) sollen dann nochmal 7 Gigawatt an Kohlekraftwerken stillgelegt werden, dann sind wir noch bei 68 Gigawatt - dann sind wir schon massiv in der Unterdeckung. Und den Gaskraftwerkspark, den Schattenkraftwerkspark, von dem wir eben gesprochen haben, den gibt es ja nicht.

Und ein Gaskraftwerk zu bauen, dauert mindestens fünf, eher sieben Jahre. Das heißt, vor 2030, wenn man jetzt anfangen würde, hat man keine Ersatzkraftwerke. Es wird aber weiter abgeschaltet. Und wenn dann der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint oder wir eine

sogenannte Dunkelflaute haben, die auch mal durchaus drei Monate am Stück dauern kann, ja, dann geht es nur noch mit Rationierung. Und dann haben demnächst alle Leute Smart Meter, dann können sie abgeschaltet werden. Dann haben sie eine Wärmepumpe, dann können sie abgeschaltet werden. Das E-Auto wird abgeschaltet.

Mathias: Kannst du zum Smart Meter einen Satz sagen, nur daß der Zuschauer Bescheid weiß.

Robert: Ja, also die Smart Meter, das sind die intelligenten Stromzähler, die ja überall jetzt propagiert werden, weil sie unser Netz flexibler machen. Und weil sie unser Netz sicherer machen. Aber im Grunde dienen diese Geräte nur dazu, den Strom rationieren zu können. Zum einen liefern sie dem Netzbetreiber viel mehr Information als er bisher bekommt.

Weil heute muß er kommen zum Ablesen und weiß, wie viel Strom ich verbraucht habe. Mit dem Smart Meter bekommen wir einen Computer und dieser Computer sendet alle Daten auf Wunsch direkt an den Netzbetreiber - der hat dann alle unsere Verbrauchsdaten, das heißt, wir werden auch noch gläserner. Und der kann uns eben den Strom rationieren oder abschalten, und bis 2030 sollen die flächendeckend in Deutschland eingeführt sein.

Ja und dann sind wir komplett gläsern.

Mathias: Kraß! Also, wirklich ein krasses Thema. Das heißt, wir reden ja jetzt eigentlich schon seit vielen Jahren auch bei Kla.TV über mögliche und drohende Blackouts. Auch du bist unter anderem bekannt als Blackout-Experte, hast aber auch ganz klar gesagt, daß dieses Wort fast schon ein Stück weit das Gewicht verloren hat. Weil einfach eben auch dann medial immer wieder rumerzählt wird über Blackout, Blackout - und irgendwo merken die Leute, der Blackout, der kommt ja gerade gar nicht. Niemand hat ihn irgendwo bis jetzt erlebt.

Wenn du aber von diesen regionalen Stromabschaltungen sprichst und die jetzt auch noch sehr verstärkt geschehen, reden wir hier wieder von einer Art Salamtaktik? So etwas hatten wir ja schon öfter, auch in der Politik, daß Dinge eingeführt wurden, in- dem sie scheinbarweise - und die Scheibchen wurden immer dicker - reingebracht wurden.

Robert: Also, das ist tatsächlich eine Salamtaktik. Weil man sieht es auch daran, daß in den Medien auch jetzt in den Lokalblättchen immer mehr darüber gesprochen wird, daß wir uns auf Stromrationierungen einstellen müssen. Daß auch Blackouts drohen und daß sich Kommunen auf Blackouts vorbereiten, wobei wenn die Kommune von Blackout spricht, spricht sie eigentlich vom Stromausfall, also vom lokalbegrenzten Ereignis. Der Blackout, wie ich ihn verstehe, ist ein zumindest mal deutschlandweites Ereignis.

Und der Unterschied ist, beim Stromausfall behalten die Netzbetreiber, also die, die sozusagen unser Stromnetz am Laufen halten, behalten die Kontrolle. Und bei einem Blackout gibt es den totalen Kontrollverlust, weil die Kraftwerke sich automatisiert vom Netz trennen. Das ist der eigentliche Blackout und da bereitet sich keine Kommune darauf vor. Und das ist eigentlich das Perverse. Jetzt wird in den Medien dann auch noch geschrieben, Kommunen bereiten sich vor.

Der Bürger fühlt sich wieder mal in Sicherheit, bereitet sich deshalb selbst nicht vor. Und Fakt ist, wir können einen Blackout nicht ausschließen, denn unser Stromnetz wird immer komplexer. Das sind diese ganzen Wind- und Solaranlagen, die dazukommen. Wir haben ja immer noch das alte Stromnetz von vor 30 Jahren, wo es diese Großkraftwerke gab und sonst nichts.

Und in dieses alte Stromnetz macht man eine ganz neue Versorgungslage rein, für die es nicht gemacht ist und dadurch wird es immer komplexer, immer anfälliger und das sind eben diese Probleme, die on top kommen, also es gab immer schon eine Blackout-Gefahr, aber das kommt jetzt noch oben drauf, plus die Tatsache, daß die Energiepolitik uns willentlich und wissentlich in einen Mangel reintührt, weil wenn ich einfach immer mehr abschalte und darauf hoffe, daß zufälliger Wind oder zufällige Sonne das ausgleichen, ist klar, das kann nicht funktionieren.

Das ist einfach logisch. Und das ist das Problem, weshalb es diese Blackout-Gefahr gibt, und

deshalb wäre es so gut, wenn die Menschen sich vorbereiten, damit sie zwei Wochen im Zweifel ohne Strom auskommen.

Mathias: Vermutlich auch länger?

Robert: Also, die Vorsorge um so länger um so besser, aber wenn man jetzt sagt, na ja, bereitet euch für drei Monate vor, dann macht das keiner. Deswegen rede ich immer von der minimalen Seite. Also zwei Wochen autark Vorsorge mit Lebensmitteln, Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten. Das ist aus meiner Sicht, was jeder zu Hause haben sollte. Mehr ist besser. Aber das ist so das Mindeste, was man machen sollte, um, wenn eine solche Situation kommt, eben sich selbst helfen zu können, denn der Bund kann das nicht, das Land kann das nicht und die Kommunen schon gar nicht.

Mathias: Also, du als Experte, du sagst ganz klar, du appellierst an den Bürger, daß er mündig sich selber vorbereitet und nicht wartet, bis der Staat irgendwelche Maßnahmen ergreift, um dann doch noch irgendwo die Rettung zu bringen.

Robert: Der Staat ergreift ja keine Maßnahmen. Der Staat macht es ja noch andersrum, er macht ja noch Fehlinformationen. Da geht unser Bundeskanzler hin, da hat er im letzten Sommer- oder Herbst- Interview gesagt, die Stromversorgung ist sicher, es wird keinen Blackout geben. Und das ist eine Aussage, die ist schlicht und ergreifend unwahr, weil niemand sagen kann, es wird keinen geben. Man kann sagen, ja, er wird wahrscheinlich nicht kommen, aber mehr kann man nicht tun.

Aber ich möchte eigentlich an unsere Zuschauer appellieren, sich das so vorzustellen wie eine Versicherung. Wir haben alle eine Unfallversicherung. Die machen wir ja nicht, weil wir wissen, daß ein Unfall kommt, sondern weil wir hoffen, daß wir nie einen haben werden, aber falls einer kommt, sind wir versichert.

Auch mit einer Brandversicherung oder mit allen anderen Versicherungen ist es genauso, daß wir am Lebensende nicht zum Versicherungsvertreter gehen und sagen, du Schuft du, du hast mir eine Versicherung verkauft, die ich gar nicht gebraucht habe, sondern wir machen es und fühlen uns gut damit. Und jetzt soll diese Vorsorge einfach noch dazukommen, damit man eben auch in einer solchen Krise, die hoffentlich nie kommt, ausreichend vorgesorgt hat.

Mathias: Wow, das war ein sehr schöner Impuls, denke ich, auch an unsere Zuschauer. Wir bei Kla.TV achten auch immer darauf, daß wir nicht zu individuelle Tips und praxisnahe Listen oder so etwas austeilen, weil ja, wie du auch schon in einem letzten Gespräch gesagt hast, die Bedürfnisse sehr unterschiedlich sind. Der eine wohnt tatsächlich in einer Wohnung, der andere hat ein Haus. Deswegen so eine Pauschalaussage, komm, hole dir so eine Solaranlage, das haut gar nicht hin. Da war glaub ich ein Punkt, den fand ich sehr schön, als du im letzten Gespräch gesagt hast, daß eben die Gemeinschaft da sehr stark in den Vordergrund rückt.

Robert: Ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt, gerade in diesen schwierigen Zeiten. Um noch mal kurz den Bogen zu spannen, wir werden ja medial in Angst gehalten. Ob das die Klimakrise ist, und gerade bei Jugendlichen finde ich das so dramatisch ...

Mathias: ... Man versucht es zumindest.

Robert: ... Ja, aber es gelingt ja auch vielfach. Daß man diese jungen Menschen da verunsichert und sagt, ja in 2030 verglüht hier die Erde, dann CO₂ ist so gefährlich und alles das. Und da werden die Leute nur in Angst versetzt. Und Angst kann man am besten bekämpfen durch eine Gemeinschaft. Wo man sieht, wir sind nicht alleine und wir können das gemeinsam meistern.

Mathias: Ja, sehr schön. Geht mir genauso. Robert, ich danke dir ganz, ganz herzlich für deine Stimme heute, eben auch für deine Meinung, für deine Expertise, die du auch hier reingebracht hast. Ich finde es immer sehr schön, dir zuzuhören, muß ich sagen. Du schaffst es, die Dinge zu erklären, die doch recht komplex sind. ...

Also ich glaube, ich habe im Groben und im Ganzen wirklich, durch die Gespräche mit dir,

muß ich zugeben, auch sehr stark verstanden, was die Gefahr dahinter ist. Das wünsche ich auch unseren Zuschauern. Und ich bin mir ganz sicher, daß wir uns wiedersehen, mal mit einer ausführlicheren Dokumentation eben auch zu diesem Thema. Ich finde es sehr, sehr spannend.

An unsere Zuschauer gerichtet, vielleicht ergänzend auch noch zu Roberts Impuls, eben die Gemeinschaft auch zu fördern. Ich glaube, daß dort auch ein Schlüssel drinnen liegt. Daß dort eben auch die Kraft ist, sich gegenseitig irgendwo zu helfen. Einer hat immer das, was der Andere vielleicht auch braucht. Und wenn es nur, wie du sagtest, der Zuspruch ist und eben auch die Beziehung untereinander. ...

Lieber Robert, ich hoffe, dieser Zwischeneinschub war in Ordnung für dich.

Robert: Perfekt.

Mathias: Also noch einmal, ich bin super froh, daß wir uns kennen. Ich freue mich auf die weiteren Begegnungen, auf die weiteren Referate von dir. Wünsche dir auch noch einen wunderschönen Tag.

Robert: Ja, ich sage auch Danke. War ein tolles Gespräch und auch Danke an die Zuschauer, die hoffentlich so lange drangeblieben sind und bis zum nächsten Mal.

Mathias: Bis zum nächsten Mal.<<

Die deutsche Webseite "pleitetic.de" berichtete am 13. April 2023 (x1.283/...): >>**Grüne lassen Atomkraftwerke ohne Genehmigung mit Säure zerstören**

- Nach exklusiven Pleitetic.de-Informationen wurden zwei norddeutsche Kernkraftwerke ohne Rückbaugenehmigung mit Säure zerstört - unter grüner Verantwortung
- Den letzten drei Atomkraftwerken droht nach der Abschaltung am Samstag das Gleiche
- In grünen Ministeriumskreisen spricht man von einem "Sargnagel" für die AKW

Von *Sebastian Thormann* und *Max Mannhart*

Eigentlich debattiert die Koalition gerade darüber, ob die stillgelegten Atomkraftwerke angesichts der anhaltenden Energiekrise in einer Art Reserve behalten werden können. FDP-Fraktionschef Christian Dürr fordert, man solle die Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Kernkraftbetriebs offenhalten: "Laßt uns doch mindestens nicht sofort mit dem Rückbau beginnen, sondern diese Reserve zumindest erhalten", so Dürr zu seinen Koalitionspartnern. Lindner sagte im Interview mit der ARD: "Mir wäre lieber wir hätten die Reserve von drei klimaneutralen bestehenden Atomkraftwerken."

In zwei Ländern mit grün-geführten Landesumweltministerien wurden jetzt allerdings schon Fakten geschaffen - und den letzten Atomkraftwerken droht ab Samstag das Gleiche.

Das ist passiert: Auf Pleitetic.de-Anfrage erklärt das grün-geführte Bundesumweltministerium: In den drei Kraftwerken sollen "Maßnahmen zur Anpassung an den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb und in Vorbereitung auf die Stilllegung durchgeführt" werden.

Solche Maßnahmen beinhalten vor allem die sogenannte "Primärkreisdekontamination", bei der das Innere der Anlage mit Hilfe von hochaggressiver Säure von radioaktiven Nukliden gereinigt wird. Bei diesem Prozeß kann die Anlage allerdings bereits zerstört werden.

Das BMUV erklärt gegenüber Pleitetic.de: Die Komponenten werden dabei "stark und auf Dauer" geschädigt. Nach Durchführung dieses Verfahrens sei "ein Betrieb auch aus sicherheitstechnischer Sicht somit nicht mehr möglich." Ein anderes Vorgehen sei gar rechtswidrig, so das Ministerium.

Der grüne Trick: In den seit Jahresbeginn 2022 abgeschalteten Kernkraftwerken Grohnde in Niedersachsen und Brokdorf in Schleswig-Holstein ist so eine Primärkreisdekontamination "bereits abgeschlossen", wie das Bundesumweltministerium pleitetic.de mitteilte. Ein Sprecher des Landesumweltministeriums Niedersachsen gab zu, durch das Verfahren sei "das Rohrsystem des AKW planmäßig zerstört" worden.

Eigentlich wird das Kraftwerk erst zurückgebaut (d.h. zerstört), wenn eine entsprechende Ge-

nehmung vorliegt, die allerdings Jahre dauert.

Die beschriebene Dekontamination kann allerdings - und das ist das Besondere - bereits vor der Genehmigung vorgenommen werden.

Unter der Hand ist es so gelungen, zwei Atomkraftwerke bereits zu zerstören.

Der "Sargnagel": Bei zwei Kernkraftwerken, die am Samstag vom Netz gehen sollen, Emsland und Isar 2, ist die Genehmigung zum Rückbau noch nicht erteilt, das Genehmigungsverfahren sei lediglich "weit fortgeschritten" - aber selbst das reicht aus. Denn in den abgeschalteten Kernkraftwerken Grohnde und Brokdorf ist das ebenfalls der Verfahrensstand, und auch eine fehlende Rückbaugenehmigung schützt dort nicht vor der Säure-Zerstörung.

Bei den jetzt anstehenden Abschaltungen könnte also mit Hilfe eines solchen Vorgangs an den regulären Genehmigungsverfahren vorbei, die Atomkraftwerke zerstört werden und so eine schnelle Wieder-Inbetriebnahme unmöglich gemacht werden.

Aus Kreisen eines grünen Landesumweltministeriums hörte Pleiteticker.de, daß die Dekontamination intern als endgültiger "Sargnagel" für die AKW bezeichnet wird.

Für die drei am Samstag abzuschaltenden Anlagen sind die Landesministerien von Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg zuständig. Zwei der drei Bundesländer haben einen grünen Umweltminister.

Bei Pleiteticker.de haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, das wahre Ausmaß der Pleitewelle abzubilden. Dazu gehören aber nicht nur Konzerne, die wir alle kennen, über die alle berichten.

Wer die Wahrheit abbilden will, für den darf keine Geschichte zu klein sein. Damit sie nicht lautlos auf Seite 4 der Lokalpresse verschwinden - und mit ihnen das große Bild, das sich ergibt, wenn man die kleinen Puzzleteile zusammensetzt.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 13. April 2023: >>**Zurück ins Mittelalter - die Ampel schafft das!**

Die Abriß-Ampel macht ernst: In drei Tagen sollen die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz genommen werden - entgegen aller Notwendigkeit und wider jeglicher Vernunft. Während Bundes-Klima-Minister Robert Habeck von den Grünen es nämlich "völlig in Ordnung" findet, daß zum Beispiel die Ukraine ihre Anlagen weaternutzt - "sie sind ja nun mal da" - raubt er seinem eigenen Land die zuverlässigste Energiequelle.

Während unsere Nachbarländer fleißig in ihre Kernkraftwerke investieren und auch neue bauen, sieht die Bundesregierung für Deutschland nur noch Windräder und Solar-Plantagen vor, soweit das Auge reicht. Deutlicher kann doch gar nicht mehr werden, daß es der Ampelregierung nur um die Durchsetzung einer verqueren Öko-Ideologie geht, die alles andere als den Schutz von Umwelt und Heimat im Blick hat. Deutlicher kann nicht werden, daß man uns zurück ins Mittelalter verfrachten will!

Bereits vor einem Jahr urteilte das Wall Street Journal, daß Deutschland die "dümmste Energiepolitik der Welt" betreibt. Überall schüttelt man den Kopf über Scholz, Habeck und all die anderen Protagonisten. Frankreich, Polen, Dänemark - alle setzen in Anbetracht der Energiekrise auf Atomstrom. Und nicht einmal Japan ist nach dem Unglück von Fukushima 2011 aus der Kernenergie ausgestiegen - im Gegenteil: Auch dort wurden die Kapazitäten sogar erweitert. Nur in Deutschland steuert man weiter unbeirrt auf das Licht am Ende des Tunnels zu. Und hofft, daß das nicht auch mit Kernenergie betrieben wird.<<

Der Internet-Blog "journalistenwatch.com" berichtete am 14. April 2023 (x1.284/...): >>**Grüner "Sargnagel": Atomkraftwerke ohne Genehmigung mit Säure zerstören**
von Bettina Sauer

Unter grüner Verantwortung wurden zwei norddeutsche Kernkraftwerke ohne Rückbaugenehmigung mit Säure zerstört. Um Fakten zu schaffen, droht den letzten drei Atomkraftwerken nach der Abschaltung am Samstag ebenfalls dieser grüne Sargnagel. Zwei der

drei dafür verantwortlichen Minister gehören der grünen Zerstörerpartei an.

Das grün-geführte Bundesumweltministerium (BMUV) gab auf Anfrage des Magazins pleiticker.de zu: In den drei Kraftwerken, die am Samstag abgeschaltet werden, sollen "Maßnahmen zur Anpassung an den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb und in Vorbereitung auf die Stilllegung durchgeführt" werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß die funktionsfähigen Anlagen so zerstört werden, daß sie danach nicht mehr hochgefahren werden können.

"Primärkreisdekontamination" wird diese Maßnahme genannt, bei der das Innere der Anlage mit Hilfe von hochaggressiver Säure von radioaktiven Nukliden gereinigt wird. Bei diesem Prozeß kann die Anlage allerdings bereits zerstört werden. Die Komponenten werden dabei "stark und auf Dauer" geschädigt. Nach Durchführung dieses Verfahrens sei "ein Betrieb auch aus sicherheitstechnischer Sicht somit nicht mehr möglich", teilt das BMUV gegenüber pleiticker.de mit. Eine anderes Vorgehen sei gar rechtswidrig, so das Ministerium.

Um final zu verhindern, daß - wie aus den Reihen der FDP-Bettwärmer gefordert, die Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Kernkraftbetriebs offenzuhalten und nicht sofort mit dem Rückbau beginnen besteht - wurde seit Jahresbeginn bereits in den abgeschalteten Kernkraftwerken Grohnde in Niedersachsen und Brokdorf in Schleswig-Holstein mit dem grünen Zerstörungswerk begonnen und diese AKWs der Primärkreisdekontamination unterzogen.

Ein Sprecher des Landesumweltministeriums Niedersachsen gab zu, durch das Verfahren sei "das Rohrsystem des AKW planmäßig zerstört" worden. Und das alles, ohne daß eine Genehmigung für die Zerstörung der Anlagen vorgelegen hat. Jedoch: Die beschriebene Dekontamination kann allerdings - und das zeigt den grünen Wahnsinn - bereits vor einer Genehmigung vorgenommen werden. Somit ist es also gelungen, zwei Atomkraftwerke ohne Genehmigung dennoch zu zerstören.

Den beiden Kernkraftwerken, die am Samstag vom Netz genommen werden sollen - Emsland und Isar 2 - droht nun das selbe Prozedere. Wie pleiticker.de berichtet, ist die Genehmigung zum Rückbau noch nicht erteilt, das Genehmigungsverfahren sei lediglich "weit fortgeschritten", aber das reicht aus um die Anlagen mit Säure zu zerstören. Verantwortlich dafür werden in zwei von drei Fällen grüne Minister sein. Die "Dekontamination" wird in diesen Kreisen intern als endgültiger "Sargnagel" für die AKW bezeichnet. (SB)<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 14. April 2023: >>**Letzter AKW-Tag: Der Ampel den Stecker ziehen, nicht der Kernkraft!**

Der heutige Freitag ist der letzte Tag einer unbeschwerten Energie-Ära! Denn die letzten drei deutschen Kernkraftwerke sollen am morgigen Samstag vom Netz gehen - gegen jede Vernunft und jeden Sachverstand, gegen die überwältigende Mehrheitsmeinung der Deutschen, gegen den Trend in ganz Europa und der Welt.

Es ist eine Entscheidung, die in besonders krasser Weise als Symbol dafür steht, daß linke Ideologie und Selbstaufgabe in Deutschland über die Fakten siegen. Als Konsequenz dieser Entscheidung drohen uns harte Zeiten: Die Zeichen stehen auf explodierende Strompreise, noch mehr Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen Abstieg und eine massive Verschlechterung unserer Versorgungssicherheit.

Dabei hat es sich längst übergreifend über politische Lager herumgesprochen, daß die Kernkraft-Technologie enorme Fortschritte in punkto Sicherheit macht und deshalb zu Recht von anderen Ländern nicht verschmäht wird. Daß die Bundesregierung zugleich aus der Kohle aussteigen will, macht unsere Situation noch schlimmer.

Was man dabei immer wieder betonen muß: Es ist nicht nur die Ampel-Regierung mit Grünen, SPD und FDP, die dafür verantwortlich ist. Vielmehr war es die CDU, die den Ausstieg aus der Kernenergie gemeinsam mit der FDP aus opportunistischen Gründen durchgepeitscht hat und nun mit ihrer altbekannten Verschlagenheit so tut, als hätte sie mit diesem Anschlag

auf den deutschen Wohlstand nichts zu tun.

Mit diesem Vertuschungsmanöver dürfen wir die opportunistischen Abnicker von Union und FDP jedoch nicht davonkommen lassen - von der politischen Verantwortung der rot-grünen Kernkraft-Hasser ganz zu schweigen. Diese Regierung regiert am Volk und am wissenschaftlichen Sachverstand vorbei. Das einzig Positive daran ist, daß die dramatischen Folgen der Energiewende zwangsläufig zu einem gesellschaftlichen Umdenken führen werden: Der letzte Tag der Kernkraft ist der Anfang vom Ende der Ampel!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews.de" berichtete am 14. April 2023 (x1.280/...): >>>**Grüne lassen abgeschaltete AKWs endgültig unbrauchbar machen**

Auch ohne abgeschlossenes Rückbau-Genehmigungsverfahren: Grüne Landesministerien lassen abgeschaltete Atomkraftwerke endgültig unbrauchbar machen.

In zwei Ländern mit grün-geführten Landesumweltministerien wurden bereits abgeschaltete Atomkraftwerke derart beschädigt, daß eine Wiederinbetriebnahme, wie sie aktuell etwa von FDP-Politikern gefordert wird, unmöglich ist. In den seit Jahresbeginn 2022 vom Netz genommenen Kernkraftwerken Grohnde (Niedersachsen) und Brokdorf (Schleswig-Holstein) ist die sogenannte Primärkreis-Dekontamination "bereits abgeschlossen", wie das Bundesumweltministerium (BMU) auf Anfrage von "Achtung, Reichelt!" mitteilte.

Ein Sprecher des Landesumweltministeriums Niedersachsen bestätigte, durch das Verfahren sei "das Rohrsystem des AKW planmäßig zerstört" worden. Eigentlich wird das Kraftwerk erst dann zurückgebaut, wenn ein entsprechendes Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist. Dieses zieht sich über Jahre und ist in diesen Fällen aber noch nicht abgeschlossen.

Bei der Primärkreis-Dekontamination werden verschiedene Komponenten der Anlage mit Hilfe von hochaggressiver Säure von radioaktiven Nukliden gereinigt und somit "stark und auf Dauer" geschädigt, heißt es aus dem Bundesumweltministerium. Nach Durchführung dieses Verfahrens sei "ein Betrieb auch aus sicherheitstechnischer Sicht somit nicht mehr möglich." Ein anderes Vorgehen sei gar rechtswidrig, so das Ministerium.

Bei den drei deutschen Atomkraftwerken, die am Samstag vom Netz genommen werden, ist exakt derselbe Vorgang geplant: Dort sollen laut BMU "Maßnahmen zur Anpassung an den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb und in Vorbereitung auf die Stilllegung durchgeführt" werden, also v.a. die beschriebene Primärkreisdekontamination.

Bei den zwei Kraftwerken Emsland und Isar 2, die am Samstag vom Netz gehen, ist die Rückbau-Genehmigung noch nicht erteilt, das Genehmigungsverfahren sei lediglich "weit fortgeschritten", heißt es aus dem BMU.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/23" berichtete am 14. April 2023 (x1.387/...): >>>**Ende der Kernenergie**

Lust am Untergang

Dieter Stein

Am Samstag werden bei Deutschlands Grünen die Sektkorken knallen - wenn nicht noch ein Wunder geschieht. Dann gehen Deutschlands letzte Kernkraftwerke vom Netz. Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland. Dieser Ausstieg symbolisiert, wie sehr hierzulande Ideologie über Vernunft siegt. Und dies geht so lange weiter, solange sich nicht ein breiter gesamtgesellschaftlicher Widerstand gegen eine Politik der Öko-Planwirtschaft formiert, die in systematische Deindustrialisierung und Enteignung mündet.

Es wird nicht reichen, wenn in aktuellen Umfragen eine Mehrheit der Bürger den Ausstieg aus der Kernenergie ablehnt. Oder Verbandsvertreter wie DIHK-Präsident Peter Adrian kurz vor Toresschluß zaghaft die Abschaltung der letzten Meiler kritisieren. Adrian warnt durchaus zu Recht vor Versorgungsengpässen und steigenden Energiepreisen, die noch mehr Firmen außer Landes treiben könnten. Der Protest muß viel lauter und massiver werden. Unsere Petition gegen das Abschalten der KKW mit am Ende über 70.000 Unterschriften ist erfreulich - kann

aber nur ein Baustein sein.

Noch immer scheint es uns viel zu gut zu gehen, wenn wir uns diese ökonomische und politische Geisterfahrt glauben leisten zu können. Es bedarf einer tiefgreifenden Entzauberung grüner Ideologie, die wenig mit vernünftiger Ökologie zu tun hat. Sondern speziell in Deutschland trägt sie immer selbstmörderischere, autoaggressive Züge - eine Lust an der Selbstauslöschung unserer Nation und freier Marktwirtschaft.

Der Protest gegen die grüne Geisterfahrt in Deutschland muß noch viel lauter und massiver werden.

Wie absurd die deutsche Ausstiegspolitik tatsächlich ist, führt der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck jetzt selbst bei einem Besuch in der Ukraine vor.

Auf die dortige Energieversorgung angesprochen erklärte er: "Die Ukraine wird an der Atomkraft festhalten. Das ist völlig klar - und das ist auch in Ordnung, solange die Dinger sicher laufen. Sie sind ja gebaut."

Noch sicherer laufen "die Dinger" übrigens in Deutschland, nur hier ist es plötzlich nicht mehr "in Ordnung", hier werden moderne Kernkraftwerke verschrottet und statt dessen Kohlekraftwerke zur Abdeckung notwendiger Grundlast hochgefahren.

Der Irrsinn wird komplett mit dem unverändert geplanten Verbot neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024. Die Ampel-Regierung hält damit Millionen Eigenheimbesitzern die Pistole an die Schläfe und bedroht sie mit faktischer (Teil-)Enteignung.

Da auch dieser planwirtschaftliche Eingriff zivilreligiös geadelt wird durch den sogar von Kanzeln der Kirchen ausgerufenen Endsieg im Kampf für ein mit Wärmepumpen zu rettendes Weltklima, kann jede Opposition dagegen mit dem Vorwurf erstickt werden, mit dem Teufel im Bunde zu stehen. Bis endlich laut genug gerufen wird, daß der grüne Kaiser nackt ist.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. April 2023: >>**Finnen schließen Superreaktor ans Netz an**

Von *Sven Reuth*

Der neue und erweiterte Nuklearpark im finnischen Olkiluoto widerlegt so ziemlich alle Vorurteile, die es gegen Atomenergie gibt. ...

Es ist vollbracht! Seit dem gestrigen Sonntag speist der neue Druckwasserreaktor vom Typ EPR im Regelbetrieb Strom in das Netz des skandinavischen Landes ein. Finnland kann nun mehr als 40 Prozent seines Strombedarfs aus Nuklearenergie decken und liegt mit dem neuen Reaktorblock auch im Bereich der Versorgungssicherheit nun weit vor Deutschland. Alleine der neue EPR-Druckwasserreaktor kann nun bis zu 14 Prozent des finnischen Strombedarfs abdecken.

EPR wird doch noch ein Erfolg

Nach einer langen Anlaufzeit scheinen die EPR-Reaktoren nun ein wichtiger Bestandteil der globalen Stromerzeugung zu werden. Schon 2018 und 2019 gingen zwei EPR-Reaktoren im chinesischen Taishan in den Regelbetrieb. Es folgte am vergangenen Sonntag der Reaktor an der finnischen Ostseeküste. Der EPR-Reaktor im französischen Flamanville soll im kommenden Jahr in Betrieb gehen, 2026 und 2027 sollen dann zwei weitere Reaktoren dieses Typs im britischen Nuklearpark Hinkley Point C in Betrieb genommen werden.

Mit einer elektrischen Netto-Nennleistung von bis zu 1.600 MW halten die EPR-Reaktoren den derzeitigen Weltrekord bei der Stromerzeugung. Es hat fast schon eine ironische Note, daß dieser Reaktortyp von den beiden französischen Unternehmen Framatome und Électricité de France wie auch vom deutschen Konzern Siemens entwickelt wurde. Obwohl Deutschland erst am Wochenende endgültig aus der Atomenergie ausgestiegen ist, spielen deutsche Unternehmen wegen ihrer teilweise immer noch einzigartigen Fähigkeiten immer noch eine wichtige Rolle in der globalen Nuklearindustrie.

Globale Nuklear-Renaissance

Der EPR-Reaktor hat dabei keine einfache Geschichte hinter sich, auch die Fertigstellung des Reaktors in Olkiluoto dauerte viel länger als geplant. Der gordische Knoten scheint nun aber durchschlagen worden zu sein und mit jeder weiteren Fertigstellung eines EPR-Reaktors wächst auch die Routine beim Bau dieser Industrieanlagen.

Überhaupt verabschiedet sich Deutschland mit dem Ausstieg aus der Atomenergie aus einer der wichtigsten Zukunftstechnologien, die derzeit überhaupt existieren. In Großbritannien will Rolls-Royce bis zum Ende des Jahrzehnts Mini-Reaktoren vom Typ SMR (Small Modular Reactor) in Serie herstellen. Das wird dort nicht nur hochwertige und gut bezahlte Industriearbeitsplätze schaffen, sondern bringt das Vereinigte Königreich auch dem Ziel der Energieautarkie näher,

Der deutsche Kernphysiker Götz Ruprecht plant den Bau eines der von ihm entwickelten Dual Fluid Reaktoren, die mit dem in den Atomkraftwerken angefallenen Atommüll als Brennstoff betrieben werden können, in Afrika. Für eine solche Anlage würde man gar kein Endlager mehr benötigen.

Erstes Endlager der Welt

Apropos: Im finnischen Olkiluoto entsteht derzeit auch das erste Atommüll-Endlager der Welt. Damit wäre dann ein weiteres Pseudo-Argument der Atomkraftgegner aus der Welt geschafft, laut dem es bislang nämlich kein einziges sicheres Endlager für Atommüll geben würde. Auch mit Blick auf diesen Punkt waren die AKW-Gegner nur in einem Punkt meisterlich, nämlich in der lügnerischen Manipulation der öffentlichen Meinung und der Unterdrückung wirklich offener Debatten über die Vor- und Nachteile der Nutzung der Kernenergie.

Diese Technologie wird jetzt in Zukunft überall auf der Welt für Wohlstand, Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit sorgen - nur in Deutschland nicht mehr, wo man den eigenen wirtschaftlichen Abstieg als Folge der allgemeinen linksgrünen Verdummung und Technikfeindlichkeit immer noch mit erstaunlich achselzuckender Gelassenheit hinzunehmen scheint. Das Erwachen wird jedenfalls fürchterlich sein. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 18. April 2023: >>**Französische Kernkraft muß schon Stunden nach deutschem Atom-Aus eingreifen**

Die deutschen Kernkraftwerke waren gerade mal ein paar Stunden vom Netz, da platzen auch schon die grünen Träume von der Energiewende! Denn wären nicht französische Kern- und polnische Kohlekraftwerke für das plötzliche Wegbleiben der letzten drei deutschen Meiler eingesprungen, hätten uns sechs Gigawatt an Leistung gefehlt. Darüber berichtet die Bildzeitung. Sechs Gigawatt, das ist so viel Strom, wie die drei Großstädte Berlin, München und Hamburg verbrauchen. Ohne Energieimport würden jetzt also über sechs Millionen Menschen auf unabsehbare Zeit im Dunkeln sitzen.

Unter der öko-ideologisch verblendeten Ampelregierung tanzt Deutschland bei der Energieversorgung in Zukunft auf dem Drahtseil. Laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey wird unser Land seine Spitzenlast auch langfristig nicht abdecken können. Im Gegenteil: 2025 würden demzufolge 4 Gigawatt fehlen, 2030 würden es schon 30 sein. Die von den Grünen dominierte Ampel reitet ihr totes Energiewendepferd unbeirrt weiter.

Und damit die Bürger nichts von den Versorgungsausfällen merken, werden neben dem teuren Zukauf von Energie aus dem kopfschüttelnden Ausland hierzulande auch alte Kohlekraftwerke reaktiviert. Und es werden Landschaftskiller wie Windräder und Solarplantagen überall dort hingeklotzt, wo "Klimaminister" Robert Habeck es für richtig erachtet.

Der sorgt mit seinem Heizungsverbot bekanntlich dafür, daß in den kommenden Jahren Eigentümer zu Investitionen im mindestens fünfstelligen Bereich gezwungen werden - oder, wenn sie sich das nicht leisten können, ihre Häuser eben aufgeben müssen. Doch damit nicht

genug: In einigen Bundesländern greift seit diesem Jahr auch eine Solardach-Pflicht, weitere wollen nachziehen. Das würde dann abermals Zehntausende an zusätzlichen Kosten bedeuten, die auf Häuslebauer und -Besitzer zukommen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. April 2023: >>**Regierung bestätigt: Gefährlicher Windrad-Schrott läßt sich nicht so einfach recyceln**

Der Windrad-Irrsinn wirft ein neues, vollkommen ungelöstes Entsorgungsproblem auf, wie der Deutschland-Kurier u.a. hier mehrfach berichtete. Daß sich die gewaltigen Rotorblätter aus faserverstärktem Kunststoff nicht so einfach recyceln lassen, hat die Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Malte Kaufmann jetzt offiziell bestätigt. In der Antwort heißt es beschönigend: "Beim Recycling von Rotorblättern sind noch technische Schwierigkeiten zu überwinden."

Verwiesen wird auf eine Studie des Umweltbundesamtes vom Juli 2020 ("Windenergieanlagen: Rückbau, Recycling, Repowering"). Dort findet sich aber lediglich dieser Hinweis: "Carbonfaserverstärkte Segmente sollten einer spezialisierten Verwertung mit Faserrückgewinnung zugeführt werden".

Fakt ist: Diese "spezialisierte Verwertung" gibt es bis heute nicht. Auch die jüngste Studie des Umweltbundesamtes vom 26. September 2022 zur Möglichkeit des Recyclings von Rotorblättern wirft insoweit mehr Fragen auf, als sie Antworten gibt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 21. April 2023: >>**Energieirrsinn beenden, Heizungshammer stoppen**

Der Energieirrsinn der Ampelregierung hat mit dem Abkoppeln der letzten drei Kernkraftwerke vom Stromnetz einen vorläufigen traurigen Höhepunkt erreicht. Daß dieser Schritt nicht nur wirtschaftlich fatal, sondern ökologisch auch noch völlig nutzlos ist, erklärt der klimapolitische Sprecher der AfD im Bundestag, Karsten Hilse, im Podcast-Interview. Denn der Atomstrom, der nun fehlt, wird kurzerhand einfach aus Frankreich importiert. Zugleich werden alte Kohlekraftwerke wieder ans Netz gebracht, damit der Verbraucher nur nicht merkt, wie grundlegend die Kernenergie für die Versorgung ist. Wir fordern deshalb den Wiedereinstieg!

Die Abriß-Ampel-Regierung hat aber noch weitere Tiefschläge für die Bürger in petto: Habecks "Heizungs-Hammer" schwebt wie ein Damoklesschwert über Hauseigentümern und Mietern und wird sie über kurz oder lang mit voller Wucht treffen. Wir von der AfD wollen verhindern, daß die Deutschen demnächst teure Kredite aufnehmen müssen, um ihr hart erarbeitetes Eigenheim umzurüsten - oder daß sie es ganz abgeben müssen, weil sie sich keine Wärmepumpe leisten können. Unser Bundessprecher und Fraktionschef im Bundestag, Tino Chrupalla, erörtert das schlimme Spiel, das die Koalitionsparteien mit den Bürgern spielen.

Und: Kampfpanzer, Schützenpanzer, Munition - Kraft ihrer Wassersuppe verschenkt die Bundesregierung munter Waffen in Krisengebiete. Daß die Grünen von ihrem einstigen Wahlkampfslogan, genau das nicht zu tun, heute nichts mehr wissen wollen, ist dabei noch das kleinste Übel. Viel fataler ist es, daß solche weitreichenden Entscheidungen größtenteils am Parlament vorbei getroffen werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. April 2023: >>**Jetzt amtlich: Atomausstieg kostet Menschenleben**

Von *Sven Reuth*

Freispruch für die Atomkraft: Das renommierte US-Magazin Forbes hat nun penibel nachgewiesen, daß der Ausstieg aus der Atomenergie eine mörderische Politik ist, die Menschenleben kostet. ...

In einer Knallhart-Abrechnung mit der gleichermaßen naiven wie hochgradig ideologischen wie auch gefährlichen deutschen Energiewende hat das renommierte US-Magazin Forbes den Blick nun auf ein bislang noch weitgehend unbeachtetes Phänomen geworfen. Demnach ge-

fährdet der überstürzte deutsche Atomausstieg sogar Menschenleben - und dies in einem nicht für möglich gehaltenen Ausmaß.

Atomenergie rettet Leben!

Forbes beruft sich auf eine Studie, die vor drei Jahren im Journal of the European Economic Association erschien. Die drei Autoren kamen in dieser zu der Schlußfolgerung, daß es in Deutschland durch den von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel in panischer Hast und unter Mißachtung aller rechtsstaatlichen Grundsätze durchgepeitschten Atomausstieg zu bis zu 1.100 Todesfällen mehr im Jahr kommt. Grund dafür ist nach Auffassung der Autoren die wegen des Atomausstiegs hochgefahrte Kohleverstromung, die zu mehr Fällen von Asthma, Lungenkrebs und anderen Krankheiten führe.

Bei den Todesraten pro erzeugter Terrawattstunde Strom liegt die Braunkohle mit einem Wert von 32,72 vor der Steinkohle mit einem Wert von 24,62 vor Öl mit einem Wert von 18,43. Die für den Menschen ungefährlichsten Stromerzeugungsarten sind demnach die Kernenergie mit einer Todesrate von 0,03 pro erzeugter Terrawattstunde sowie die Photovoltaik mit einer Todesrate von 0,02 pro erzeugter Terrawattstunde.

"Nicht wissenschaftlich fundiert"

Die Forbes-Autoren stellen fest:

"Eine Energiewende, die die Kernenergie bei der Umstellung auf saubere Energie nicht anerkennt, ist letztlich nicht wissenschaftlich fundiert. ... Die Bundesregierung ist dem Irrglauben aufgesessen, daß erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne die Kernenergie und die Kohle auf dem Weg zu einer kohlenstofffreien Zukunft vollständig ersetzen können."

Doch nicht nur die Forbes-Autoren sind über die miserabel gemanagte und undurchdachte deutsche Energiewende entsetzt. Deutliche Worte der Kritik kommen auch von der Ökonomie-Professorin und Wirtschaftsweisen Veronika Grimme. Im Interview mit der Welt äußerte sie:

"Das Abschalten der letzten Atomkraftwerke bedeutet, daß der Strompreis höher ausfallen wird. Natürlich hätte man den Strompreis, die CO₂-Emissionen und den Gasverbrauch senken können, wenn man die Atomkraftwerke hätte weiterlaufen lassen. Das ist jetzt nicht passiert, um so wichtiger ist es, darauf hinzuweisen, daß wir weiterhin Gas sparen müssen."

Explodierende Stromimporte

Wie absurd dieser deutsche Atomausstieg ist, zeigte sich übrigens schon in der vergangenen Woche. Am 16. April, dem Tag nach der Abschaltung der deutschen Meiler, stieg der Anteil der Stromimporte aus Frankreich, Polen und Skandinavien auf 14 Prozent (15. April: sechs Prozent). Da 65 Prozent des Stroms in Frankreich wird durch Atomkraft gewonnen, hat Deutschland nun also erwiesenermaßen mit die sichersten Nuklearanlagen der Welt stillgelegt, um dafür Atomstrom aus weit weniger sichereren Reaktoren zu importieren. Ein noch törichterer Schildbürgerstreich ist wirklich kaum noch denkbar.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 27. April 2023: >>**Atomausstieg führt zu mehr Toten: AKW-Rückbau jetzt stoppen!**

Ein Blick über den Tellerrand der deutschen Massenmedien ist oftmals hilfreich, um den ideologisierten Irrsinn der Ampel-Regierung besser einordnen zu können. Denn während Habeck und Co den Eindruck erwecken, daß Deutschland im Alleingang das Klima kontrollieren kann, wird unsere Energiepolitik in immer mehr Ländern zerrissen. Das renommierte US-amerikanische Magazin "Forbes" spricht nun Klartext über den irrlichernden Energie-Kurs der Bundesrepublik: Es handle sich um "Pseudo-Wissenschaft"!

Und nicht nur das: Der Atomausstieg führe auch zu mehr Toten, weil Kohleverstromung mit Luftverschmutzung verbunden ist und somit entsprechende Krankheiten befördert, während Kernenergie in Bezug auf die Sterblichkeit die "sicherste Energiequelle" darstelle. Natürlich

liegt "Forbes" mit dieser Einschätzung völlig richtig - ganz zu schweigen von den explodierenden Strompreisen und der eingeschränkten Versorgungssicherheit.

Die Ampel-Regierung will dennoch Fakten schaffen: Mittels der sogenannten "Primärkreis-Dekontamination" mit Säure sollen die Kraftwerke von radioaktiven Nukliden gereinigt werden. Während dieses Prozesses kann die Anlage bereits zerstört werden, so daß die Möglichkeit eines Reservebetriebs entfiel.

Anstatt auf solche Weise einen irreversiblen Schaden für unseren Wirtschaftsstandort und unsere Energieversorgung anzurichten, sollte jetzt Schadensbegrenzung betrieben werden: Wir müssen den Rückbau der Kernkraftwerke stoppen und den Wiedereinstieg in die Kernenergie anstreben.

Ein Verzicht auf den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie entspricht schließlich auch der Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung, wie Umfragen beweisen.

Kein Wunder also, daß die Grünen wegen ihrer energiepolitischen Verbohrtheit in der Gunst der Wähler verlieren und in der jüngsten INSA-Umfrage deutlich hinter die AfD zurückfallen. Es zahlt sich eben auf Dauer aus für unsere AfD, daß unsere Energiepolitik sich von Realismus leiten läßt und nicht von Ideologie oder von opportunistischer Anbiederung an Medien und Zeitgeist-Mitläufer.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Mai 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: >>**Betreff: Die systematische Zerstörung der deutschen Energieversorgung durch die Westalliierten, Teil 1**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die deutsche Energiewirtschaft im Wandel der Zeit

Die rationelle Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft ermöglichte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur ein rasantes industrielles Wirtschaftswachstum, sondern sie förderte gleichzeitig auch das kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die effektive Energiewirtschaft stärkte nachweislich die Position der deutschen Volkswirtschaft und bildete die Basis für die internationale Konkurrenzfähigkeit.

1965 privatisierte die Bundesrepublik Deutschland die Mehrheit der VEBA-Kapitalanteile. Der deutsche Staat zog sich danach allmählich aus der Energieversorgung zurück, so daß alle staatlichen Energieversorgungsunternehmen (EVU), wie z.B. PreussenElektra, Bayernwerk und RWE teilweise privatisiert wurden.

Der Energiebereich wurde nach der Teilprivatisierung durch betriebswirtschaftliche Managementmethoden ständig rationeller und optimaler ausgerichtet. Infolge des dynamischen und sozialverträglichen Wirtschaftens unterstützte die Elektrizitätswirtschaft nachhaltig die positive Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.

Die teilprivatisierten Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich trotz ihres Versorgungsmonopols stets durch unternehmerische Dynamik aus. Nicht umsonst zählten die Anlagen der deutschen Energieversorgungsunternehmen schon bald zu den modernsten und sichersten der Welt.

In Deutschland verlegte man z.B. seit den späten 60er Jahren Mittel- und Niederspannungsleitungen konsequent unter die Erde. Es war zwar doppelt so teuer wie oberirdische Freileitungen, aber die Zuverlässigkeit des Stromnetzes wurde dadurch entscheidend verbessert. 1983 und 1987 folgten weitere Privatisierungen. In dieser Zeit wurde auch die VIAG privatisiert. Im Jahr 1988 verkaufte die Bundesrepublik Deutschland schließlich seine letzten Aktien. VEBA und VIAG wurden danach vollständig privatisiert und in den Deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen.

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten damals zu Gunsten der

Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.

Privatisierung der Energieversorgung aufgrund von EU-Vorgaben

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Im Verlauf der "eleganten Restprivatisierung" aller deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund der EU-Vorgaben abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Nach dem Zusammenschluß von VEBA und VIAG entstand mit der E.ON im Jahre 2000 das größte deutsche Energieunternehmen. Damals gehörte E.ON zu den besten privaten Energieunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte.

In jener Zeit besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr z.B. nur durchschnittliche Ausfallraten von nur 12 Minuten.

Destabilisierung der deutschen Stromerzeuger durch das Erneuerbare Energien Gesetz und planwirtschaftliche Maßnahmen

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden nachweislich spätestens ab 1997 durch das Erneuerbare Energien Gesetz sowie durch planwirtschaftliche Maßnahmen der fremdbestimmten deutschen Politiker, wie z.B. durch die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom, allmählich arglistig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde besonders der Betrieb von konventionellen Kraftwerken betriebswirtschaftlich unrentabel.

E.ON, der ehemals größte nationale deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche konventionellen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke - außer den deutschen Kernkraftwerken - an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Energiewende ins totale Chaos

Bei der arglistigen Energiewende handelt es sich zweifelsfrei um ein effektives Zerstörungsprojekt der Westalliierten. Das hochgradig unsoziale Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde später zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um ökonomisch unbezahlbare planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an die betrügerischen globalen "Finanzeliten" des hinterlistig inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen.

Ferner wurde das weltweite Klimalügendegebilde geschickt eingesetzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die zu erfolgreichen deutschen Exporteure, durch enorme Wettbewerbsnachteile zu destabilisieren oder ganz und gar auszuschalten, um vermeintlich "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen oder ausländische Konkurrenten zu begünstigen.

Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke von 2011 bis 2022

Die deutsche Stromerzeugung bestand bis zur sogenannten Energiewende im Jahr 2011 aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die **Grundlast**, aus Steinkohlekraftwerken für die **Mittellast** sowie aus Gaskraftwerken für die **Spitzenlast**.

Bis 2011 wurden etwa 80 % der gesamten deutschen Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt durch Kernkraftwerke, konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke gewährleistet. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung

der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 schließlich im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgermerkt damals sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Juni 2011: >>>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland. ...<<

Folgen der Energiewende

Die politisch angeordnete ideologische "Energiewende" diente nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern dieses systematisch geplante epochale Zerstörungswerk fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende z.B. bereits mindestens 500 Milliarden Euro. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinsten Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland wurden heimtückisch zerstört.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und steigt derzeit immer höher. Aufgrund der gegenwärtigen Strompreiserhöhungen können viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und immer mehr Unternehmer verlagern ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte es letzten Endes innerhalb von 16 Jahren problemlos, den ehemals vorbildlichen Industriestandort Deutschland systematisch und vorsätzlich zu ruinieren.

Kohleausstieg bis spätestens 2038

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" der deutschen Bundesregierung vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Obgleich die Bundesrepublik Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt, beschloß die deutsche Bundesregierung per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 4. März 2021 über das Kohleausstiegsgesetz: >>Wann werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet?

Die ersten Kraftwerke gehen 2020 vom Netz und bereits Ende 2022 werden von den heute rund 40 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung noch insgesamt lediglich 30 Gigawatt (je 15 Gigawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) in Betrieb sein; 2030 dann nur noch insgesamt 17 Gigawatt (8 Gigawatt Stein- und 9 Gigawatt Braunkohle). Bei einem entsprechenden Ausbau der erneuerbaren Energien auf - wie vereinbart - 65 Prozent, kann damit im Energiesektor das Klimaziel für 2030 erreicht werden. ...<<

Ab 2023 stehen in der Bundesrepublik Deutschland nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) zur Verfügung.

Sprengung der Gasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2

In der Nacht zum 26.09.2022 wurden in den Gewässern rund um die dänische Insel Bornholm vier Lecks in den Röhren von Nord Stream 1 und 2 festgestellt.

Obgleich die völkerrechtswidrige Sprengung der Gasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 schließlich das Scheitern der Energiewende bzw. den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregierung nichts, um den heimtückischen Terroranschlag gegen die deutsche und mitteleuropäische Gasversorgung aufzuklären.

Die Energiewende, die langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien gesetzt hatte, war spätestens nach der Sprengung der Gasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 endgültig gescheitert.

Während die törichten Schildbürger wenigstens nach einer gewissen Zeit ihre Fehler erkannten und korrigierten, sind die fremdbestimmten Klimaretter nicht bereit, zur Vernunft zurückzukehren.

Um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, wurden trotz der Sprengung der Gasleitungen die restlichen 3 Kernkraftwerke schließlich am 15. April 2023 stillgelegt.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt ausnahmslos von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Windkraftanlagen sind außerdem nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare landwirtschaftliche Flächen benötigt.

Der Betrieb von Windkraft- und Photovoltaikanlagen verursacht zwar meistens weder Abgase noch Schadstoffe, aber diese Anlagen ersetzen wegen fehlender Stromspeicher kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der re-

generativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung von konventionellen "Schattenkraftwerken" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt.

Obleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wird die nicht korrigierbare Umweltzerstörung, die der Bau von Windkraftanlagen und Solarparks verursacht, unbeirrt fortgesetzt. Auch wenn die offensichtlich total verblödeten Gutmenschen kurzfristig weitere 100.000 Windkraftanlagen errichten lassen, sind diese 100.000 zusätzlichen Windkraftanlagen wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes und wegen der fehlenden Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese "Stromerzeuger" eigentlich überhaupt nicht.

Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betonierte, alle Vögel, Fledermäuse sowie Insekten durch Windräder getötet und der gesamte Industriestandort Deutschland vernichtet werden, um zu erkennen, **daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisten können.**

Fehlende Stromspeicher

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich etwa 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher können Windkraft- und Photovoltaikanlagen nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von konventionellen Kraftwerken und leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke am 15. April 2023 (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) stehen nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn **in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig mindestens 50.000 Megawatt Strom,** um die Stromnachfrage zu decken.

Flächendeckender Stromausfall

Ein längerer, flächendeckender Stromausfall gefährdet die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes führt zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe und zur Zerstörung aller Lebensbereiche. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland letzten

Endes ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Die deutsche WDR/SWR-Fernsehsendung "Planet Wissen" berichtete am 26. September 2019: >>Blackout in Deutschland - ohne Strom mit Folgen

Von *Jens-Steffen Scherer*

Ein flächendeckender Stromausfall ... (würde) unsere verwundbarsten Stellen treffen. Zu groß ist unsere Abhängigkeit von Strom. Entsprechend dramatisch wären die Folgen, selbst wenn uns für nur wenige Tage der Saft ausgeht. ...

Die ersten Minuten nach dem Blackout

Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts in Deutschland kommt es zum Ausfall aller Kommunikationsnetze. Weder Internet noch Fernsehen funktionieren; und auch wenn Handys noch für einige Stunden Akku haben, besitzen sie dennoch keinen Netzempfang. Als einzige Informationsquelle bleibt vorerst nur das batteriebetriebene Radio.

Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Am Bankautomaten läßt sich kein Geld mehr abheben und die Zahlung per EC-Karte ist nicht mehr möglich. In den Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, um den Betrieb lebensnotwendiger Maschinen zu gewährleisten. Mit jeder weiteren Stunde führt das allgemeine Chaos in den meisten Bereichen zu Personalmangel.

... Durch den Ausfall der Ampeln kommt es zu vielen Verkehrsunfällen

Ein Tag nach dem Blackout

Nach 24 Stunden wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Polizei und Feuerwehr versuchen an möglichst vielen Orten Patrouille zu fahren, um die Menschen zu informieren und - wenn möglich - die größten Notfälle per Analogfunk an die Zentrale weitergeben zu können.

Mit dem restlichen Bargeld werden Supermärkte leergekauft. Gleichzeitig geben die letzten Akkus von Laptops und Handys ihren Geist auf.

Während in der Industrie viele Anlagen nicht mehr gesäubert oder gekühlt und deshalb beschädigt werden, sterben in den deutschen Mastbetrieben Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner, weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Zwei Tage nach dem Blackout

Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist - es besteht Seuchengefahr.

Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann nur noch in Flüsse abgeleitet werden.

In den Krankenhäusern werden zudem die Medikamente knapp und die Notstromaggregate haben keinen Diesel mehr, um weiteren Strom zu erzeugen. Die Zahl der Todesopfer steigt.

Drei Tage nach dem Blackout

Nach spätestens drei Tagen gehen vielen Menschen die Lebensmittelreserven aus und durch die nur wenigen verlässlichen Informationen steigt die Ungewißheit in der Bevölkerung weiter.

Aus Verzweiflung schließen sich die ersten kleineren Gruppen zusammen, um auf Beutezug nach Nahrung und Wertsachen zu gehen. Die Anzahl an Überfällen und Einbrüchen steigt, auch begünstigt dadurch, daß viele Kriminelle aus den elektronisch gesicherten Gefängnissen entkommen.

... Die Anzahl an Einbrüchen und Überfällen steigt nach einem Stromausfall

Eine Woche nach dem Blackout

Eine Woche nach dem Blackout brechen auch die letzten Notstromversorgungen in den Rechenzentren zusammen. Da die Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden können,

drohen in den acht verbleibenden Atomkraftwerken Deutschlands nun die Kernschmelze und damit der Super-GAU. ...<<

Brennelemente der stillgelegten Kernkraftwerke müssen mindestens fünf Jahre in Abklingbecken gekühlt werden

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke **müssen** zum Beispiel die **Brennelemente** der stillgelegten Kernkraftwerke **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken **gekühlt werden**, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. Mai 2023: >>**Firmen wandern in die USA ab: Habeck vertreibt die Industrie!**

Horrende Energiepreise, Fachkräftemangel, Bürokratie-Irrsinn: Immer mehr Unternehmen kehren Deutschland den Rücken. Und während sich Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen darum sorgt, wie man möglichst viele Freunde in lukrative Posten bringt und den Bürgern möglichst schnell ihre Heizungen wegnehmen kann, rutscht unser Land vollends in die Rezession. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hat ihre Exportprognosen jetzt drastisch nach unten korrigiert:

Der Zuwachs werde in diesem Jahr nur noch bei einem Prozent liegen. Und es dürfte noch weiter bergab gehen, denn nur noch jedes dritte Unternehmen plane laut einer Umfrage unter 5100 Mitgliedsbetrieben überhaupt noch höhere Investitionen im Euro-Raum! Die meisten Betriebe - 44 Prozent - wollen in Zukunft lieber ihre Aktivitäten in den USA ausbauen. Dort liege der Gaspreis nur bei einem Fünftel dessen, was man hierzulande berappen muß.

Seit Habeck im Amt ist, geht es mit der deutschen Wirtschaft steil bergab. Aber was will man erwarten von jemandem, dessen einzige Qualifikation Kinderbücher sind, und der laut eigenen Worten "noch nie etwas mit Deutschland anzufangen" wußte? Seine Bilanz ist verheerend und spätestens jetzt, wo die Vetternwirtschaft in seinem Ministerium Stück für Stück ans Tageslicht kommt, müßte er den Hut nehmen.

Seine einstige Beliebtheit, so zeigt sich, war ohnehin nur ein Medien-Märchen. Denn mittlerweile müssen selbst die vielen Habeck-Fans in den Redaktionsstuben einräumen, daß sein Stern am Sinken ist. Nur noch 30 Prozent der Bundesbürger seien mit seiner Arbeit zufrieden, die Ampelregierung insgesamt trifft mittlerweile bei 69 Prozent der Deutschen auf Ablehnung. Es wird Zeit für Habecks Rücktritt. Mit dem würde er dann wenigstens ein einziges Mal seinen Amtseid erfüllen: Schaden vom Deutschen Volke abzuwenden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. Mai 2023: >>**Südafrika: Mit Grünstrom gegen die Wand**

Es ist für jeden Menschen mit der Fähigkeit zum kritischen Denken offensichtlich, daß intermittierende erneuerbare "grüne" Energie niemals eine moderne Wirtschaft versorgen kann. Ein gutes Beispiel dafür ist auch das vermeintliche Grünstrom-Vorzeigeland Südafrika, dessen Energiekrise immer dramatischere Formen annimmt. ...

_ von *Francis Menton*

Während also verschiedene US-Bundesstaaten und andere Länder ihre Crash-Programme vorantreiben, um ihre Stromerzeugung vollständig "grün" zu machen, stellt sich sofort die nächste offensichtliche Frage: Wer wird als erster gegen die "Wand" der grünen Energie anrennen? Das heißt, welcher Staat oder welches Land wird als erstes feststellen, daß sein Stromsystem ohne ausreichende zuverlässige Stromerzeugung nicht mehr funktioniert? Und wie wird sich das auf die Bevölkerung auswirken?

Marode Infrastruktur und wachsende Bevölkerung

Werfen wir dafür einen Blick auf Südafrika. Südafrika ist eines der reichsten Länder in Sub-

sahara-Afrika, was nicht viel aussagt. Die Weltbank gibt das Pro-Kopf-BIP des Landes für 2021 mit etwa 7.000 Dollar an. (Zum Vergleich: Das Pro-Kopf-BIP der USA liegt bei etwa 70.000 \$, während die wohlhabenderen europäischen Länder wie Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich ein Pro-Kopf-BIP von etwa 40.000 bis 50.000 \$ haben).

Im Gegensatz zu den wohlhabenden westlichen Ländern ist Südafrika weit davon entfernt, vollständig entwickelt zu sein und hat nie ein vollständig ausgebautes Stromnetz erreicht. Das Land verfügt über eine alte Elektrizitätsinfrastruktur, die fast ausschließlich auf der Kohleverstromung basiert und aus der Zeit vor der Machtübernahme durch den ANC im Jahr 1994 stammt.

Um eine voll entwickelte Wirtschaft zu werden, muß Südafrika jedoch seine Stromversorgung erheblich ausbauen. Die Bevölkerung des Landes ist schnell gewachsen (von etwa 43 Millionen im Jahr 1994 auf heute 60 Millionen). Gleichzeitig ist der Stromversorger Eskom hoch verschuldet und hat kaum noch Möglichkeiten, privates Kapital zu beschaffen.

Williges Versuchskaninchen der westlichen Eliten

Daher ist das Land im Wesentlichen auf westliche Hilfe angewiesen, um seine Stromversorgung zu unterstützen und auszubauen. Ein Beispiel dafür, was im Bereich der westlichen Hilfe für die Strominfrastruktur passiert ist, daß die Weltbank 2013 die Finanzierung von Kohlekraftwerken und 2017 die Finanzierung von Öl- und Gasförderprojekten eingestellt hat.

Und so ist Südafrika zu einem meist willigen Versuchskaninchen für die grünen Träume der westlichen Eliten geworden. Laut Climate Home News vom 19. September 2020 legte die südafrikanische Regierung 2019 einen sogenannten Integrated Resources Plan vor, der "einen Übergang von der umweltschädlichen Kohleverstromung zu erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind" vorsieht.

Im September 2020 beschloß das südafrikanische Kabinett laut dem gleichen CHN-Beitrag "das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Null zu reduzieren". Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa hat sich in den letzten Jahren mehrfach für eine Netto-Null-Umstellung in seinem Land ausgesprochen.

Verfallene Kohlekraftwerke

Folgendes habe ich vor Ort bei der Stromerzeugung in Südafrika erfahren: Die New York Times berichtete am 14. März 2023, daß die Kohlekraftwerke des Landes in den letzten zehn Jahren, seit die Wind- und Sonnenenergie in Mode gekommen ist, wegen schlechter Wartung und fehlenden Investitionen "verfallen" sind. In der Zwischenzeit hat sich der Schwerpunkt seit der Jahrhundertwende auf die Entwicklung von Wind- und Solarressourcen zur Stromerzeugung verlagert.

Ein Artikel des Alexandria Engineering Journal vom Dezember 2021 bietet einen umfassenden Überblick über das Wachstum der erneuerbaren Energien in Südafrika. Das erste Demonstrations-Windprojekt wurde von Eskom im Jahr 2002 errichtet. Seitdem wurden Hunderte von weiteren Solar- und Windstromanlagen errichtet.

Müßten nicht inzwischen Wind und Sonne den reichlich vorhandenen und fast kostenlosen Strom für alle liefern? Das erscheint zwar plausibel, ist in der Wirklichkeit aber nicht der Fall.

.Ja, nach all diesen Maßnahmen beträgt der Anteil der Windenergie an der südafrikanischen Stromerzeugung ganze 2 Prozent und der Anteil der Solarenergie 1 Prozent.

Jeden Tag Stromausfälle

Die Südafrikaner haben schon seit Jahren mit Stromausfällen zu kämpfen, aber das Jahr 2022 war mit 205 Tagen Stromausfall laut CNN das schlimmste in der Geschichte des Landes, da veraltete Kohlekraftwerke ausfielen und der staatliche Stromversorger Eskom Schwierigkeiten hatte, das Geld für den Kauf von Diesel für Notstrom-Generatoren aufzubringen. In diesem Jahr gab es bisher jeden Tag Stromausfälle. Die Situation hat sich in der vergangenen Woche noch einmal verschärft, als Eskom ankündigte, daß es aufgrund von Ausfällen in 11 Kohle-

kraftwerken weitere Kürzungen vornehmen werde.

Nach Angaben von CNN ist jeder einzelne Haushalt oder jedes Unternehmen etwa 12 Stunden pro Tag ohne Strom, in der Regel in Schritten von jeweils etwa 4 Stunden und oft ohne Vorankündigung. Es ist empörend zu sehen, was die selbstgefälligen internationalen Funktionäre mit diesem armen Land anstellen. Aber wenigstens lernen wir, wie die "Grünenergie-Wand" in der Praxis aussieht.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtete am 31. Mai 2024 (x1.387/...):
>>Fritz Vahrenholt warnt in seinem Buch vor der "Großen Energiekrise"

Roberts Kettensäge

Fabian Schmidt-Ahmad

Sonnenbeschienene Wiesen, dazu knarrende Flügel einer Windmühle - die Grünen bemühen romantische Bilder, um für ihre Energiepolitik zu bewerben. So auch Robert Habeck, der die Deutschen nun auf ein neues "Strommarktdesign" einschwört. Was das ist, kann er nicht sagen, aber es wird irgend etwas Innovatives werden, mit günstigem Strom für alles und jeden, intelligenten Stromreglern und so. Also so realistisch wie eine Seite aus seinen Kinderbüchern. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ein 200 Meter hohes Windkraftwerk hat einen gewaltigen ökologischen Fußabdruck, denn es müssen Hunderte Tonnen Beton in den Boden verpreßt werden.

Was dann oben in den Himmel wächst, ist auch nicht im Einklang mit Mutter Natur. Die Langzeitfolgen, nicht zuletzt auf das Mikroklima, sind noch nicht abzuschätzen. Darauf weist Fritz Vahrenholt in seinem neuen Buch "Die große Energiekrise" hin.

Er weiß, wovon er spricht, war er doch als REpower-Chef maßgeblich an der Errichtung von Windparks beteiligt. Auch heute noch hält der SPD-Politiker Wind- und Solarparks für eine sinnvolle Ergänzung im deutschen Strommix, bloß muß ihre Limitierung bekannt sein. "Nur im Verbund mit anderen regelbaren Stromerzeugungen machen Windkraftanlagen energetisch Sinn", schreibt er. "Wind und Sonne liefern eben keine gesicherte Leistung." Und das auf Kosten einer Natur, die plötzlich sehr sorglos geopfert wird. Der Nistplatz einer gefährdeten Fledermausart kann einen Autobahnbau stoppen, wundert sich Vahrenholt, aber wenn die Lungen der unglücklichen Tiere durch Wirbelschleppen der Windkraftwerke implodieren, wird das ausgeblendet.

Obwohl ein Baum genau das macht, was die grüne Ideologie will, nämlich CO₂ aus der Atmosphäre aufzunehmen und zu binden, findet er keine Gnade vor Habeck. Bereits in den vergangenen Monaten fielen selbst Schutzgebiete wie der Reinhardswald der grünen Kettensäge zum Opfer. Pech für den Wald, Pech für die Fledermaus, daß der grüne Kapitalismus an ihnen nichts verdient. Künftig wird das noch viel schlimmer, ließ Habeck schon mal vorsorglich Umweltschutz und Bürgerinitiativen für noch zu bauende Windparks abräumen. Er wird schon wissen warum. Denn er hat keine Argumente. Und wie die Suche nach einem "Strommarktdesign" zeigt, auch keine Ideen.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Juni 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: **>>Betreff: Die systematische Zerstörung der deutschen Energieversorgung durch die Westalliierten, Teil 2**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke am 15. April 2023 (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) stehen nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten

Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn **in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig mindestens 50.000 Megawatt Strom**, um die Stromnachfrage zu decken.

Brennelemente der stillgelegten Kernkraftwerke müssen mindestens fünf Jahre in Abklingbecken gekühlt werden

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente der stillgelegten Kernkraftwerke **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>Zurück zur grünen Wiese

... Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden.

Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Das Online-Wissensmagazin "scinexx" berichtete am 9. August 2019 über die Stilllegung von Kernkraftwerken (x1.261/...): >>Abschalten - und dann? ...

Von *Nadja Podbregar*

Die Nachbetriebsphase eines Kernkraftwerks

Ein Atomkraftwerk abzuschalten, ist weniger einfach als es scheinen mag. Denn mit dem Umliegen eines Schalters ist es noch lange nicht getan. Die Natur der Kernreaktion erfordert statt dessen eine ganze Reihe von sorgfältig abgestimmten Maßnahmen - und einen langen Atem.

Das Problem der Restwärme

Der erste Schritt zum Abschalten ist das Unterbinden der atomaren Kettenreaktion im Reaktorkern. Dies geschieht in der Regel, indem man cadmium- oder borhaltige Kontrollstäbe zwischen die Stäbe mit dem Kernbrennstoff einschiebt. Sie absorbieren die vom Zerfall des Urans freigesetzten Neutronen und verhindern so, daß weitere Zerfallsreaktionen angestoßen werden. Der Reaktor ist damit abgeschaltet.

Das Problem jedoch: Auch ohne laufende Kettenreaktion produzieren die Brennstäbe noch immer Wärme. Sie entsteht nicht durch den Zerfall des eigentlichen Kernbrennstoffs, sondern durch die im Betrieb entstandenen kurzlebigeren Zerfallsprodukte. Dazu gehören vor allem radioaktive Isotope von Iod, Cäsium, Strontium, Xenon und Barium. Ihr Zerfall erzeugt unmittelbar nach Abschalten des Reaktors noch zwischen fünf und zehn Prozent Nachzerfallswärme - bei einem großen Reaktor kann dies nach einem Tag noch 20 Megawatt thermischer Energie entsprechen, nach drei Monaten immerhin noch drei Megawatt.

Vom Reaktorkern ins Abklingbecken

Diese Hitzeentwicklung bedeutet, daß der abgeschaltete Reaktor und auch bereits aus dem Kern entfernte, abgebrannte Brennstäbe noch einige Zeit lang weiter aktiv gekühlt werden müssen. Geschieht dies nicht, können sich die Brennstäbe so stark aufheizen, daß eine Kern-

schmelze droht. Welche Folgen dies haben kann, demonstrierte 2011 die Atomkatastrophe von Fukushima: Weil durch das Erdbeben und den Tsunami der Kühlkreislauf versagte, kam es im überhitzten Abklingbecken eines der Reaktoren zu einer Explosion und hochradioaktive Gase traten aus.

Abklingbecken

Die Abklingphase dauert je nach Reaktortyp und Menge des noch verbleibenden Kernbrennstoffs zwischen einem und fünf Jahren. In dieser Zeit muß als erstes der Reaktorkern von rund 300 Grad bis auf fast Raumtemperatur abkühlen. Dann folgt der zweite Schritt: Das Entfernen der Brennstoffstäbe aus dem Reaktorkern. Dafür wird mittels ferngesteuertem Kran die Abdeckung des Reaktorkerns angehoben und der Kern so weit mit Wasser geflutet, daß der Verbindungskanal zum benachbarten Abklingbecken unter Wasser liegt.

Fünf Jahre kühlen

Durch die sogenannte Lagerbeckenschleuse werden nun die Brennstäbe mit dem Kran unter Wasser ins Abklingbecken umgesetzt. Dieses Prozedere verhindert eine zu starke radioaktive Verstrahlung des Reaktorkerns und sichert gleichzeitig die ununterbrochene Kühlung der meist noch mehr als 100 Grad heißen Kernbrennstäbe. Im Abklingbecken dient Wasser als Kühlmittel und als Neutronenbremse. Um ein erneutes Aufflammen der Kettenreaktion zu verhindern, werden zusätzlich neutronenabsorbierende Substanzen wie Borsäure zugesetzt.

Dennoch sind die Zerfallsprodukte der Kernreaktion auch im Abklingbecken noch aktiv - davon zeugt ein geisterhaft bläuliches Leuchten. Dieses Tscherenkow-Licht entsteht, wenn die beim Zerfall der Radionuklide freigesetzten energiereichen Elektronen mit Wasserteilchen kollidieren. Die Atome werden dadurch angeregt und geben bei Rückkehr in den Grundzustand die Energie in Form von Licht wieder ab. Unter mehreren Metern Wasser und mit ständiger Kühlung bleiben die Brennstäbe im Abklingbecken, bis ihre Temperatur auf etwa 40 bis 50 Grad gesunken ist.

Dann können die Kernbrennstäbe aus dem Atomkraftwerk entfernt werden. Sie werden dafür mit Spezialkränen in Castorbehälter umgeladen und in ein Zwischenlager gebracht. Erst mit diesem Abtransport endet die sogenannte Nachbetriebsphase und das Kraftwerk gilt offiziell als abgeschaltet. ...<<

Der deutsche Physiker Dr. Rüdiger Paschotta berichtete am 14. März 2020 im "RP-Energie-Lexikon" über die Reaktorsicherheit (x1.027/...): >>>Der Betrieb von Kernreaktoren, insbesondere von großen Reaktoren innerhalb von Kernkraftwerken, birgt massive Gefahren. Deswegen gehören Überlegungen und Maßnahmen für eine möglichst hohe Reaktorsicherheit zu den essentiellen Aspekten der Nutzung der Kernenergie. ...

Einschluß radioaktiver Substanzen

Bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Kernreaktors bedeutet eine nukleare Katastrophe!

Ein entscheidender Aspekt der nuklearen Sicherheit ist der sichere Einschluß der radioaktiven Substanzen - insbesondere der hochradioaktiven Spaltprodukte ... Man beachte, daß das radioaktive Inventar des Reaktors eines typischen Kernkraftwerks, das bereits für einige Zeit betrieben wurde, weitaus höher ist als beispielsweise das, welches von der Hiroshima-Atombombe freigesetzt wurde. Deswegen bedeutet bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Atomreaktors eine nukleare Katastrophe. ...

Nachzerfallswärme

Auch nach Beendigung der nuklearen Kettenreaktion ist eine effektive Kühlung des Reaktors unbedingt notwendig!

... Bei den allermeisten Kernreaktoren ist die Nachzerfallswärme für lange Zeit nach dem Abschalten so stark, daß sie zur Beschädigung des Reaktors und in der Folge zu einem katastrophalen Unfall führen kann, wenn sie nicht in ausreichendem Maße abgeführt werden kann.

Die zuverlässige Funktion des Kühlsystems unter allen Umständen ist also für die Reaktorsicherheit essentiell ...

Beispielsweise beim Reaktorunglück in Fukushima in 2011 wurde genau dies in mehreren Reaktorblöcken zum entscheidenden Problem: Die Reaktoren mußten wegen des Erdbebens abgeschaltet werden, konnten also keine elektrische Energie mehr erzeugen, und das Hochspannungsnetz fiel ebenfalls aus. In dieser Lage funktionierten zunächst noch die Notstromgeneratoren (auf der Basis von Dieselmotoren), bis auch diese durch den folgenden Tsunami zerstört wurden.

Für kurze Zeit gab es noch elektrische Energie aus großen Batterien, aber bald stand nicht mehr genügend Energie für eine ausreichende Kühlung zur Verfügung - nicht einmal für den Betrieb der Leitwarte. In der Folge wurden mehrere Reaktorkerne und ebenfalls Lagerbecken für ausgediente Brennelemente unzureichend gekühlt, so daß sie sich übermäßig erhitzten. In der Folge kam es zu schweren Wasserstoffexplosionen, zur Zerstörung von mehreren Reaktorgebäuden und zur massiven Freisetzung radioaktiver Substanzen in die Luft, das Meer und das Grundwasser. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kühlung wurden stark behindert durch die extreme Radioaktivität in der gesamten Umgebung. ...

Nicht nur der Reaktorkern, sondern auch Abklingbecken für verbrauchte Brennelemente können ein enormes Sicherheitsrisiko darstellen!

Man beachte, daß bei vielen Reaktoren ein oder mehrere stark gefüllte Abklingbecken vorliegen, in denen eine größere Menge von Radioaktivität lagern kann als im Reaktorkern. Die Kühlung von Abklingbecken kann deswegen ebenso kritisch sein wie die des Reaktors, zumal die Abklingbecken meist weniger gut gesichert sind als der Reaktorkern. Nach den vorliegenden Informationen hätte in Fukushima leicht noch eine viel größere Katastrophe entstehen können, wenn ein bereits trockengefallenes Abklingbecken nicht zufällig als Folge eines schweren Lecks an anderer Stelle zusätzliches Wasser erhalten hätte.

Kernschmelze

Bei einem massiven Ausfall der Kühlung kann eine Kernschmelze einsetzen: ... Wenn der geschmolzene Kern mehrere tausend Grad Celsius heiß wird, kann er sich durch den Reaktor-druckbehälter und durch den Sicherheitsbehälter und das Betonfundament hindurchfressen. So kann ein großer Teil des radioaktiven Materials bis zum Grundwasser gelangen. Bei Kontakt mit Wasser können weitere Explosionen auftreten, die das radioaktive Material stark weiter verteilen.

Bei fast allen derzeit betriebenen Kernreaktoren muß eine Kernschmelze als ein nicht mehr beherrschbares Schadensereignis (ein "Super-GAU") gelten. Es muß deswegen alles Mögliche unternommen werden, um eine Kernschmelze zu verhindern, damit katastrophale Auswirkungen vermieden werden. ...<<

Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in Deutschland (x1.018/...): >>**Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen**

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. Auch bei der Organisation der Hilfe nach der Flut gibt es einige kritische Stimmen.

Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt werden. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird.

Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". Daher kann von Seiten der Bundesnetzagentur auch keine Eintrittswahr-

scheinlichkeit angegeben werden.

"Binnen der nächsten fünf Jahre ist mit einem Blackout zu rechnen."

Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021, Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreich

Im Gegensatz dazu steht Österreich. Nach einer Analyse des österreichischen Bundesheeres ist mit einem Blackout in den nächsten 5 Jahren zu rechnen. Auch werden Gemeinden, Kommunen und Bürger in Österreich über die Nachrichtensender ORF dazu angehalten eigene Blackout-Vorbereitungen zu treffen.

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

Was macht Deutschland während eines Blackouts?

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetz fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

Katastrophenschutz in Deutschland

Der deutsche Katastrophenschutz ist gegenwärtig nur ungenügend vorbereitet, falls sich während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls Störfälle in den 2019 bis 2023 stillgelegten sieben Kernkraftwerken ereignen sollten.

Im Jahre 1977 gründeten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen.

Das Online-Nachschlagewerk Wikipedia berichtete über die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH - KHG - (x1.025/...): >>**Kerntechnischer Hilfsdienst**

Die **Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG)** ist ein von der deutschen Kerntechnik-Industrie getragenes privatwirtschaftliches Unternehmen, das bei Stör- und Unfällen in kerntechnischen Anlagen zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden soll.

Gegenstand des Unternehmens und Struktur

Die KHG wurde 1977 von Betreibern deutscher Kernkraftwerke, der Brennstoffkreislaufindustrie und Großforschungszentren gegründet. Den größten Anteil (87,6 %) an der KHG hält heute die "Beteiligungsgesellschaft der Energieversorgungsunternehmen an der KHG GbR", vertreten durch EnBW Kraftwerke AG, E.ON Kernkraft GmbH, RWE Power AG und Vattenfall Europe. Der Firmensitz befindet sich in unmittelbarer Nähe des Forschungszentrums Karlsruhe (früher *Kernforschungszentrum Karlsruhe*) in Eggenstein-Leopoldshafen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist laut Handelsregisterbekanntmachung vom 29. Januar 2004 der Aufbau, Betrieb und Einsatz eines Kerntechnischen Hilfsdienstes als Einrichtung im Sinne des (damals gültigen) § 53 der Strahlenschutzverordnung ("Vorbereitung der Schadensbekämpfung bei sicherheitstechnisch bedeutsamen Ereignissen", seit 2019 gilt eine veränderte Verordnung). Die Gesellschaft hält das erforderliche Personal und die erforderlichen Hilfsmittel vor, um die durch Unfälle oder Störfälle innerhalb von Kontrollbereichen und betrieblichen Überwachungsbereichen entstandenen Gefahren einzudämmen oder zu beseitigen.

Der Stamm fester Mitarbeiter ist in eine ständige Rufbereitschaft eingebunden und rückt im Einsatzfall mit den am Firmensitz vorhandenen Fahrzeugen zum Einsatzort aus. Dort wird er von weiteren in die Ausrüstung eingewiesenen Personen, die von den beteiligten Unternehmen gestellt werden, unterstützt.

Dabei handelt es sich um 111 Mitarbeiter aus 11 Firmen. Mit diesem Fremdpersonal werden je nach Qualifikation und Einsatzzweck Trainingskurse an Geräten und Einrichtungen der KHG sowie Übungen bei Betreibern aus dem Gesellschafterkreis der KHG durchgeführt. Mehrere KHG-Mitarbeiter sind als ständige Mitglieder des Arbeitskreises Notfallschutz im Fachverband für Strahlenschutz e.V. und im Ausschuß Notfallschutz der Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundes tätig.

Mit "Groupe Intra", einer französischen Organisation mit ähnlichen Aufgaben, besteht ein Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der KHG hat 2017 eine Übung mit Groupe Intra auf dem KHG-Gelände stattgefunden.

Die KHG beteiligte sich wiederkehrend an Ringversuchen und Vergleichsmessungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) zur Kernstrahlungsmeßtechnik und nimmt an Übungen zur Notfallvorsorge in kerntechnischen Anlagen teil.

Am 21. April 2020 meldete die bundeseigene BGZ-Gesellschaft für Zwischenlagerung die Absicht zur Übernahme der KHG beim Bundeskartellamt zur Prüfung an.

Fachbereiche

Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH gliedert sich in die Fachbereiche *Infrastruktur*, *Strahlenschutz*, *Dekontamination* und *Fernhantierung*. ...

Infrastruktur

Der Fachbereich *Infrastruktur* stellt Ausrüstung zur Planung und Führung von Einsätzen zur Verfügung. Insbesondere können dort die Personen, die an der Behebung der Fehlfunktion, die zum Stör- oder Unfall geführt hat, beteiligt sind, mit Fachinformationen versorgt werden.

Strahlenschutz

Der Bereich *Strahlenschutz* rüstet im Inneren der betroffenen Anlage eingesetzte Hilfskräfte mit Strahlenmeßgeräten aus. Außerdem führt er im Inneren und in der Umgebung der Anlage Strahlenmessungen selbst durch und untersucht Mitarbeiter, Hilfskräfte und Zivilisten auf mögliche Kontaminationen. Dazu stehen ihm Geräte zur Messung der Stärke ionisierender Strahlung und zur Identifizierung radioaktiver Stoffe zur Verfügung.

Dekontamination

Im Fachbereich *Dekontamination* werden Duschen zur Reinigung kontaminierter Personen und Ausrüstung vorgehalten. Außerdem führt er Atemschutzgeräte und Schutzkleidung zur Ausstattung der Hilfskräfte mit.

Fernhantierung

Der Fachbereich *Fernhantierung* besitzt mehrere ferngesteuerte Fahrzeuge, die mit Videokameras und verschiedenen Werkzeugmaschinen ausgestattet werden können, um in kontaminierten Bereichen handwerkliche Aufgaben durchzuführen und damit Störungen in der kerntechnischen Anlage zu beheben. ...<<

Kernschmelze im Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerkes in Tschernobyl

Als am 26.04.1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten in der Ukraine mindestens **800.000 Feuerwehrleute und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im sogenannten Sarkophag befanden, zu schützen.

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: **insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen.** Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ... Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

Kernschmelze der Brennelemente in den 7 stillgelegten Kernkraftwerken

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht zum Beispiel in den Abklingbecken von mindestens 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2023 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Die letzten stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2023 vom Netz genommen wurden, befinden sich in folgenden deutschen Bundesländern:

Schleswig Holstein

Kernkraftwerk Brokdorf (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1986 bis zum 31.

Dezember 2021.

Niedersachsen

Kernkraftwerk Grohnde (Druckwasserreaktor: 1.360 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Druckwasserreaktor: 1.335 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 15. April 2023.

Baden Württemberg

Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Druckwasserreaktor: 1.402 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Druckwasserreaktor: 1.310 Megawatt), Laufzeit: 1989 bis zum 15. April 2023.

Bayern

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Druckwasserreaktor: 1.288 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Isar 2 (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 15. April 2023.

Hochverrat durch die grün-geführten Landesumweltministerien in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein: Vorsätzliche Zerstörung der stillgelegten Kernkraftwerke ohne gesetzliche Genehmigung, um die Wiederinbetriebnahme der einwandfreien Kernkraftwerke bei Stromversorgungsproblemen auszuschließen.

Die deutsche Webseite "pleitetic.de" berichtete am 13. April 2023 über die heimtückischen Terroranschläge der grün-geführten Landesumweltministerien in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein gegen die deutsche Stromversorgung (x1.283/): >>>**Grüne lassen Atomkraftwerke ohne Genehmigung mit Säure zerstören**

- Nach exklusiven Pleitetic.de-Informationen wurden zwei norddeutsche Kernkraftwerke ohne Rückbaugenehmigung mit Säure zerstört - unter grüner Verantwortung
- Den letzten drei Atomkraftwerken droht nach der Abschaltung am Samstag das Gleiche
- In grünen Ministeriumskreisen spricht man von einem "Sargnagel" für die AKW

Von Sebastian Thormann und Max Mannhart

Eigentlich debattiert die Koalition gerade darüber, ob die stillgelegten Atomkraftwerke angesichts der anhaltenden Energiekrise in einer Art Reserve behalten werden können. ...

In zwei Ländern mit grün-geführten Landesumweltministerien wurden jetzt allerdings schon Fakten geschaffen - und den letzten Atomkraftwerken droht ab Samstag das Gleiche.

Das ist passiert: Auf Pleitetic.de-Anfrage erklärt das grün-geführte Bundesumweltministerium: In den drei Kraftwerken sollen "Maßnahmen zur Anpassung an den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb und in Vorbereitung auf die Stilllegung durchgeführt" werden.

Solche Maßnahmen beinhalten vor allem die sogenannte "Primärkreisdekontamination", bei der das Innere der Anlage mit Hilfe von hochaggressiver Säure von radioaktiven Nukliden gereinigt wird. Bei diesem Prozeß kann die Anlage allerdings bereits zerstört werden.

Das BMUV erklärt gegenüber pleitetic.de: Die Komponenten werden dabei "stark und auf Dauer" geschädigt. Nach Durchführung dieses Verfahrens sei "ein Betrieb auch aus sicherheitstechnischer Sicht somit nicht mehr möglich." Ein anderes Vorgehen sei gar rechtswidrig, so das Ministerium.

Der grüne Trick: In den seit Jahresbeginn 2022 abgeschalteten Kernkraftwerken Grohnde in Niedersachsen und Brokdorf in Schleswig-Holstein ist so eine Primärkreisdekontamination "bereits abgeschlossen", wie das Bundesumweltministerium pleitetic.de mitteilte. Ein Sprecher des Landesumweltministeriums Niedersachsen gab zu, durch das Verfahren sei "das Rohrsystem des AKW planmäßig zerstört" worden.

Eigentlich wird das Kraftwerk erst zurückgebaut (d.h. zerstört), wenn eine entsprechende Ge-

nehmung vorliegt, die allerdings Jahre dauert.

Die beschriebene Dekontamination kann allerdings - und das ist das Besondere - bereits vor der Genehmigung vorgenommen werden.

Unter der Hand ist es so gelungen, zwei Atomkraftwerke bereits zu zerstören. ...

Bei den jetzt anstehenden Abschaltungen könnte also mit Hilfe eines solchen Vorgangs an den regulären Genehmigungsverfahren vorbei, die Atomkraftwerke zerstört werden und so eine schnelle Wieder-Inbetriebnahme unmöglich gemacht werden.

Aus Kreisen eines grünen Landesumweltministeriums hörte pleiteticker.de, daß die Dekontamination intern als endgültiger "Sargnagel" für die AKW bezeichnet wird.

Für die drei am Samstag abzuschaltenden Anlagen sind die Landesministerien von Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg zuständig. Zwei der drei Bundesländer haben einen grünen Umweltminister. ...<<

Kernschmelze in den von 2019 bis 2023 stillgelegten deutschen Kernkraftwerken

Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, kann es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zur gefürchteten Kernschmelze der überhitzten Brennelemente (**mit einer Schwermetallmasse von etwa 700 Tonnen**) und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen. Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen**.

Um nach der **Kernschmelze** die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen.

Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über **111 Mitarbeiter**, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Da man wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisieren kann, werden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in der näheren Umgebung und später weltweit verteilt.

Große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete in den Nachbarländer Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden werden vermutlich durch radioaktive Strahlen unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Widerstandsrecht gegen staatsgefährdende Maßnahmen

Die Elektrifizierung zählt nicht umsonst zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Falls die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Schäden und Gefahren der planmäßig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung weiterhin ignoriert, obgleich sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland nachweislich gefährden sowie die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohen, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst zu verteidigen.

Gemäß Grundgesetz Artikel 20 geht in einem demokratischen Staat die oberste Gewalt immer noch vom Volk aus. Wenn die politische Führung ihre Aufgaben und Pflichten nachweislich ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihr natürliches Recht auf Selbsterhaltung persönlich zu verteidigen.

Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes lautet wie folgt: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Wir haben nur noch sehr wenig Zeit, um die systematisch geplante Vernichtungsaktion der weltweit vernetzten gemeingefährlichen NWO-Psychopathen zu verhindern. Die Deutschen müssen sich deshalb sofort von ihren naiven Lebenslügen verabschieden und sich endlich der bitteren Wahrheit stellen, denn ohne energische Gegenwehr werden die bisher eingeleiteten arglistigen Destabilisierungsmaßnahmen sicherlich zu einer noch nie dagewesenen Katastrophe führen.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren und wird sang- und klanglos untergehen.

GOTT MIT UNS ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 2. Juni 2023: >>**Habeck schaltet Kohlekraftwerke an: Die Energiewende-Ideologie ist gescheitert!**

Die lange Reihe der Irrsinnigkeiten und Widersprüche in der Energiepolitik ist um eine Absurdität reicher: Wirtschaftsminister Habeck kündigte bei einem Besuch in Brandenburg an, daß abgeschaltete Kohlekraftwerks-Reserveblöcke mit einer Sondergenehmigung wieder genutzt werden sollen.

Für dieses Ziel will Habeck sogar einen Antrag bei der EU stellen. Es brauche eine "zusätzliche Kapazitätsreserve für den Winter". Denn während die Kernkraftwerke abgeschaltet sind, reichen Gas sowie Wind und Sonnenstrom in der dunklen Jahreszeit nicht aus. Muß man noch mehr zum Scheitern des Energiewende-Experiments sagen?

Über Jahre hinweg hat die AfD - und nur die AfD - nichts anderes vorhergesagt. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß unsere Versorgungssicherheit bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft nicht gewährleistet werden kann. Nun passiert das, was für unsere Partei und wirkliche Energie-Experten absehbar war:

Die durch die "Energiewende" herbeigeführte Lücke in der Energieversorgung wird durch Kohle-Kraftwerke kompensiert (und natürlich durch Atomstrom aus dem Ausland). Das ganze Gerede der Grünen über eine vermeintliche "Klima-Katastrophe" und angebliche "CO2-Dreckschleudern" erweist sich als Farce.

Und während der grüne "Energiewende-Fanatiker" Habeck regelmäßig zum Sparen von Strom und Energie aufruft, wird mit dem grünen Kult ums Elektro-Auto der Stromverbrauch massiv in die Höhe getrieben. Wohin man nur sieht, blickt man auf Widersprüche und Irrationalitäten.

Von Anfang an war der Ausstieg aus der Kernenergie genauso falsch wie der Verzicht auf Kohlekraftwerke. Habecks plötzliche Kohle-Wende doktert nur an den Symptomen herum. Wir sollten die gesamte "Energiewende" rückabwickeln und unsere Energieversorgung nie wieder in die Hände von grünen Ideologen legen!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/23" berichtete am 2. Juni 2023 (x1.387/...):

>>**Wunderland ist abgebrannt**

Rezession als Quittung: Die Regierungskoalition setzt ihren wirtschaftspolitischen Irrweg planmäßig fort

Fritz Söllner

Deutschland befindet sich nun offiziell in der Rezession: Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vierten Quartal 2022 um 0,5 Prozent ist das BIP im ersten Quartal 2023 nochmals um 0,3 Prozent geschrumpft.

Damit ist Deutschland jetzt, was das Wirtschaftswachstum angeht, das Schlußlicht in der Eurozone. Die Befürchtungen vieler Ökonomen haben sich bewahrheitet und der Zweckoptimismus, den die Regierung seit Monaten verbreitet, hat sich als gegenstandslos erwiesen. Wir erinnern uns: Im Januar war Bundeskanzler Olaf Scholz "fest davon überzeugt, daß wir nicht in eine Rezession geraten werden". Und noch im April fabulierte Wirtschaftsminister Robert Habeck siegessicher davon, daß die Rezession abgewendet sei.

Es stellt sich nun die Frage, ob es sich bei der aktuellen Rezession um einen einmaligen Ausrutscher handelt, eine kurze Unterbrechung auf dem Weg zum "grünen Wirtschaftswunder" - oder ob es die erste dunkle Wolke am Horizont ist, Vorbote eines Sturmtiefs, das langfristig über der deutschen Wirtschaft liegen wird. Leider spricht vieles für die zweite Alternative. Auch die Deutsche Bank erwartet ein Schrumpfen der Wirtschaft im gesamten Jahr 2023, nämlich um 0,3 Prozent.

Es ist zwar richtig, daß die deutsche Wirtschaft gegenwärtig noch unter den Nachwirkungen der Lieferkettenprobleme aufgrund der Coronakrise und unter den Folgen des Ukrainekriegs leidet, die beide vorübergehender Natur sind. Eine viel wichtigere Rolle spielen aber grundsätzliche und langfristige Komplikationen. Hierbei ist zunächst an die desaströse Geldpolitik der EZB zu denken, welche die Hauptursache für die gegenwärtige (und höchstwahrscheinlich noch länger anhaltende) Inflation ist.

Für diese Geldpolitik ist die Bundesregierung nicht (oder zumindest nicht direkt) verantwortlich - im Gegensatz zu dem zweiten Grundproblem, dem Irrweg in der Wirtschaftspolitik. Dieser wurde zwar schon lange vor dem Amtsantritt der jetzigen Regierung eingeschlagen, aber die Ampelkoalition geht immer weiter und immer schneller in diese Richtung. Am deutlichsten äußert sich die wirtschaftspolitische Fehlentwicklung in der Klima- und Energiepolitik, die mit ihrer Fixierung auf den Klimaschutz sowohl Versorgungssicherheit als auch Wirtschaftlichkeit vernachlässigt.

Aktuelle Beispiele sind etwa das Gebäudeenergiegesetz, das enteignungsgleiche Eingriffe beinhaltet und zu einem großen Wertverlust bei Millionen von Häusern in Deutschland führen wird, oder das Energieeffizienzgesetz, das den absoluten Energieverbrauch bis 2030 gegenüber heute um über 20 Prozent senken soll.

Selbst Ifo-Präsident Clemens Fuest, der bisher nicht gerade durch Kritik an der Klima- und Energiepolitik aufgefallen ist, bezeichnet dieses Gesetz als "Wachstumskiller". Mit solchen und ähnlichen Vorhaben geht nicht nur eine Belastung und Verunsicherung der Haushalte und Unternehmen einher, sondern auch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

In zunehmendem Maße wird über die deutsche Wirtschaftspolitik mit den Füßen abgestimmt: Junge und gutausgebildete Fachkräfte wandern aus und viele Unternehmen reagieren nicht nur mit Produktionseinschränkungen, sondern zunehmend mit Produktionsverlagerungen und Abwanderung. Die Deindustrialisierung, die schon seit Jahren im Gang ist, beschleunigt sich immer mehr, vor allem was energieintensive Branchen betrifft. Henry Morgenthau wäre begeistert von dieser Politik, mit der Deutschland das industrielle Fundament seiner Volkswirtschaft selbst zerstört.

Fast noch problematischer ist eine zweite Tendenz, für die diese Klima- und Energiepolitik nur ein, wenngleich das wichtigste Symptom ist: der schleichende Systemwandel von der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer staatlich gelenkten Pseudomarktwirtschaft.

Ordnungspolitische Grundsätze und die Prinzipien von Markt und Wettbewerb spielen keine Rolle mehr. Der Staat belastet Haushalte und Unternehmen nicht nur durch immer höhere

Steuern und Abgaben - was, wenn diese eine gewisse Höhe nicht übersteigen, immerhin marktsystemkonform ist. Zunehmend werden aber nicht nur marktwirtschaftliche Instrumente, sondern auch und vor allem dirigistische Preissetzungsmechanismen und ordnungsrechtliche Vorgaben angewandt.

Immer mehr Vorschriften, Ge- und Verbote schränken den Handlungs- und Entscheidungsspielraum von Unternehmen und Haushalten immer stärker ein. Um die privaten Wirtschaftssubjekte mit diesem Dirigismus zu versöhnen (oder um sie zumindest ruhigzustellen), werden einerseits die Sozialausgaben erhöht und andererseits milliardenschwere Subventionen gezahlt - beispielsweise im Rahmen der Energiepreislöscher oder für den Einbau der vom Gebäudeenergiegesetz erzwungenen Wärmepumpen.

In die gleiche Richtung geht das Vorhaben, den Industriestrompreis auf sechs Cent pro Kilowattstunde herunterzuschubventionieren. Auf diese Weise macht der Staat Haushalte und Unternehmen systematisch von sich abhängig. Er nimmt ihnen nicht nur die wirtschaftliche Freiheit, sondern gewöhnt sie auch daran, sich immer stärker auf ihn zu verlassen. Dadurch pervertiert er das Konzept der Marktwirtschaft, in dem ja die Eigeninitiative und die freie Entscheidung eine zentrale Rolle spielen.

Diese Entwicklung führt zu einer Wirtschaftsordnung, die allerhöchstens dem Namen nach eine Marktwirtschaft, in Wirklichkeit aber in weiten Teilen eine Planwirtschaft ist. Denn alle wesentlichen Entscheidungen werden vom Staat und seinen Bürokraten getroffen werden - ähnlich wie in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, die auch nur noch de jure eine Marktwirtschaft war.

Die ideologisch motivierte grün-rote Wirtschaftspolitik der letzten Jahre führt also nicht nur zu einer fortschreitenden Deindustrialisierung, was schon schlimm genug wäre, sondern darüber hinaus auch zu einer Zerstörung der marktwirtschaftlichen Grundlage unserer Volkswirtschaft, der Deutschland seinen Wohlstand und seine führende Rolle unter den Industrieländern zu verdanken hatte. Ludwig Erhard würde sich im Grab umdrehen.

Die gegenwärtige Rezession ist ein Anzeichen einer grundsätzlichen und hausgemachten Wachstumsschwäche.

Kurzfristige konjunkturpolitische Maßnahmen sind deshalb nicht nur keine Lösung, sondern verursachen bloß noch mehr Probleme. Abhilfe verspricht allein eine Umkehr auf dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Irrweg, eine Wiederbesinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dazu ist freilich die Ampelregierung weder fähig noch willens.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/23" berichtete am 2. Juni 2023 (x1.387/...):

>>**Notabschaltung oder Blackout**

Wärmewende: Wenn das Ausland künftig nicht genug Strom liefern kann, sind Rationierungen unabwendbar

Marc Schmidt

Am 10. Mai war es wieder soweit: Die Abendsonne schien, doch die installierten 58.000 Megawatt (MW) Windkraft lieferten kaum etwas: Zwischen 18.00 und 18.15 Uhr lag die "erneuerbare" Stromerzeugung in Deutschland nur bei 4.712 Megawattstunden (MWh). Die abgeschalteten AKW und Steinkohlekraftwerke konnten nicht einspringen, die "fossile" Erzeugung konnte nur 6.237 MWh leisten: Für 26,6 Prozent des deutschen Strombedarfs (insgesamt 14.917 MWh) mußte das Ausland einspringen - ansonsten hätten gezielte Stromabschaltungen (Brownout) oder sogar der Blackout gedroht.

Die Bundesnetzagentur läßt eine potentielle Versorgungslücke von über 4.600 MW Erzeugungskapazität für den Winter 2023/24 erkennen. Diese besteht im wesentlichen in den Reservekapazitäten, die notwendig sind, die erhöhten Bedarfe an Energie zu bestimmten Tageszeiten im Winter zu decken.

Diese Deckung wird besonders schwierig, wenn in einer Dunkelflaute weder Solar- noch

Windkraft genug Energie produzieren. Bislang konnten Kern-, Kohle- und Gaskraftwerke einspringen. Diese Absicherung der Netzstabilität wird zunehmend nicht mehr möglich sein. Und im Winter brauchen unsere Nachbarn ihren Strom meistens selbst.

Die "Wärmewende" und die "Verkehrswende" wird die Stromlücke weiter erhöhen: Zum einen sind Wärmepumpen Großverbraucher in Privathaushalten. Wird das verschärfte Gebäudeenergiegesetz (GEG) beschlossen, wird die bereits in der zweiten Jahreshälfte rasant steigende Zahl an Wärmepumpen einen in den bisherigen Kalkulationen der Bundesnetzagentur so nicht berücksichtigten Anstieg des Stromverbrauchs zur Folge haben. Und der fällt in die Heizperiode und jene Jahreszeit, in der Deutschland keine ausreichenden Kraftwerksreserven mehr besitzt. Die ursprünglichen Planungen der Energiewende sahen neu zu bauende Gaskraftwerke vor, was als Versorgungsplanung inzwischen verworfen worden ist.

Radikale Eingriffe in den privaten Verbrauch sind ab 2024 möglich

Die E-Autos, 2030 sollen es 15 Millionen sein, brauchen nicht nur im Winter Strom. Hinzu kommen Probleme mit der Stromverteilung. Die regionalen Netzbetreiber, die die Haushalte beliefern, sind auf einen flächendeckenden starken Anstieg der Stromverbräuche nicht eingestellt. Bereits jetzt kann der Wohnungskonzern Vonovia installierte Wärmepumpen im Berliner Stadtnetz nicht in Betrieb nehmen, da dies zu lokalen Überlastungen führen könnte.

Noch kritischer ist die Lage auf dem Land. Sowohl die Stromnetze als auch deren Steuerung sind oft renovierungsbedürftig und veraltet. Allerdings haben die lokalen Netzbetreiber selten kostendeckende Strukturen. Die Kommunen, zu denen sie gehören, können wegen der Kosten der Masseneinwanderung kaum investieren.

Schwankende Produktionskapazitäten und zugleich steigende Verbräuche durch Wärmepumpen in nicht dafür ausgelegten kommunalen Netzen führen zu flächendeckenden Netzstörungen. Da sich kritische Spannungssituationen und Ungleichgewichte in Stromnetzen nicht plötzlich aufbauen, haben die Netzbetreiber die Chance, den Zusammenbruch überregionaler Mittel- und Hochspannungsnetze zu verhindern.

In der Vergangenheit wurden hierfür abschaltbare Lasten industrieller Großverbraucher genutzt. Mit der deutlich gestiegenen Wahrscheinlichkeit, daß eine solche Maßnahme erforderlich wird, ist die Zahl der Fabriken in den potentiellen Abschaltlisten deutlich gesunken. Die Alternative zur Abschaltung industrieller Großverbraucher ist auf den unteren Spannungsebenen die Abschaltung regionaler Teilnetze, also einzelner Stadtteile oder kleinerer Städte und Dörfer.

Eine solche Maßnahme will jede Regierung verhindern. Öffentlich weitgehend unbemerkt hat der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, welches das Strommarktdesign reformiert und gleichzeitig neue Möglichkeiten der Netzsteuerung ermöglicht. Das Gesetz verpflichtet Stadtwerke, zukünftig fernauslesbare, genaue elektronische Stromzähler, sogenannte Smartmeter anstatt der üblichen mechanischen Zähler zu verbauen. Zugleich werden die Kosten für den Einbau und den Betrieb der neuen Smartmeter nicht vollständig auf die Stromkunden umgelegt, sondern auf 20 Euro pro Jahr gedeckelt.

Die regionalen Netzbetreiber werden also gezwungen, in die Zählerstruktur zu investieren, was die Möglichkeiten zu anderen Modernisierungsmaßnahmen weiter einschränkt. Mit dem neuen Gesetz werden zudem die Stromversorger verpflichtet, Haushalten mit Smartmetern zeitflexible Stromtarife anzubieten, also Strompreise, die sich nach der Uhrzeit bzw. der verfügbaren Strommenge richten.

Haushalte sollen durch diese Tarife animiert werden, beispielsweise dann Wäsche zu waschen, wenn die Wetterlage für ein Überangebot an Ökostrom sorgt. Die meisten verbrauchsintensiven Geräte in einem Haushalt, wie der Kühlschrank, sind durchgängig in Betrieb, Fachleute haben eine geringe Erwartung bezüglich der Steuerungswirkung der Tarife. Allerdings ändern die Maßnahmen die Rahmenbedingungen am Strommarkt und ermöglichen es den

Netzbetreibern, ohne Abwürfe der Industrie oder ganzer Netze bei Strommangel den Gesamtverbrauch zu senken.

Die Smartmeter-Pflicht erlaubt "bedarfsgerechte" Stromzuteilungen

Zwangsweise eingebaute Smartmeter ermöglichen nicht nur genaue Abrechnungen und zeitgenaue Tarife, sondern auch die Drosselung der Versorgung oder das Abschalten einzelner Netzpunkte. Das Ergebnis ist ein Horrorszenario: Regionale Netzbetreiber müssen den Strom in Dunkelflauten rationieren. Bei fehlenden Möglichkeiten, Strom aus ausländischen Kraftwerken zu kaufen, besteht keine Alternative zur Senkung der Verbräuche im Netz, zukünftig über Zuteilungen.

Eine moderne Netzsteuerung kann zwar nicht auf die Geräte in einem Haushalt zugreifen, sofern diese nicht über das Internet mit dem Smartmeter verbunden sind, aber sie kann die Strommengen für einzelne Netzpunkte reduzieren oder diese vorübergehend abschalten. Solche Netzpunkte sind alle Anschlüsse, die nicht über das Haus, sondern direkt mit dem Netz verbunden sind, beispielsweise die meisten Ladepunkte für Elektroautos oder in Zukunft auch von außen steuerbare Wärmepumpen.

Bereits 2020 haben Kritiker negative Wechselwirkungen von Ausbau erneuerbarer Energien, Kraftwerksabschaltungen und steigenden Verbräuche im Gebäudebereich durch Dekarbonisierung prognostiziert. Es bleibt zu hoffen, daß die mit dem Eintreten der Szenarien verbundenen, vorhergesagten Stromrationierungen vermieden werden können. Die technischen Vorbereitungen für das Vorgehen werden allerdings bereits getroffen, die Bedarfslage ist geschaffen. *Strommarktdaten der Bundesnetzagentur: www.smard.de*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Juni 2023: >>AKW-Aus: Deutschland ist jetzt Strom-Importland

Von *Sven Reuth*

Der Atomausstieg ist noch keine zwei Monate Geschichte, da beginnt er sich schon zu rächen: Deutschland ist nun stärker den je auf Energie-Importe aus dem Ausland angewiesen. ...

Im vergangenen Sommer fielen in Frankreich viele Atomkraftwerke wegen Reparaturarbeiten aus. Dies hatte zur Folge, daß Deutschland im Sommer 2022 trotz des Gas- und Strompreisschocks, den man selbst zu verkraften hatte, auch noch massive Stromexporte nach Frankreich bewerkstelligen mußte. Auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres blieb Deutschland unter dem Strich Exporteur von Strom nach Frankreich.

Dummer grüner Jubel

Dieses Verhältnis hat sich nun plötzlich in das Gegenteil verkehrt. Wie Daten des französischen Netzbetreibers RTE zeigen, lieferten die Franzosen seit Mitte April an den meisten Tagen deutlich mehr Strom in Richtung Deutschland als umgekehrt. Auch die Zahlen der Bundesnetzagentur verdeutlichen laut einer Meldung des Handelsblatt: Deutschland war im Stromhandel mit seinen Nachbarländern zwar von Januar bis März noch Netto-Stromexporteur - in den Monaten April und Mai war Deutschland dagegen auf Strom aus dem Ausland angewiesen.

Die Zahlen machen auf drastische Art und Weise deutlich, wie dumm und kurzsichtig der grüne Jubel über den Mitte April dieses Jahres endgültig erfolgten deutschen Atomausstieg war. Sogenannte Energieexperten, die den Grünen nahestehen, werteten den nicht erfolgten Zusammenbruch der deutschen Stromversorgung sogleich als Bestätigung ihrer eigenen Auffassung, daß Deutschland ja überhaupt nicht auf Nuklearstrom aus eigenen AKWs angewiesen sei.

Dabei wurde zum einen natürlich wohlweislich vergessen, daß im Frühjahr dank des dann erhöhten Anfalls Erneuerbarer Energien ohnehin nicht mit einer Gefährdung der Versorgungssicherheit zu rechnen war.

Zum anderen zeigen die nun veröffentlichten Zahlen von RTE und der Bundesnetzagentur

aber auch, daß Deutschland nach der endgültigen Abschaltung seiner letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke stärker denn je auf Stromimporte aus dem europäischen Ausland angewiesen ist. Auch dies ein Ergebnis der sogenannten deutschen Energiewende, das ganz sicherlich nicht begrüßenswert ist. Hinzu kommt noch der absurde Effekt, daß Deutschland seine eigenen Nuklearanlagen, die als die sichersten der Welt galten, abgeschaltet hat, nur um jetzt massenhaft Atomstrom aus dem europäischen Ausland zu importieren.

"Dreckigster Energiemix nach Polen"

Daniel Wetzel stellte in der Welt schon am 17. Mai dieses Jahres fest:

"Ohnehin ist es von der Anti-Atompolitik albern, die deutsche Nuklearbranche bis auf drei Rest-AKW kleinzuschlagen, um dann in deren - natürlich - geringen Beitrag einen Beleg für die Überflüssigkeit von Kernkraft insgesamt zu sehen. Richtig bleibt: Die sechs letzten AKW haben mehr Strom produziert, als alle deutschen Solaranlagen zusammen. Ist das eine überflüssig, wäre es das andere ja auch. Nur wer auf einem ideologischen Feldzug unterwegs ist, verschweigt tunlichst, daß seit der AKW-Abschaltung die Stromimporte steigen und der Kohle-Ersatzstrom Deutschland im EU-Vergleich den dreckigsten Energiemix nach Polen beschert."

Von grünen Propagandisten, die behaupten, daß der deutsche AKW-Ausstieg ein Erfolg ist, sollte man sich also nicht auf den Arm nehmen lassen. Falls es in diesem Hochsommer in Frankreich erneut zu einer ähnlich schweren Produktionskrise wie im vergangenen Jahr kommen sollte, dann wird Deutschland sich schon sehr bald nach seinen eigenen Atomkraftwerken zurücksehnen.

Harte Fakten statt Ideologie: In COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven wir die Lügen der Mainstream-Klimatologen zeigen, wer von der Panikmache profitiert. Sie werden erstaunt sein: Es sind ungefähr die gleichen Kreise wie jene, die Fridays for Future und Klima-Chaoten sponsern. Wir heben den Sumpf aus - und entlarven die menschenfeindlichen Ziele hinter der Klima-Ideologie. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 13. Juni 2023: >>Grüne Zerstörungssorgie: Für das Ausland will Habeck auch unsere Industrie abschalten

Ob es nun um das Weltklima, den Ukrainekrieg oder die Masseneinwanderung geht, für die Abriß-Ampel gilt grundsätzlich: Deutschland und seine Bürger immer zuletzt! So ist es auch bei der neuerlichen Ohrfeige, die uns Vetternwirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen jetzt verpaßt hat. Sollte im kommenden Jahr kein russisches Gas mehr über die Ukraine in unsere Nachbarländer fließen, weil die Transitverträge auslaufen, will er unsere Industriebetriebe abschalten.

Damit die Nachbarn nicht im Kalten sitzen, will er ihnen das teure Flüssiggas überlassen, welches wir für Mondpreise von den amerikanischen "Freunden" aufgezwungen bekommen. Während Deutschland also mit den Nordstream-Anschlägen vom billigen russischen Gas "zwangsentkoppelt" wurde - die Tätersuche läuft weiterhin recht halbherzig - sollen wir nun auch noch den letzten Rest an Wirtschaftskraft opfern. Und das letzte bißchen Würde gleich dazu.

Habeck ist nicht nur der mittlerweile unbeliebteste Politiker - mehr als die Hälfte der Deutschen fordert seinen Rücktritt - er ist auch einer der gefährlichsten. Denn in seinem Klima- und Wärmepumpen-Wahn zerstört er das Land wie kein anderer in den letzten 75 Jahren. Wie groß muß der Haß der Grünen auf Deutschland sein, wenn sie die Wirtschaft so gezielt in den Ruin treiben, wenn sie die Bürger mit ihrer Ideologie so unglaublich drangsalieren? Es braucht Neuwahlen in diesem Land - bevor von eben diesem nichts mehr übrig ist!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 25/23" berichtete am 16. Juni 2023 (x1.387/...):

>>**Wackelnde Brückentechnologien**

Erdgas ist für Deutschland in den vergangenen drei Dekaden völlig unverzichtbar geworden / Keine Alternativen in Sicht?

Jörg Fischer

Was passierte nach der Abschaltung der letzten drei AKW am 15. April im deutschen Stromnetz? "Die Auswirkungen sind extrem gering", behauptete Barbie Kornelia Haller (FDP), seit 2022 Vizepräsidentin der Bonner Bundesnetzagentur, im Bayerischen Rundfunk. Denn "die Erneuerbaren speisen jetzt im Frühjahr deutlich mehr ein als im Winter", so die Volkswirtin und Ehefrau des 2022 abgewählten Ex-NRW-Landesministers Joachim Stamp (FDP). Doch Thomas Dietz, seit 2021 direkt gewählter AfD-Bundestagsabgeordneter des uranreichen Erzgebirgskreises, wollte es genauer wissen: Wie entwickelte sich der Stromimport und -export im Vergleich zum Vorjahreszeitraum?

Unverzichtbar für Heizung und Prozeßwärme in der Industrie

Ein Grünen-Politiker gab die ernüchternde Antwort: "Im Zeitraum vom 15. April bis 15. Mai 2023 exportierte Deutschland Strom im Umfang von 3,51 Terawattstunden (TWh) und importierte Strom im Umfang von 6,27 TWh. Im Vorjahreszeitraum betragen die Stromexporte 5,79 TWh und die Stromimporte 4,94 TWh", erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Sven Giegold (Drucksache 20/6994).

Sprich: Seit dem Atomausstieg waren 2,76 TWh ausländischer Atom-, Kohle-, Wind- und Wasserkraftstrom nötig, um einen Blackout zu verhindern. Die AKW Emsland, Isar 2, und Neckarwestheim 2 speisten bis 15. April monatlich bis zu drei Terawattstunden gesicherte Leistung ins Netz ein - egal, ob der Wind wehte oder die Sonne schien.

Die deutsche Stromlücke wird - nicht nur wegen der Wärmepumpen und der E-Autos - anwachsen, denn im Ampel-Koalitionsvertrag heißt es:

"Schritt für Schritt beenden wir das fossile Zeitalter, indem wir den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorziehen." Doch um die verbleibende "Brückentechnologie" bis zur "Netto-Treibhausgasneutralität" 2045 (Forderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes von 2019) steht es schlecht: "Erdgas ist für Deutschland in den letzten drei Dekaden immer wichtiger geworden, sei es für das Heizen von Gebäuden, die Bereitstellung von Prozeßwärme in der Industrie oder die Stromerzeugung", heißt es in einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW-Policy Paper 5/23). Aber bis 2021 kamen 55 Prozent der Erdgasimporte aus Rußland - doch das ist mit dem Nord-Stream-Terroranschlag vorbei.

Zusätzliche Importe aus Norwegen und den Niederlanden können den Lieferausfall nicht ersetzen. Deswegen sei auch 2023 eine "Reduktion des Verbrauchs" nötig. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätze, daß "nur ein Viertel der Gaseinsparungen im Gebäudebereich in der EU im vergangenen Jahr auf verhaltensbedingte Reduktionen zurückzuführen war, fast zwei Drittel dagegen auf die milde Witterung und etwa zehn Prozent auf Effizienzmaßnahmen", so das IW. Und wie reagierte die Industrie?

Vor allem mit Produktionseinschränkungen (52 Prozent) und "fuel-switch" (Wechsel hin zu Kohle und Öl; 28 Prozent). Der Anteil von Flüssigerdgas (LNG) an der EU-Gasversorgung sei zwar 2022 von 20 auf 35 Prozent gestiegen - doch die Schiffsladungen aus Algerien, Katar oder den USA sind teurer als "Putin-Gas".

Das liegt nicht nur am Schiffstransport, dem Energieaufwand bei Verflüssigung, Kühlung und der Regasifizierung sowie den zu bauenden LNG-Terminals an der Nord- und Ostseeküste: LNG "war im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 etwa 30 Prozent teurer als europäisches Pipelinegas", konstatiert das IW.

Und im Kriegsjahr 2022 war der durchschnittliche LNG-Preis in der EU in der Spitze mit 240 Dollar pro Megawattstunde (MWh) zehnmal so hoch wie 2021. Im März 2023 waren es mit

50 Dollar zwar weniger als in Japan (60 Dollar) - doch in den USA waren es unter zehn Dollar. Wie teuer die deutschen LNG-Importe konkret waren - sie kamen über Pipelines aus Belgien und den Niederlanden an - verrät das IW nicht.

Rückkehr zu den Vorkrisenpreisen oder Industrieabwanderung

LNG könne "wie Erdöl oder Strom langfristig über feste Lieferverträge mit einer Dauer von zehn bis 20 Jahren oder kurzfristig als Spotmarktmengen gehandelt werden". Deutschland als "Neukunde" mußte auf die verfügbaren globalen Spotmengen zugreifen - koste es, was es wolle. Das IW mahnt daher: "Grundsätzlich sind längerfristige LNG-Verträge vor dem Hintergrund der angespannten Gasversorgung für Deutschland unabdingbar."

Auch "ein stärkerer gemeinsamer LNG-Einkauf durch die EU" sei möglich. Ob das Erdgas dann über Drittländer - wie beim Heizöl- und Dieselimport aus Indien - letztlich doch auch aus Rußland kommt, thematisiert das IW nicht. Und dessen Prognose ist düster: "Trotz einer Entspannung der Gasversorgung ist daher nicht mit einer Rückkehr zu Vorkrisenpreisen zu rechnen."

Zu den realistischen Alternativen äußert sich das IW ausweichend: Ob Atom- oder Kohlekraftwerke weiterbetrieben werden, sei "vor allem eine politisch-gesellschaftliche Entscheidung, deren zeitliche Notwendigkeit maßgeblich durch die Geschwindigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien bestimmt wird".

Zentrale Alternativen zu Erdgas seien "erneuerbarer Strom und klimaneutraler Wasserstoff". Doch "der Blick auf die aktuell weltweit geplanten Elektrolyseprojekte legt nahe, daß grüner Wasserstoff in den kommenden Jahren ein knappes Gut bleiben wird". Und das bedeutet: Industrieabwanderung dank Atom- und Kohleausstieg sowie Gasverteuerung, was das IW aber verschweigt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Juli 2023: >>**Offshore-Windkraft: Die Kosten explodieren**

Von *David Wojick*

Wenn die Verringerung der CO₂-Emissionen die Rechtfertigung für die Industrialisierung des Meeres durch Offshore-Windkraftanlagen ist, dann müssen wir wissen, wie hoch die Kosten pro Tonne CO₂-Reduzierung sind. Diese Zahl wird wahrscheinlich lächerlich hoch sein, nämlich in der Größenordnung von Tausenden Dollar pro Tonne.

Gigantischer Materialbedarf

Wir haben bereits den Teil der Reduktionsanalyse erörtert und festgestellt, daß die Reduktionen pro MW Windkraftkapazität wahrscheinlich relativ gering sind. Was die Kosten anbelangt, so ist Offshore-Wind bereits sehr teuer, aber es wird noch viel schlimmer werden. Es wird allgemein vorhergesagt, daß der weltweite Ansturm auf den Bau einer großen Anzahl von industriellen Windkraftanlagen die Lieferkette ernsthaft belasten wird. Die unvermeidliche Folge werden Engpässe und Preisspitzen sein.

Es gibt immer mehr Fachliteratur zu diesem Problem der Lieferkettenknappheit. Bislang scheint sie sich jedoch hauptsächlich auf die zu erwartenden Material- und Anlagenengpässe zu konzentrieren, nicht auf die spezifischen Kostensteigerungen, die zwangsläufig folgen werden. ...

Irre Nachfrage nach seltenen Erden

Hier ist ein aufschlußreicher Absatz aus dem Abstract der Studie:

"Wir zeigen, daß die Nutzung von OWE (Offshore-Windenergie) von 2020 bis 2040 große Mengen an Rohstoffen erfordern wird: 129-235 Millionen Tonnen (Mt) Stahl, 8,2-14,6 Mt Eisen, 3,8-25,9 Mt Beton, 0,5-1,0 Mt Kupfer und 0,3-0,5 Mt Aluminium. Bis zum Jahr 2040 werden erhebliche Mengen an Seltenen Erden benötigt werden, wobei sich der derzeitige Bedarf an Neodym (Nd), Dysprosium (Dy), Praseodym (Pr) und Terbium (Tb) jeweils um das 16-, 13-, 31- bzw. 20-fache erhöhen wird."

Da es sich hierbei um einen völlig neuen Bedarfsbereich handelt, der zu der heutigen Produktion hinzukommt, deutet dies darauf hin, daß Engpässe durchaus möglich sind. Die Zahlen für die seltenen Erden sind besonders interessant. Die Gesamtproduktion muß vom 13-fachen der heutigen Produktion auf das unglaubliche 31-fache ansteigen. Ist das überhaupt möglich?

Windpark im IJsselmeer (Niederlande). Der Ressourcenverbrauch für die Errichtung eines Windparks ist enorm. Die Leidtragenden sind oft Menschen in den ärmsten Regionen der Welt.

Wenn Sie diese Literatur erforschen möchten, verwenden Sie die erweiterte Suchfunktion auf <https://scholar.google.com/>. (Geben Sie "Future material requirements" in das Feld "exact phrase" ein und klicken Sie auf "search". Es sollte einer der ersten Treffer sein, und Sie brauchen den Artikel nicht aufzurufen. Teil des Treffers ist eine Schaltfläche, die jeden Artikel findet, der diesen Artikel zitiert. Außerdem gibt es eine leistungsstarke Schaltfläche mit der Bezeichnung "Verwandte Artikel", die etwa 100 eng verwandte Artikel anzeigt. Damit sind Sie mitten in der Literatur.

Hohe Preisspitzen voraus

Ein eher enzyklopädischer Ansatz ist "The Role of Critical Minerals in Clean Energy Transitions", IEA, Mai 2021, 287 Seiten. Dabei geht es nicht speziell um Offshore-Windkraft, sondern um die Aussicht auf Engpässe und Preisspitzen bei der Entwicklung von Wind- und Solarenergie.

Die absehbaren Engpässe beschränken sich auch nicht auf die Grundstoffe. Es gibt eine enorme Menge an Spezialausrüstungen, die hergestellt werden müssen, oft in Fabriken, die es heute noch gar nicht gibt. Auch hier sind Preisspitzen wahrscheinlich unvermeidlich.

So meldete ein Branchenanalyst kürzlich den kurzfristigen Bedarf an 200 zusätzlichen Spezialschiffen für den Bau. Diese sollen schätzungsweise zwanzig Milliarden Dollar kosten, aber es könnte noch viel mehr sein, wenn man von den heutigen Kosten ausgeht. Siehe den Beitrag mit dem Titel "20 Mrd. USD für den Bau von 200 neuen Schiffen", offshorewind.biz, 30. März 2023.

Elektrizität wird zum Luxusgut

Der Punkt ist, daß mehrere Studien einen drohenden Mangel feststellen, dessen Kostenauswirkungen nicht abgeschätzt und berücksichtigt werden. In Anbetracht der Tatsache, daß die Entwicklung der Offshore-Windenergie zu einem industriellen Ansturm gigantischen Ausmaßes geworden ist, ist dies keineswegs überraschend.

Wenn die Kosten für die Entwicklung der Offshore-Windenergie steigen, steigen auch die Kosten pro Tonne vermiedener CO₂-Emissionen. Das Gleiche gilt für die Kosten der Elektrizität. Wir müssen sehen, wie diese Kosten in Zukunft aussehen werden.

Dieser Beitrag erschien ursprünglich auf eike-klima-energie.eu. Zwischenüberschriften und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 14. Juli 2023 (x1.329/...):

>>Zahl der Firmenpleiten nimmt drastisch zu

Im Juni sind 1.050 Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland pleite gegangen. Das sind 16 % mehr als im Mai und 48 % mehr als im Juni des vorigen Jahres.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland ist im Juni stark angestiegen. Insgesamt zählten die Forscher des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 1.050 Pleiten von Personen- und Kapitalgesellschaften. Das sind 16 % mehr als im Mai und 48 % mehr als im Juni des vorigen Jahres.

Damit lag die Zahl der Insolvenzen im Juni 11 % über dem Durchschnittswert für den Monat Juni in den Jahren 2016 bis 2019. Zuletzt lag die Zahl der im IWH-Insolvenztrend erfaßten Personen- und Kapitalgesellschaften im Juni 2016 höher. Die hohe Zahl der Insolvenzen im Juni setze zum einen den Trendanstieg der letzten zwölf Monate fort, sei aber teilweise auch

durch die hohe Zahl an Werktagen im Juni zu erklären, sagt Steffen Müller, der am IWH die Abteilung Strukturwandel und Produktivität sowie die dort angesiedelte Insolvenzforschung leitet. "Die Frühindikatoren des IWH lassen für die kommenden Monate wieder einen leichten Rückgang der Insolvenzzahlen erwarten."

Schließungen großer Arbeitgeber führen zu hohen und dauerhaften Lohnverlusten bei den Beschäftigten. Die Analyse des IWH zeigt, daß in den größten 10 % der Unternehmen, deren Insolvenz im Juni gemeldet wurde, ca. 15.400 Arbeitsplätze betroffen waren. Das ist der höchste Wert seit August 2020.

Die Zahl der betroffenen Beschäftigten in den größten 10 % der Unternehmen liegt damit im Juni 40 % über dem Durchschnittswert für den Monat Juni in den Jahren 2016 bis 2019. Im ersten Halbjahr 2023 waren mit 64.000 Beschäftigten ein Drittel mehr Menschen in großen Unternehmen von Insolvenz betroffen als im Mittel der Jahre 2016 bis 2019. "Das erste Halbjahr 2023 war vergleichsweise stark von Insolvenzen betroffen," faßt Müller zusammen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 18. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Ampel-Desaster: Jeder vierte Mittelständler denkt ans Aufgeben!**

Mit einem "Wumms" wollte Bundeskanzler Olaf Scholz einst aus der Krise kommen. Doch der albern-kindische Sprachgebrauch eines Regierungschefs kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es für den deutschen Mittelstand nichts mehr zu lachen gibt: Jeder vierte Mittelständler zieht die Aufgabe des eigenen Geschäfts in Erwägung - das Ergab eine Umfrage des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft.

Die in der Umfrage zum Ausdruck gebrachte Mängelliste liest sich wie ein multipler AfD-Wahlaufruf: Zu viel Bürokratie, zu hohe Steuern und Abgaben sowie ein durch miserable Bildungspolitik verursachter "Fachkräftemangel". Genau hier setzen unsere Forderungen an: Wir wollen mit einer Beendigung der "Energiewende-Utopie" die Energiekosten wieder senken, Bürokratie entschlacken und das Anforderungsniveau in den Schulen wieder anheben, anstatt die Massenmigration in die Sozialsysteme als "Fachkräfte-Wunder" zu verkaufen. Jeder in der Praxis stehende Unternehmer weiß, wie weltfremd die Migrations-Parolen der etablierten Parteien sind!

Derweil geht es jenseits des Mittelstands auch bei den Großunternehmen rasant bergab. Audi, BMW und Mercedes-Benz verkauften bis zum Mai dieses Jahres fast 20 Prozent weniger Pkw als im Vergleichszeitraum 2019. Das hat natürlich auch internationale Gründe - aber gerade dann muß man als Bundesregierung dafür sorgen, daß die Hausaufgaben im eigenen Land gemacht werden und daß kein ideologischer Feldzug gegen ganze Industriezweige betrieben wird.

Genau das hat Wirtschaftsminister Habeck jedoch getan; eine windelweich und stets kapitulationsbereite FDP hielt ihm die Stange. Deshalb erkennen immer mehr Menschen, daß die AfD die einzige Partei ist, die die Zukunftsfähigkeit des deutschen Mittelstandes noch gewährleisten kann!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 24. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Kernkraftwerke zurück ans Netz!**

Eine aktuelle Studie besagt, daß in Deutschland kurzfristig acht Nuklearreaktoren wieder angefahren werden könnten, einige davon sogar innerhalb von neun Monaten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, meint, daß die Rückkehr zur Kernenergie nicht nur sinnvoll, sondern dringend erforderlich ist, um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht endgültig zu ruinieren:

"Niedrige Energiepreise und zuverlässige Versorgung sind ein wichtiger Faktor des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir können es uns nicht leisten, auf Sonne und Wind zu hoffen, sondern brauchen zuverlässige und günstige Energiequellen. Die grüne Ideologie wird

uns nicht helfen, die deutsche Industrie zu erhalten.

Es braucht pragmatische Lösungen jenseits der Klimareligion, um Deutschland als Wirtschaftsstandort nicht endgültig gegen die Wand zu fahren. Daß die Studie hier die AfD-Position stützt, zeigt einmal mehr, daß die Alternative für Deutschland faktenbasierte Argumente liefert, statt auf pure Gefühlsduselei zu setzen, wie es die Altparteien tun."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. Juli 2023: >>>**Erdöl: Die dunkle Macht des schwarzen Goldes**

Von *Sven Reuth*

Daniele Ganser schildert in seinem Buch "Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit" den Beginn der Erdölindustrie, die entscheidende Rolle des Öls in den beiden Weltkriegen, die Erdölkrisen der 1970er-Jahre und die Hintergründe des andauernden, blutigen Kampfs ums Erdöl bis hin zu den jüngsten Kriegen im Irak und in Libyen.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist in Deutschland ein heißdiskutierter Dauerbrenner. Davon sollte man sich allerdings nicht den Blick vernebeln lassen. Weltweit hat das Geschäft mit fossilen Energien in den vergangenen Jahren sogar wieder zugelegt.

Bernard Looney, der Chef des britischen Energieriesen BP, schockte im Februar dieses Jahres alle "Klima-Aktivisten", als er die Klimaziele seines Konzerns drastisch einstampfte. Nachdem das Unternehmen vor einigen Jahren noch ankündigte, die eigenen CO2-Emissionen bis 2030 um 35 bis 40 Prozent zu senken, wurde dieser Wert nun auf nur noch 20 bis 30 Prozent abgesenkt. Die Investitionen in fossile Energien werden von BP gleichzeitig um eine Milliarde Dollar pro Jahr erhöht.

Die Welt bemerkte dazu:

"Ein Satz stellt die deutsche Energiewende-Erzählung auf den Kopf. ... Eine gleichermaßen bezahlbare, saubere, sichere Energie ist vorerst Illusion."

Fossile Energien boomen weiter

Das Öl- und Gaszeitalter ist also noch lange nicht zu Ende. Das konstatiert auch der Schweizer Autor Daniele Ganser in seinem Buch "Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit". In den ersten Kapiteln macht Ganser deutlich, daß sich in den vergangenen 150 Jahren die Zyklen der Geschichte oft im Gleichtakt mit den Rhythmen des Ölpreises bewegten.

1870 hatte John D. Rockefeller mit seiner Standard Oil Company ein Unternehmen gegründet, für das es fast keine Parallele in der Weltgeschichte gibt. Die US-Erdölindustrie befand sich fast vollständig in der Hand dieses eines Magnaten und da damals noch keine nahöstlichen Lagerstätten ausgebeutet wurden, hatten die USA eine ähnlich starke Stellung am Weltmarkt wie heute Saudi-Arabien und produzierten 65 Prozent der globalen Förderung. Eine zeitweilig starke Konkurrenz formierte sich nur in der damals zum Zarenreich zählenden Metropole Baku.

Sowohl der schwedische "Ölkönig" Robert Nobel wie auch die Bankiersfamilie Rothschild lieferten sich einen Wettlauf um die hochlukrativen, weil unter hohem Druck stehenden Quellen. Mit vereinter Kraft gelang es ihnen, Rockefeller zumindest vom russischen Markt fernzuhalten. Die Glanzzeit der heutigen aserbajdschanischen Hauptstadt endete durch die ruhelosen Aktivitäten eines jungen kommunistischen Agitators namens Jossif Dschugaschwili, der sich später "Stalin" nannte und durch eine Reihe von durch ihn angezettelten wilden Streiks die Fördertätigkeit am Kaspischen Meer schwer beeinträchtigte.

Öl und Weltkriege

Die Standard Oil Company entschied derweil den Ersten Weltkrieg, was von Ganser ausführlich im dritten Kapitel seines Buches dargestellt wird. Der Oberste Gerichtshof der USA hatte im Jahr 1911 zwar eine Entflechtung von Rockefellers Megakonzerne angeordnet, doch das hinderte die daraus hervorgegangenen kleineren Unternehmen nicht, die Gesamtproduktions-

menge nochmals zu erhöhen und 80 Prozent des alliierten Ölbedarfs zu stillen. Der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, stellte deshalb auf dem alliierten Siegesbankett, das nach dem Waffenstillstand in London abgehalten wurde, fest:

"Die alliierte Sache ist auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen."

Das gleiche Spiel wiederholte sich dann auf ähnliche Weise nochmals während des Zweiten Weltkriegs. 1942 äußerte Adolf Hitler gegenüber Feldmarschall Erich von Manstein:

"Wenn wir das Öl bei Baku nicht kriegen, ist der Krieg verloren."

Doch die deutsche Offensive erreichte ihre Ziele nicht, was tatsächlich eine Vorentscheidung darstellte.

Die Angst vor dem russischen Öl

In seinem Buch stellt Ganser dann auch die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Noch kurz vor seinem Tod traf der US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Februar 1945 an Bord des Kreuzers USS Quincy auf den saudischen Herrscher Ibn Saud und begründete damit eine Allianz, die so wirkmächtig werden sollte wie kaum eine andere im 20. Jahrhundert. Erst wurde durch sie das britische Empire als Weltmacht abgelöst, dann die Sowjetunion durch einen gnadenlosen Preiskrieg in den achtziger Jahren in den Bankrott getrieben. Im Doppelpack schienen Riad und Washington unschlagbar zu sein, was Ganser in dem Kapitel "Der Aufstieg von Saudi-Arabien und Saudi Aramco" nachzeichnet.

Weiter liefert Ganser eine detaillierte Beschreibung der europäischen Öl-Industrie sowie der Pipelines, die den europäischen Kontinent versorgen. Er schildert die nach wie vor bestehende Macht der Kartelle und beleuchtet "die Angst vor dem Russenöl".

Der Schweizer Autor leuchtet außerdem die Hintergründe des von den USA geführten "Kriegs gegen den Terror" aus, der auf die Anschläge vom 11. September 2001 folgte. Mit dem massiven Aufbau einer Fracking-Industrie, die mit Hilfe spezieller Chemiemischungen in der Lage dazu war, Öl und Gas auch aus zuvor unausbeutbaren Gesteinsschichten zu holen, begann eine neue Ära in der Geschichte des Öls.

Kommt Peak Oil jetzt doch noch?

Hier stellt Ganser die Frage in den Raum, ob "das unkonventionelle Erdöl" die entstehenden Lücken wirklich füllen kann und nimmt die Teersande aus Kanada wie auch das Tight Oil aus North Dakota in den Blick. Der Schweizer Historiker beschäftigt sich dann auch intensiv mit der Frage, ob Peak Oil - also das schon seit Jahrzehnten prognostizierte Maximum der Erdölförderung - schon gekommen ist und welche Alternativen es zum Öl gibt. Ein Vorwort des Erdölgeologen Colin Campbell rundet dieses Buch ab, das nicht nur ganz neue Blicke auf die Ökonomie unserer Gegenwart, sondern auch auf die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ermöglicht.

Daniele Ganser schildert in seinem Buch "Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit" den Beginn der Erdölindustrie, die entscheidende Rolle des Öls in den beiden Weltkriegen, die Erdölkrisen der 1970er-Jahre und die Hintergründe des andauernden, blutigen Kampfs ums Erdöl bis hin zu den jüngsten Kriegen im Irak und in Libyen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 25. Juli 2023 (x1.328/...):

>>Wirtschaft schrumpft um 0,3 Prozent

Deutschland ist Schlußlicht in der G7

Ökonomen des IWF prognostizieren für Deutschland einen Rückgang der Wirtschaft um 0,3 Prozent. Deutschland schneidet damit so schlecht ab wie kein anderer G7-Staat.

Jonas Aston

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für Deutschland 2023, daß die Wirtschaft um 0,3 Prozent schrumpft. Die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland haben sich demzufolge weiter eingetrübt. Noch im April wurde ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent vorhergesagt.

Den IWF-Ökonomen zufolge leidet Deutschland aktuell besonders unter einer kriselnden Industrie infolge der hohen Energiepreise. Darüber hinaus sei der schwache Welthandel für Deutschland als exportorientierte Nation ein Problem. Von allen G7-Nationen schneidet Deutschland damit am schlechtesten ab. Der lange Zeit prognostizierte Aufwärtstrend nach den Corona-Krisenjahren bleibt damit zunächst aus. In den USA wurde die Prognose von 1,6 auf 1,8 Prozent erhöht. Ursache sei die Erhöhung der Realeinkommen sowie die Erholung der Autoverkäufe.

In anderen EU-Ländern erholt sich die Wirtschaft

In anderen Ländern Europas entspannt sich die wirtschaftliche Situation ebenfalls etwas. In Spanien wurden die Wachstumsaussichten von 1,5 Prozent auf 2,5 Prozent angehoben. In Italien soll die Wirtschaftsleistung statt um 0,7 Prozent um 1,1 Prozent steigen.

Trotz der starken Urlaubssaison wird jedoch auch in den südeuropäischen Staaten ein Minus zu verzeichnen sein - wenn auch der IWF seine Prognose für die Inflation etwas senkte. 2023 soll die Teuerungsrate in der Eurozone statt 7,0 Prozent 6,8 Prozent betragen.

2024 wird die Wirtschaft in Deutschland den IWF-Ökonomen zufolge zumindest wieder wachsen. Statt den bisher vorhergesagten 1,1 Prozent Wachstum soll die Wirtschaft nächstes Jahr um 1,3 Prozent zulegen. 2022 wuchs die deutsche Wirtschaft noch um 1,8 Prozent. Für die Weltwirtschaft prognostiziert man ein Wachstum von 3 Prozent.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 25. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Energiepolitik: Günstiger Strom für alle ist machbar**

Steffen Kotré, energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Zur aktuellen Debatte um Pläne des Wirtschaftsministers Robert Habeck, wonach Industriestrom massiv subventioniert werden soll, teilt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré, mit:

"Günstiger Strom ist für alle machbar. Die Diskussion um einen Industriestrompreis führt in die Irre. Die von Habeck vorgeschlagenen Subventionen sind der untaugliche Versuch, mit dem Steuergeld die Folgen der vor unser aller Augen scheiternden grünen Energieverknappungspolitik zu verdecken. Die bereits einsetzende Abwanderung der Industrie, der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung aus dem scheiternden grünen Utopia wird sich damit nicht aufhalten lassen.

Daß unsere Forderung nach Abschaffung der Stromsteuer nun endlich aufgenommen wird, ist erfreulich. Die Unterstützung der AfD-Fraktion dafür ist gewiß. In Anbetracht der wirtschaftlichen Gesamtlage ist dies aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Deutschland braucht wieder mehr verlässlichen und günstigen Strom. Statt öko-masochistischer Energieverknappung müssen wir dringend das Angebot ausweiten. Nur so kann Deutschland als modernes Industrieland im weltweiten Wettbewerb bestehen.

Die ideologischen Kraftwerksabschaltungen müssen rückgängig gemacht werden.

Nach einer aktuellen Studie der Radiant Energy Group können bis zu acht deutsche Kernreaktoren reaktiviert werden. Sechs davon bereits in Jahresfrist.

Daß die Bundesregierung zur Stromerzeugung lieber Steinkohle aus aller Welt importiert, statt die CO₂-freien Kernkraftwerke zu reaktivieren, zeigt untrüglich, daß sie selbst nicht an ihr CO₂-Katastrophenszenario glaubt. Das wird nur für den radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Rückkehr zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen, modernen Kernenergie. Wer eine gedeihliche Zukunft Deutschlands in der Welt will, kommt daran nicht mehr vorbei.

Ein Festhalten an utopischen Zukunftsplänen wie einer teuren, flächendeckenden Wasserstoffwirtschaft und der Stromversorgung Deutschlands aus schwankenden Quellen wie Wind-

und Solar leistet dies nicht."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 26. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Die Wirtschaft flieht oder gibt auf - Stoppen wir die Abriß-Ampel!**

BASF oder VW, aber auch mittelständische Betriebe, verlassen mittlerweile fluchtartig die Bundesrepublik und verlagern ihre Produktion ins Ausland. Andere mußten bereits Insolvenz anmelden. Wachstum? Nur noch rückwärts! Mit dem ifo-Geschäftsklimaindex schrillt jetzt die nächste Alarmglocke: Das viel beachtete Konjunkturbarometer - ermittelt aus der Befragung von 9.000 Unternehmen - fiel zum Vormonat auf 87,3 Zähler. Dieser Wert war bisher nur im Bankenrisenjahr 2009 unterschritten worden. Zudem ist es der dritte Rückgang in Folge, was Ökonomen normalerweise als konjunkturellen Wendepunkt interpretieren.

Statt endlich für günstige Energiepreise - zum Beispiel durch die Reaktivierung der Kernkraftwerke - zu sorgen, faselt die Ampelregierung weiter von Energiewende und Systemwandel oder geht komplett auf Tauchstation. Aber was will man erwarten, wenn man einen ideologisch verblendeten und völlig ahnungslosen Kinderbuchautor zum Wirtschaftsminister macht? Oder einen dauergrinsenden SPD-Parteisoldaten mit Gedächtnislücken zum Kanzler? Wie offensichtlich muß die Unfähigkeit der Ampel eigentlich noch werden? Wollen wir warten, bis auch der letzte Betrieb die Tore geschlossen hat? Deutschland braucht Neuwahlen - bevor es kein Deutschland mehr gibt!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 26. Juli 2023 (x1.329/...): >>**Deutschland in Rezession, Stimmung am Boden**

Die Regierung hat ganze Arbeit geleistet: die Wirtschaft in Deutschland schrumpft, die Stimmung mies. Internationaler Währungsfonds (IWF): Deutschland ist das einzige Land Unter 22 untersuchten Staaten, bei dem es bergab geht.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland trübt sich ein. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, daß die Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem Jahr schrumpfen wird. Der Rückgang liege demnach bei 0,3 Prozent, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Analyse. Das globale Wachstum werde ebenfalls von geschätzten 3,5 Prozent im Jahr 2022 auf 3,0 Prozent in den Jahren 2023 und 2024 sinken.

Laut dem Wachstumsausblick des Internationalen Währungsfonds ist die deutsche Volkswirtschaft sogar die einzige der 22 untersuchten Staaten und Regionen, in der das Bruttoinlandsprodukt 2023 sinken soll.

Stimmung so schlecht wie lange nicht mehr

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verschlechtert. Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank im Juli auf 87,3 Punkte, nach 88,6 Zählern im Juni, wie das Münchener Institut am Dienstag mitteilte. Der neue Wert liegt unter den Prognosen vieler Experten, die mit einem geringeren Minus gerechnet hatten. Es ist zudem der dritte Rückgang in Folge. Die Unternehmen waren insbesondere mit den laufenden Geschäften merklich unzufriedener.

Auch die Erwartungen gaben erneut nach. Der Geschäftsklimaindex sank in allen Bereichen: Treiber der Entwicklung waren im Verarbeitenden Gewerbe deutlich schlechtere Bewertungen der aktuellen Lage. Zudem fielen die Erwartungen pessimistischer aus. Die Unternehmen erhalten immer weniger neue Aufträge, die Kapazitätsauslastung sank um 1,4 Prozentpunkte auf 83,0 Prozent. Sie lag damit erstmals seit mehr als zwei Jahren unter ihrem langfristigen Mittelwert von 83,6 Prozent.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 30. Juli 2023 (x1.331/...): >>**15 Wochen nach dem Atom-Aus: Deutschland ist jetzt Strom-Importeur**

Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) ist in Deutschland für die Energieversorgung verantwortlich.

Julius Böhm

Deutschland kauft immer mehr Strom im Ausland.

Binnen weniger Monate hat sich das Land von einer Strom-Export-Nation zu einer Nation entwickelt, die große Teile ihrer Energie importieren muß: Seit der Abschaltung der drei verbliebenen Atomkraftwerke Mitte April hat Deutschland jede einzelne Woche Strom importiert. So lange am Stück wie noch nie, so viel Strom wie noch nie.

Allein in der vergangenen Woche gab es einen Import-Überschuß von 1,25 Milliarden Kilowattstunden Strom. Mehr als 15 Prozent der hierzulande benötigten Energie wurde aus dem Ausland eingekauft - auch das ist trauriger Rekord.

Seit Mitte April 2023 hat Deutschland jede Woche Strom importiert.

Im Jahres-Saldo hat Deutschland einen Import-Überschuß von knapp 1 Milliarde Kilowattstunden.

- Bemerkenswert: Parallel zum Import-Rekord feiert Sonnenstrom in Deutschland aktuell Rekorde. An sonnigen Tagen wird zum Teil so viel Sonnen-Strom erzeugt, daß der Preis ins Negative sinkt - trotzdem muß Deutschland immer mehr Strom importieren.

Energie-Experte: Atom-Aus "maßgeblich" schuld

Professor André Thess (Uni Stuttgart) erklärt, warum: "Die Sonne scheint eben nicht den ganzen Tag. Wenn sie scheint, nimmt das Ausland gern zu günstigen und zum Teil Negativ-Preisen unseren Strom ab. Und am Abend, wenn die Sonne nicht mehr scheint und trotzdem Strom gebracht wird, verkaufen sie uns regelbaren Strom zu einem hohen Preis."

Das entscheidende Wort hier ist "regelbar".

Während erneuerbare Energien nur dann Strom liefern, wenn Sonne und Wind mitspielen, liefern regelbare Kraftwerke immer Strom, je nach Bedarf. Drei solcher regelbarer Atomkraftwerke lieferten bis Mitte April noch jährlich 33 Milliarden saubere Kilowattstunden Strom, auch am Abend und bei Windstille - doch am 16. April wurden sie abgeschaltet.

Thess weiter: "Das Atom-Aus ist nach meiner Einschätzung einer der maßgeblichen Gründe, warum Deutschland mehr und mehr Strom importieren muß." Skurril ist hierbei, daß neben Dänemark auch Frankreich und Belgien zu den Haupt-Importeuren nach Deutschland gehören - und die setzen beide bekanntlich stark auf Atomkraft.

Daß Deutschland immer mehr Strom importiert, bedeutet nicht, daß hierzulande die Kraftwerkskapazitäten nicht ausreichen würden - Deutschland könnte selbstständig genug Strom erzeugen. Der Strom aus dem europäischen Ausland ist aber schlicht günstiger.

[Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 11. August 2023 \(x1.329/...\): >>Wer steht hinter der Energiewende?](#)

Die Agora Energiewende hat die Durchführung der Energiewende in der Hand. Wer finanziert ihre Aktivitäten? Hauptgeldgeber sind amerikanische Stiftungen mit zurzeit 15 Millionen Euro im Jahr.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Es ist inzwischen bekannt, daß die Denkfabrik und Lobbyorganisation Agora Energiewende (Wikipedia) die Energiepolitik der Bundesrepublik maßgeblich gestaltet. Ihr langjähriger Direktor, der Politologe und Volkswirtschaftler Dr. Patrik Graichen, wurde von Robert Habeck zum beamteten Staatssekretär für Energiepolitik berufen. Damit konnte die Lobbyorganisation, die keine ausgewiesenen Experten der Energieversorgung hat, direkt ihre "grünen" Vorstellungen in Gesetze fassen. Diese Situation ändert sich auch nicht durch die Entlassung von Patrik Graichen wegen Begünstigung seines Trauzeugen. Sein Schwager, Michael Kellner, hält die Verbindungen als Parlamentarischer Staatssekretär im Habeck-Ministerium.

Die Forderungen des Heizungsgesetzes sind nicht finanzierbar

Der Entwurf des Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, ist bei der Agora Energiewende entstanden und wurde von Graichen in eine Gesetzesvorlage von 168 Seiten umgesetzt. Dieses Gesetz sollte noch vor der Sommerpause vom Bundestag verab-

schiedet werden. Wegen zahlreicher offener Fragen ohne Antwort hat das Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren das Durchpeitschen dieses Gesetzes untersagt.

Die Umstellung der Heizungen auf 65 % "grüne" Energie fordert hohe Investitionen, die viele Haus- und Wohnungseigentümer nicht stemmen können. Sie würden insolvent oder müßten ihr Eigentum verkaufen. Bei dem dann riesigen Angebot werden die Immobilienpreise ins Bodenlose fallen. Die Hausbesitzer, die jahrelang sich für ihr Eigentum krumm gelegt haben, werden zu Sozialfällen. Sollen die Immobilienbesitzer so enteignet werden?

Das will angeblich der Gesetzgeber vermeiden. So sollen je nach Einkommen staatliche Zuschüsse die Umstellung "sozial abfedern". Doch die Regierung hat keine Vorstellungen über die Kosten. Sicher sind es viele Milliarden Euro. Es könnte aber auch mehr als eine Billion werden. Das Geld für die Zuschüsse müßte vom Steuerzahler kommen, denn der Staat hat keine anderen Einnahmen. Das heißt: Höhere Steuern für Heizungszuschüsse, die von den Empfängern gezahlt werden müssen. Davon bleiben bei der Umverteilung nach Schätzungen bis zu 30 % in der Verwaltung hängen.

USA-Stiftungen finanzieren die Agora Energiewende

Wer finanziert die Agora Energiewende, den Lobbyverein für dieses unsoziale Heizungsgesetz? Die Homepage von Agora Energiewende gibt darüber Auskunft. Hauptgeldgeber sind amerikanische Stiftungen mit zurzeit 15 Millionen Euro im Jahr. Dazu kommen noch 3 Millionen von verschiedenen Bundesministerien. Koordinator ist Rainer Baake, der Gründer von Agora Energiewende und langjähriger Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Heute ist er Direktor der Stiftung Klimaneutralität, die von der US-amerikanischen Climate Imperative Foundation finanziert wird. Hier stellt sich die Frage, warum finanzieren amerikanischer Stiftungen massiv deutsche Lobbyorganisationen für die Energiewende?

Die Anhänger des Club of Rome haben großen Einfluß auf die Verwendung der Stiftungsausschüttungen. Sie wollen die Welt retten durch Schonung der Ressourcen. Dazu finanzieren sie Befürworter der Energiewende, um die endlichen Vorräte an fossilen Brennstoffen zu strecken. Die Weltklimarettung durch Beendigung der CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen ist für sie eine stützenswerte Aktion.

Die Finanzwelt will darüber hinaus mehr Macht und Einfluß. Sie setzt auf hohe Gewinne durch die Energiewende. Da Finanzkonzerne wie BlackRock (der größte Vermögensverwalter der Welt) direkten Einfluß auf die großen Stiftungen haben, stützen sie über die Stiftungen Lobbyorganisationen und "Umweltaktivisten". Die Straßenkleber haben inzwischen über eine Million Euro für ihre kriminellen Aktionen erhalten.

Viele der großen Finanzkonzerne und Banken geben darüber hinaus keine Kredite mehr für Anlagen zur Nutzung fossiler Brennstoffe, um die Energiewende zu erzwingen. Wenn das Heizungsgesetz in Kraft treten sollte, können die Finanzkonzerne ihren Immobilienbesitz zu Ramschpreisen vergrößern und anschließend an hohen Mieten klotzig verdienen.

Nach dieser Darstellung wird die deutsche Energiepolitik von der US-amerikanischen Großfinanz gesteuert. Akteur ist auch der CDU-Vorsitzende, Friedrich Merz. Als Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist für BlackRock in Deutschland hat er für die Energiewende geworben. Den Vorsitz der CDU hat er dann genutzt, im Parteiprogramm die Fortsetzung der Energiewende zur "Klimarettung" zu fordern. Merz bleibt damit Lobbyist für BlackRock.

Die einzige Bundestagspartei, die das Heizungsgesetz und die Fortführung der Energiewende konsequent ablehnt, ist die AfD. Inzwischen erkennen immer mehr Wähler, daß die übrigen Parteien die Energiewende weiter befürworten. Das Heizungsgesetz hat dies deutlich gemacht. Wenn es nach der Sommerpause doch verabschiedet wird, werden sich noch viel mehr Wähler von den Blockparteien verabschieden und sich der AfD zuwenden. Die AfD braucht nur in ihr Wahlprogramm die Aussage aufzunehmen: Wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen, wird das Heizungsgesetz sofort abgeschafft.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26798" berichtete am 14. August 2023 (x1.319/...): >>Ein Blackout fällt nicht einfach so vom Himmel!

Hallo miteinander, ich bin die Judith. Wie geht es dir, wenn du ans Thema Blackout denkst? Hast du dann Angst oder ein schlechtes Gewissen, weil du dich noch nicht damit auseinandergesetzt hast, beziehungsweise weil du dich noch nicht absichern kannst im Falle eines Blackouts?

Aus gegebenem Anlaß habe ich mich mit dem Thema Blackout auseinandersetzen müssen, denn ich bin Landwirtin, ich bin Bäuerin - und alle Bauern in Niederösterreich haben von der Bezirkshauptmannschaft ein Schreiben bekommen mit dem Inhalt, daß es in Zukunft vermehrt zu Blackouts kommen kann und daß wir Bauern uns Gedanken machen sollen, wie wir im Falle eines Blackouts unsere Betriebe trotzdem weiter bewirtschaften können.

Und im Anhang war dann noch so eine Übersicht dabei, was alles im Falle eines Blackouts bedacht werden muß, was alles stromabhängig ist. Wenn man da mal schaut, wo überall was alles elektrisch betrieben wird und was im Falle eines Blackouts nicht funktioniert, kann das ganz schön runterziehen. Und ich war durch dieses Schreiben echt am Boden. Ich dachte, ich bin schon Bäuerin, ich habe nicht Zeit, mich um Elektrosachen zu kümmern - das ist nicht mein Fachgebiet. Ich hab' schon einen Beruf.

Also habe ich mich mit dem Thema Blackout ein bißchen ganzheitlich auseinandergesetzt. Nicht nur, wie kann ich mich absichern, daß ich Stromversorgung habe, sondern woher kommt ein Blackout? Gibt es Verantwortliche für einen Blackout? Wie ist so ein Blackout? Und da bin ich auf ganz interessante Sachen gekommen. Ich habe mir Vorträge angehört von Experten, denn es liegt doch ein Blackout immer so ein bißchen namenlos im Raum, wie so eine Naturkatastrophe. Da kann niemand was dafür. Das ist unvorhersehbar und Verantwortliche gibt es sowieso nicht. Aber ist das wirklich so?

Es gibt so viele Experten, die sagen genau das Gegenteil. Die sagen, ein Blackout ist sehr wohl eine aktuelle Gefahr, aber nicht deshalb, weil der einfach so kommt, weil niemand was dafür kann, sondern weil klare Fehlentscheidungen seitens der Politik getroffen werden. Die müßten geändert werden und dann würde es auch nicht zu einem Blackout kommen. Aber die warnen schon seit Jahren.

Ich versuche euch jetzt so ein Beispiel zusammenzufassen. Ich bin nicht vom Fach und ich versuche es einfach trotzdem. Ich hoffe, ihr kommt mit und ich hoffe, ich mache es richtig. Aber schaut euch auch gerne diese Vorträge an.

Dazu muß man sagen, das Stromnetz in Europa ist komplett vernetzt. Also ich nehme jetzt Beispiele aus Deutschland, die uns in Österreich anders betreffen. Aber wenn in Deutschland ein Blackout wäre, dann wäre in Österreich genauso ein Blackout. Also die hängen total zusammen und das kann man gar nicht trennen.

Also, in Deutschland werden zurzeit Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke abgeschaltet. Durch die Energiewende 2011 war ja das Ziel, den Strom von erneuerbare Energien herzustellen. Jetzt wird zurzeit sehr stark auf Wind und Sonne gesetzt.

Kernkraftwerke haben eine sehr hohe Sicherheit, was die Stromproduktion betrifft. Also von der Seite mit einer großen Garantie, daß der Strom auch dann zur Verfügung steht und zwar regelmäßig.

Wind und Sonne haben eine ganz geringe Sicherheit. Wind hat z.B. eine einprozentige Sicherheit und Sonne hat eine Sicherheit von null - das bedeutet, jeden Augenblick kann eine Wolke kommen und die Sonne, die Solaranlage produziert nichts mehr, die Photovoltaikanlage produziert nichts mehr. Oder der Wind hört auf zu wehen und dann stehen die Windräder still. Also dieser Sicherheitsfaktor ist bei Wind und Sonne sehr gering. Jetzt war das von Anfang an klar, daß Sonne und Wind nicht so verläßlich sind wie Kern- und Kohlekraftwerke.

Darum war geplant, daß man parallel auf der einen Seite die erneuerbaren Energien und auf

der anderen Seite ein Schattenkraftwerk, einen Schattenpark baut. Das heißt, die erneuerbaren Energien werden ausgeglichen mit einem Schattenpark, der aus Gaskraftwerken besteht, damit das ausgeglichen werden kann und trotzdem jederzeit Strom zur Verfügung steht. So war der Plan.

Jetzt war aber die Energiekrise, wo Gas ganz stark betroffen war. Und zurzeit traut sich keiner, ein Gaskraftwerk zu bauen, weil man nicht weiß, wie das mit dem Gas weitergeht. Ein Gaskraftwerk dauert sieben Jahre, bis es fertig gebaut ist. Und bis jetzt wurden die Gaskraftwerke noch nicht gebaut. Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke werden abgeschaltet.

Zurzeit wird auf Wind und Sonne gesetzt, was aber sehr unsicher ist. Und da entsteht ein Loch. Und dieses Loch ist die große Blackout-Gefahr. Also das sind ganz klar vorhersehbare Probleme, die nicht einfach so und namenlos im Raum stehen. Es gibt verantwortliche Personen dafür.

Als ich diesen Vortrag gehört habe, habe ich mich entschieden, die Verantwortlichen für diesen Brief anzurufen und über genau diese Fakten zu informieren. Denn es hat mich irgendwie doch gewurmt, daß die Verantwortung von der Politik plötzlich auf uns, auf die Bevölkerung, abgewälzt wird durch genau so einen Brief. Denn wenn morgen ein Blackout wäre und alle bekommen so einen Brief - vielleicht bekommen andere Betriebe das genauso, das weiß ich jetzt nicht, ich als Landwirtin habe ihn bekommen. Aber man weiß ja selber, auf vielen Gemeindeämtern, wo ich war, steht ein Zettel: Wie verhalte ich mich im Falle eines Blackouts? Ich glaube, das ist doch allgemein bekannt, daß über Blackout aufgeklärt wird.

Aber, wenn morgen ein Blackout wäre, dann würden die einen sich denken: Oje, oje, ich habe mich selber damit gar nicht auseinandergesetzt, ich habe jetzt keinen eigenen Strom, jetzt bin ich selber schuld. Und die anderen denken: Ja, ich bin abgesichert, mir kann nichts passieren.

Aber keiner fragt: Wer ist verantwortlich? Wer muß jetzt zur Rechenschaft gezogen werden? Und werden sie auch zur Rechenschaft gezogen? Das fragt keiner, weil jeder mit sich selber beschäftigt ist und weil ganz elegant durch genau solche Briefe die Verantwortung von der Politik schön auf die Bevölkerung rollt.

Aber ist es unsere Verantwortung? Nein, ganz sicher nicht. Der Staat bekommt Steuern, um die Infrastruktur zu stellen. Und Strom gehört ganz klar zur Infrastruktur, dafür bekommt er das Geld. Das wäre, wie wenn jeder von uns plötzlich seine eigene Straße bauen muß, weil der Staat damit nicht zurechtkommt - das ist nicht unsere Aufgabe. So wie ich Bäuerin bin, sind diese Politiker. Politiker, die haben ihren Beruf, ich habe meinen. Ich muß mich eigentlich nicht um den Strom kümmern, das ist nicht meine Aufgabe.

Also habe ich mit diesem Wissen ein bißchen telefoniert. Ich habe die verantwortliche Person von diesem Brief angerufen, bin weitergeleitet worden, habe mit dem Innenministerium gesprochen. Ich habe mit acht Leuten geredet und habe allen dieselbe Frage gestellt: Wer ist Ihrer Meinung nach verantwortlich für einen Blackout? Und alle haben mir gesagt: Oh nein, da gibt es keine Verantwortlichen! Das war so ein ganz fremder Gedanke für alle. Das war so fern, also damit haben sie sich noch nie auseinandergesetzt, daß es auch verantwortliche Personen für einen Blackout gibt. Alle waren gerüstet, mir zu sagen, was ich alles machen muß, wie ich mich selber darum kümmern muß. Aber wer verantwortlich ist, da hat sich niemand noch jemals Gedanken gemacht.

Ich habe dann sogar mit der Dame aus dem Innenministerium gesprochen - Krisenvorsorgeabteilung Blackout - also wirklich die, die mir eigentlich Auskunft geben müßte. Ich habe sie dann gefragt: Was macht die Politik, damit es nicht zu einem Blackout kommt? Was ist ihr Teil? Das eine ist, daß die Bevölkerung sich absichert. Okay, kann ich so stehen lassen. Aber was ist der Teil der Politik? Was machen Sie? Ich erkenne nicht, daß die Politik sich wirklich auch um die Vorsorge von einem Blackout kümmert. Und dann war die Antwort der Dame: Na nein, die Politik macht sehr wohl was. Das sieht man doch daran, daß auf allen Plattfor-

men informiert wird, wie sich die Bevölkerung im Falle eines Blackouts verhalten soll. Also das heißt, das, was die Politik bezüglich Blackout-Vorsorge macht, ist, daß sie der Bevölkerung sagt: Ihr müßt euch selber darum kümmern. Also da hat sie dann auch nicht wirklich was gewußt, als ich ihr das vor Augen geführt habe.

Aber ich kann irgendwie nur Euch ermutigen: Verbreitet dieses Bewußtsein, daß wir als Volk nicht dafür verantwortlich sind, uns selber den Strom zu stellen. Es ist einfach nicht unsere Aufgabe - das ist die Verantwortung vom Staat! Ich würde mich allerdings trotzdem krisensicher vorbereiten auf einen Blackout. Aber nicht deshalb, weil ich mich einfach aus Angst absichere, sondern ich sehe eine zweite Gefahr.

Denn im Falle eines Blackouts wird vermutlich Chaos herrschen. Und was ist, wenn die gleichen, die jetzt diesen Blackout nicht rechtzeitig stoppen, was ist, wenn genau die dieses Chaos dann ausnutzen, um uns in eine weitere digitale Abhängigkeit zu treiben? Denn das wissen wir: Es besteht gerade die Bestrebung, uns in eine digitale Abhängigkeit zu treiben. Und wenn Chaos herrscht, kann es sehr gut sein, daß wir plötzlich Dingen zustimmen, zu denen wir sonst nie zugestimmt hätten.

Was ist, wenn zum Beispiel der Strom nur für die wieder angeschaltet wird, die diesem gläsernen Menschen total zustimmen, die ihre letzte Privatsphäre aufgeben? Oder ich weiß nicht, was da alles kommen könnte. Aber was ist, wenn man in diesem Fall plötzlich zustimmt zu Dingen, die man gar nicht will? Aus diesem Grund würde ich mich sehr wohl absichern, um einen kühlen Kopf zu bewahren und nur dem zustimmen, was ich auch wirklich will.

Bei Corona war es doch auch so: Da war Krise. Wie viele wollten sich nicht impfen lassen, haben es doch gemacht, weil Krise war und weil dann einfach die Entscheidungsmöglichkeit sehr eingeschränkt gewirkt hat, weil man denkt, man muß halt.

Genau aus diesem Grund, glaube ich, ist es gut und wichtig, daß wir uns mit dem Thema Blackout auseinandersetzen, um einen kühlen Kopf zu bewahren, keine Angst zu haben. Und wenn wir uns damit auseinandersetzen und uns irgendwie absichern, dann machen wir das erhobenen Hauptes und zwar gleichen wir aus, wo die Politik versagt. Wir machen es, aber nicht unterwürfig und aus Angst. Und wir harren und pochen trotzdem darauf, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir bringen das ins Bewußtsein, daß es Verantwortliche gibt, daß das nicht so anonym und namenlos ist, wie es immer hingestellt wird.

Helft mit, dieses Wissen zu verbreiten und schaut euch auch gerne selber die ganzen Vorträge zu diesem Thema auf [Kla.TV/Blackout](#) an. Alles Gute. Ciao.<<

[Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 21. August 2023 \(x1.328/...\):](#)

>>CDU und Grüne kassieren Mindestabstand: Windräder in NRW direkt an Wohnsiedlungen

Die CDU in Nordrhein-Westfalen setzt ein weiteres grünes Wahlversprechen um. Windräder sollen im größten Bundesland künftig direkt an Wohnsiedlungen gebaut werden.

Christopher Martens

Die schwarz-grüne Landesregierung um Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) prescht beim Windkraftausbau vor und kassiert den Mindestabstand von 1.000 Meter zur nächsten Siedlung. Die Sorgen der Anwohner bezüglich Lärmbelästigung, Landschaftsveränderung und Gesundheitsrisiken scheinen nebensächlich zu sein.

Die Regierungsfractionen von CDU und Grünen haben den entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Am Donnerstag will der Landtag dem Gesetz zustimmen. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien soll die "Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts NRW sichern und einen wichtigen Beitrag zu einem sinkenden Preisniveau, zur Versorgungssicherheit sowie zum Klimaschutz leisten", heißt es im Gesetzentwurf der beiden Parteien. Der Ausbau könne jedoch nur erfolgreich sein, "wenn die Akzeptanz für diesen bei

den Menschen im gesamten Land erhalten bleibt und weiter steigt".

Windräder mit erheblichen Folgen für Siedlungen

Ob das passieren wird, ist jedoch fraglich. Fakt ist: Windkraftanlagen sorgen für Lärmbelästigung, gefährden Fledermäuse und Vögel und beeinträchtigen das Landschaftsbild. Und allein die bloße Existenz der Anlagen kann für gravierende Vermögensverluste bei den unmittelbaren Anwohnern sorgen. Deren Grundstücke und Immobilien verlieren mit der Errichtung von Windkraftanlagen in ihrer Nähe erheblich an Wert.

Bereits die Jahre zuvor wurden in Nordrhein-Westfalen Naturschutzregelungen für die Windkraft immer wieder gelockert; der Mindestabstand zu seltenen Vogelarten, Brut- und Raststätten über Jahre hinweg konsequent mißachtet. Seit Hendrik Wüst Ministerpräsident ist, dürfen Windräder sogar in Wäldern gebaut werden. Mit Schwarz-Grün hat sich die CDU ganz der grünen Energiewende verschrieben.

Der Ausbau der Windkraft war ein zentrales Wahlversprechen der Grünen - bisher verlief der Ausbau jedoch schleppend. Nicht einmal 100 Windräder wurden seit Amtsantritt der Regierung gebaut. Laut Koalition soll das Land 2030 die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 28. August 2023 (x1.326/...): >>**Windenergieanlagen gefährden unsere Gesundheit**

Laut jüngsten Aussagen der Präsidentin des Bundesverbandes Windenergie, Bärbel Heidebroek, verursachen nicht Windindustrieanlagen gesundheitliche Schäden an Menschen, sondern vielmehr eine kritische Haltung zu diesen.

Hierzu erklärt Dr. Christina Baum, Mitglied im AfD-Bundesvorstand und Mitglied des Gesundheitsausschusses im Bundestag:

"Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, daß es besser ist, sich in Gesundheitsfragen nicht von Lobbyisten beraten zu lassen. Frau Heidebroek legt für ihre gewagten Thesen keine Belege vor. Dabei wäre es ihre Aufgabe, den Beweis zu erbringen, daß die von Ihr vertretene Technologie unschädlich ist. Nicht glauben, sondern wissen sollte sie das.

In der Realität ist es umgekehrt. Da wird den Bürgern abverlangt, völlig offensichtliche Auswirkungen zu beweisen. Die Windkraftpolitik ist schädlich für Mensch, Wald und die Tierwelt. Die AfD verlangt deshalb dringend, sofort diesbezüglich Forschungen in die Wege zu leiten.

Wie bei der 'Impfung', der Insektennahrung oder 5G werden hier Experimente auf den Rücken der Bürger durchgeführt, ohne zuvor eine zwingend notwendige Forschung zu den gesundheitlichen Gefahren durchzuführen. Das ist unverantwortlich."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 29. August 2023 (x1.326/...): >>**Falsche Energie- und Steuerpolitik führen zu deutscher Deindustrialisierung**

Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland hat deutlich zugenommen. Die Summe der Gläubigerverluste von 36 Milliarden Euro im Jahr 2022 dürfte nach Aussage des Inkassodienstleisters Creditreform 2023 deutlich überschritten werden.

Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher der AfD, kommentiert:

"Die Insolvenzwelle, die aktuell durch Deutschland rollt, fällt nicht vom Himmel und sie ist kein reines Marktgeschehen, sondern das Ergebnis einer völlig verfehlten Politik. Es grenzt daher an Schönfärberei, wenn einige Wirtschaftsexperten nun von einer 'überfälligen Marktberreinigung' angesichts der 'mangelnden Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Unternehmen' sprechen.

Denn: Diese Wettbewerbsfähigkeit wurde von der Politik systematisch zerstört; durch eine irrwitzige Energie- und Steuerpolitik, durch verrückte Coronamaßnahmen, durch Überregulie-

rung und planwirtschaftliche Subventionen. Wer soll glauben, daß sich aktuell in Deutschland im selben Maße neue Unternehmen gründen, die die untergegangenen Firmen ersetzen?

Fakt ist, daß wir in Deutschland alles daran setzen müssen, die fortschreitende Deindustrialisierung zu stoppen, denn die wirtschaftliche Substanz gerade des Mittelstands wird nicht wiederkehren, wenn sie einmal verschwunden ist. Die hierfür notwendige politische Substanz findet sich allerdings nur bei der AfD, denn allein die AfD ist in der Lage, die politische Kehrtwende einzuleiten, die zur Wiederbelebung des Wirtschaftsstandorts Deutschland erforderlich ist.

Die Lösung liegt nicht in Stützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen und auch nicht in der kostspieligen Ansiedlung von Chipfabriken aus Steuermitteln, sondern in einer tiefgreifenden Veränderung der Rahmenbedingungen. Nur unter dieser Voraussetzung wird künftig überhaupt wieder nennenswert in Deutschland investiert werden."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 1. September 2023 (x1.329/...): >>>**Deindustrialisierung durch die Energiewende**

Mit der Energiewende wurde die Deindustrialisierung eingeleitet. Die grüne Ampelregierung hat diesen Prozeß massiv beschleunigt. Bleibt man bei den derzeitigen ideologischen Vorstellungen einer utopischen Energiepolitik, droht das Desaster für Deutschland.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Seit mehr als 10 Jahre zeigt der Stromverbraucherschutz NAEB immer wieder auf, daß die teure Energiewende in Deutschland die Industrie zum Abwandern zwingt. Viele Arbeitsplätze und auch zugesagte Werksrenten gingen verloren. In Deutschland wurde immer weniger investiert.

Unter der Ampelregierung gab es nur noch Neuinvestitionen, wenn staatliche Zuschüsse gezahlt wurden. Der Bau der Tesla-Fabrik für Elektro-Autos in Brandenburg, die geplanten Chipfabriken in Magdeburg und Dresden und die Milliarden-Zuschüsse für Stahlerzeugung mit Wasserstoff sind dafür Beispiele. Schon heute ist abzusehen, daß sie alle unwirtschaftlich werden, wenn die Energiewende mit steigenden Stromkosten fortgeführt wird. Doch sie passen in die grüne Ideologie.

Bundeskanzler Scholz will die Energiewende beschleunigen

Die Energiewende und die grüne Energiepolitik mit immer mehr Abgaben auf CO2-Emissionen haben den Strompreis in Deutschland auf schwindelnde Höhen getrieben. Doch Bundeskanzler Scholz will die auf Fakepower (Wind- und Solarstrom) basierende Energiewende weiter treiben. Er sagte am 16. August auf dem NRW-Unternehmertag:

Wir brauchen "... vier bis fünf Windräder und 43 Fußballfelder Photovoltaikanlagen - wohl-gemerkt pro Tag -, dazu Speicher und Tausende Kilometer neue Leitungen."

"Deutschland-Geschwindigkeit funktioniert auch beim Bau von Windrädern und Solaranlagen, von Überlandleitungen und Speichern, beim Bau von Kraftwerken, die Wasserstoff-ready sind und die wir brauchen, wenn der Strom aus Sonne, Windkraft und Wasserkraft nicht ausreicht."

"Wenn man beides (Bundeshaushalt 54 Milliarden Euro und Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds 58 Milliarden Euro) zusammenführt, sind das mehr als 100 Milliarden Euro öffentlich unterstütztes Direktinvestment." (pro Jahr)

"Der Ausbau der Erneuerbaren hat nun Vorrang vor anderen Rechtsgütern."

"Mit all diesen strukturellen Verbesserungen werden wir auch die Strompreise Schritt für Schritt drücken können."

"Eine Dauersubvention von Strompreisen mit der Gießkanne können wir uns nicht leisten"

Grüner Wasserstoff ist keine Lösung

Mit diesen Aussagen stellt er klar, Deutschland setzt ausschließlich auf grünen Strom (Fakepower). Selbst der letzte verbliebene heimische Energieträger, die Braunkohle, soll nicht wei-

ter genutzt werden. Damit ist eine sichere Stromversorgung in Deutschland nicht mehr gegeben. Die Hoffnung auf sinkende Strompreise wird zur Utopie. Wir werden voll abhängig von Energieimporten und sind jederzeit erpreßbar.

Die angestrebte Erzeugung von grünem Wasserstoff als Energieträger braucht viel mehr Energie, als in Deutschland von Wind und Sonne eingesammelt werden kann. Daher soll Solarstrom in Wüstengebieten Wasserstoff erzeugen, der dann importiert wird. Von der eingefangenen Solarenergie dürfte aber kaum etwas in Deutschland ankommen, denn zur Erzeugung von Wasserstoff, zum Transport nach Deutschland und zur Lagerung geht viel Energie verloren. Mit grünen Wasserstoffimporten steigt der Strompreis in nicht mehr bezahlbare Höhen.

Profiteure stützen die Energiewende

Dies alles sollte den Teilnehmern des NRW-Unternehmertags bekannt sein. Doch eine vernichtende Kritik an den Ausführungen des Kanzlers ist mir nicht bekannt. Warum? Sind die Unternehmer schon auf den Weg, Deutschland zu verlassen? Oder hoffen sie immer noch auf eine Umkehr der Energiepolitik in Deutschland? Doch wer zu lange hofft, wird insolvent. Beispiele dafür gibt es täglich. Beifall dürften nur die Unternehmer gespendet haben, die Profiteure der Energiewende sind. Sie verdienen prächtig an staatlichen Subventionen und Beihilfen.

Doch auch ihnen sollte klar sein, dies wird nur kurze Zeit laufen. Die Zeichen sind da. Deutschland verzeichnet als einziges Land in Europa eine Rezession. Es ist zum Energieimportland geworden. Unser Stromnetz wird durch die Kernkraftwerke in Frankreich und der Schweiz, sowie durch die Kohlekraftwerke in Polen gestützt. Von einer sicheren, bezahlbaren und planbaren Stromversorgung kann nicht mehr gesprochen werden.

Heimische Energieträger müssen genutzt werden

Als Grund für die teure und kritische Energieversorgung wird vom Kanzler und der Regierung der Krieg in der Ukraine genannt. Die Angabe, Rußland hätte die Gaslieferungen nach Deutschland gestoppt, ist falsch. Deutschland hat aufgrund der Embargo-Vereinbarungen auf Gaslieferungen aus Rußland verzichtet. Doch auch ohne das russische Gas können wir niedrige Strompreise auf Weltmarktniveau haben. Dazu muß die Braunkohleverstromung ausgebaut und die Gewinnung von Öl und Gas mit Fracking erlaubt werden. Die Kraftwerke sollten auf einen höheren Wirkungsgrad getrimmt werden. Damit kann der Brennstoffbedarf deutlich reduziert werden. Die Abgaben auf CO₂-Emissionen müssen beendet werden. (Die Behauptung, CO₂ sei ein gefährliches Klimagas, ist ein nicht beweisbares Narrativ.)

Die Kosten der Energiewende übersteigen die Verteidigungsausgaben

Nach den Ausführungen des Bundeskanzlers werden zurzeit jährlich mehr als 100 Milliarden Euro für die Stützung der Energiewende eingeplant. Das ist deutlich mehr als die Ausgaben für unsere Verteidigung. Pro Einwohner sind das deutlich über 1000 Euro im Jahr, die als Abgaben fällig werden. Mit Beendigung der Energiewende steht dieses Geld als Kaufkraft zur Verfügung. Die Stromkosten werden gleichzeitig mehr als halbiert. Unter diesen Bedingungen wird Deutschland wieder wettbewerbsfähig. Privates Kapital wird wieder investiert, weil es sich lohnt.

Es wird Zeit für unsere Regierung, sich den Fakten der Energieversorgung zu stellen. Bleibt man bei den derzeitigen ideologischen Vorstellungen einer utopischen Energiepolitik, wird die Abwanderung der Industrie weiter beschleunigt und die Insolvenzen nehmen zu. Das Ergebnis der kommenden Landtagswahlen könnte eine Umkehrung der Energiepolitik erzwingen.<<

[Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 12. September 2023 \(x1.328/...\):](#)

>>Weil Atomkraft in Deutschland ein "totes Pferd" ist - Deutsche Forscher bauen revolutionären Atomreaktor - in Ruanda

Deutsche Physiker haben eine Revolution in der Kernkraft entwickelt - in Ruanda und Kana-

da. Die Innovation wurde von der Politik ins Ausland getrieben - in Ruanda herrsche, im Gegensatz zu Deutschland, eine positive Wirtschaftskultur und Technologieoffenheit.

Max Roland

Lange war Deutschland führendes Kernkraft-Land: Die Kernspaltung wurde von deutschen Wissenschaftlern entdeckt, deutsche Forscher waren lange die erste Adresse in der Kernphysik. Doch diese Zeit ist vorbei - Atomkraft ist ein "totes Pferd" in Deutschland, wie Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich sagte.

Also finden Deutsche Innovationen nun woanders statt, zum Beispiel in Ruanda. Dort baut ein Unternehmen den ersten "Dual-Fluid-Reaktor" - und legt damit den Grundstein für eine technologische Revolution fernab der deutschen Heimat.

Wissenschaftler des Unternehmens "Dual Fluid" haben ein Reaktorkonzept entwickelt, daß die Hauptprobleme der Kernkraft lösen könnte. Der Kernbrennstoff des "Dual Fluid Reactor", also "Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor" ist flüssig. Diese eine Flüssigkeit im Reaktorkern ist von einem weiteren, nämlich flüssigen Blei umgeben, das die Wärme nach außen abführt - dadurch soll der Reaktor die Eigenschaft der Selbstregulierung besitzen. Überhitzung soll so unmöglich werden - zu einem Gau wie in Tschernobyl kann es nach diesem Prinzip nicht kommen. Und Atommüll fällt quasi nicht mehr an.

Weil die Umsetzung dieser Ideen in Deutschland aber politisch unerwünscht ist, hat Dual Fluid 2021 seinen Sitz von Berlin nach Kanada gelegt - und seine Umsetzung nach Ruanda.

Ruanda: "Eine positive Wirtschaftskultur und Offenheit für Neues"

In der Hauptstadt des afrikanischen Landes, Kigali, wurde ein Vertrag zwischen dem Unternehmen Dual Fluid und der Atomenergiebehörde des Landes unterzeichnet, der den Bau und Betrieb eines Dual-Fluid-Demonstrationsreaktors vorsieht. Mit dem Testreaktor wollen die Wissenschaftler von Dual Fluid zum einen beweisen, daß der Reaktor sich tatsächlich so verhält, wie es die theoretischen Berechnungen vorhersagen.

Gegenüber Apollo News erläutert das Unternehmen seinen Erfolg und seine Entscheidung für den Standort Uganda. "Dual Fluid Energy hat heute einen wesentlichen Meilenstein erreicht. Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags mit der ruandischen Atomenergiebehörde RAEB starten wir die Entwicklung einer völlig neuen und effizienten Reaktortechnologie für den afrikanischen Markt und darüber hinaus", sagte der Physiker Björn Peters, Chief Financial Officer (CFO) von Dual Fluid.

"Wir finden hier in Ruanda eine positive Wirtschaftskultur, effiziente Verwaltungsprozesse, Offenheit für Neues, politische Unterstützung und hochqualifizierte Entscheidungsträger. Dies ermöglicht unserem Unternehmen, schnelle Entwicklungsfortschritte zu erzielen, hin zu einem führenden Unternehmen der Energiebranche."

Reaktor in Waschmaschinengröße

Der Reaktor ist nicht ansatzweise so groß wie ein herkömmliches AKW: Laut den Entwicklern des Dual-Fluid-Reaktors soll dieser aktuelle Testreaktor die Größe einer Waschmaschine haben. In Ruanda steht er in einer Halle, die die Größe von rund drei Tennisplätzen entspricht. Weil der Reaktor seinen "Atommüll" selbst verwertet, ist der Betrieb ebenfalls deutlich unkomplizierter und günstiger. Eine große Chance für billige und saubere Energie - in Kanada soll nun der nächste Schritt folgen. Der Testbetrieb in Ruanda soll Daten zu Haltbarkeit der "Hardware" liefern - elementar für eine Genehmigung in Kanada, wo der nächste Schritt erfolgen soll.

Deutschland ist bei der Entwicklung der deutschen Physiker außen vor - es hat sich selbst aus dem Spiel genommen. Das angeblich "tote Pferd" reitet derweil in Richtung Zukunft.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 13. September 2023 (x1.326/...): >>Unternehmenskiller Nr. 1- Hohe Energiepreise!

Aufgrund der steigenden Insolvenzzahlen fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Leif-Erik Holm, ein Sofortprogramm zur Senkung der Energiepreise:

"Immer mehr Unternehmen kämpfen in Deutschland um ihre nackte Existenz. Die Pleitewelle schwappt höher und höher. Und sie wird viele weitere Firmen hinwegspülen, wenn die Ampel nicht endlich umsteuert. Anders als von Wirtschaftsminister Habeck vermutet, können Unternehmen eben nicht eine Zeit lang mit dem Produzieren aufhören. Sie verschwinden vom Markt, und mit ihnen viele wichtige Arbeitsplätze.

Das ist das Ergebnis der wirtschaftsfeindlichen Ampel-Politik. Wir müssen jetzt dringend runter von den viel zu hohen Energiepreisen. Sie sind der Unternehmenskiller Nr. 1. Vor allem die hohen Stromkosten ruinieren die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und belasten Unternehmen und Bürger.

Deshalb müssen wir schleunigst das Energieangebot erhöhen, insbesondere durch den Wiedereinstieg in die Kernkraft. Mehr Angebot sorgt für sinkende Preise. Eine Inbetriebnahme der vom Netz genommenen Kernkraftwerke ist machbar. Zudem müssen Strom- und Energiesteuer endlich auf das EU-Minimum gesenkt werden, auch das läßt sich ohne EU-rechtliche Probleme sofort umsetzen. Und die CO₂-Abgabe muß weg. Die von der Ampel geplante nächste Erhöhung der CO₂-Abgabe wäre nicht nur ein zusätzlicher Brandbeschleuniger für das Inflationsfeuer, sondern auch der nächste Sargnagel für zahlreiche Unternehmen und Betriebe.

Günstige Energie statt teurer Ideologie ist das Gebot der Stunde. Niedrigere Energiepreise entlasten Bürger und Unternehmen, senken die Inflation und kurbeln die Wirtschaft wieder an."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. September 2023: >>Deutscher Irrsinn: Super-Reaktor wird in Afrika gebaut

Von *Sven Reuth*

Deutsche Wissenschaftler haben ein revolutionäres Konzept für eine neue Generation von Kernreaktoren entwickelt, das einen sicheren Betrieb sowie die Verwendung von Atommüll als Brennstoff ermöglichen soll, wodurch die Endlager-Frage hinfällig würde. Gebaut wird das technische Wunderwerk allerdings nicht in Deutschland, sondern in Afrika. ...

"Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd", betonte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Anfang September einmal mehr. Nichts scheinen die grünlinken Anti-AKW-Zeloten mehr zu fürchten als ein Wiederaufflammen der deutschen Atomenergie-Debatte.

"Effizienteste Energiequelle der Menschheit"

Angesichts solch niederschmetternder Aussagen wie der von Olaf Scholz ist es erstaunlich, daß es in der Bundesrepublik immer noch Idealisten gibt, die an das Potential einer zu Unrecht verteufelten Technologie glauben. Die Kernphysiker Götz Ruprecht und Armin Huke beispielsweise haben einen sogenannten Dual-Fluid-Reaktor erfunden, den sie auf ihrer Homepage als "effizienteste Energiequelle, die Menschen je entworfen haben", bezeichnen.

Das Besondere an der Konstruktion ist, daß durch seinen Kern zwei verschiedene Flüssigkeiten fließen. Die eine führt den Brennstoff zu, die andere soll für eine optimale Wärmeproduktion sorgen. "Alle jetzigen stark strahlenden Abfälle können im Reaktor verbrannt werden, man benötigt kein Endlager mehr", betonte Ruprecht schon 2020 gegenüber dem Berliner Tagesspiegel.

Das klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Doch in Fachkreisen wird das Projekt nicht als Fantasterei abgetan, sondern stößt auf großes Interesse. Thomas Schulenberg vom Karlsruher

Institut für Technologie, der sich intensiv mit den Stärken und Schwächen der vierten AKW-Generation befaßt und darüber ein Standardwerk geschrieben hat, sieht beispielsweise in dem Modell eine Vision, für die es sich zu forschen lohnt.

Kanada und Ruanda statt Berlin

Weil dies in Deutschland aber an der bornierten Totalablehnung der Atomkraft scheitert, haben die beiden derzeit noch in Berlin arbeitenden Pioniere zusammen mit den anderen vier Erfindern des Meilers im Februar 2021 das kanadische Unternehmen Dual Fluid Energy Inc. gegründet. Ziel ist es, die möglicherweise bahnbrechende Technologie zur kommerziellen Reife zu führen - wenn nicht hier, dann eben in Nordamerika.

Außerdem treiben die deutschen Wissenschaftler ihr Vorhaben nun auf einem weiteren Kontinent voran, nämlich in Afrika. In Kigali, der Hauptstadt von Ruanda wurde gestern ein Vertrag zwischen dem Unternehmen und der Atomenergiebehörde des Landes unterzeichnet, der den Bau und Betrieb eines Dual-Fluid-Demonstrationsreaktors vorsieht. Mit den dort gewonnenen Daten soll wiederum das Genehmigungsverfahren in Kanada beschleunigt werden, erklärt Götz Ruprecht, der Vorstandsvorsitzende von Dual Fluid. In Berlin, wo das Unternehmen einst gegründet wurde, bleibt dann gerade noch ein Labor für begleitende Experimente bestehen.

Was soll man aber auch von einem Land wie Deutschland erwarten, in dem es noch acht Lehrstühle für Kernforschung, dafür aber 173 Lehrstühle für Gender-Studies gibt. dennoch ist es immer wieder erstaunlich, mit welcher Vehemenz sich Deutschland im Namen wirrer und irrer linker Ideologien selbst zugrunde richtet.

Inhärent sicher

Der Demonstrationsreaktor, der etwa eine Autostunde von Kigali entfernt errichtet werden soll, soll in zwei bis drei Jahren in Betrieb gehen. Wenn die Berechnungen der Ingenieure aufgehen, dann wird in Afrika ein inhärent sicherer Reaktor entstehen. Das bedeutet: Steigt die Temperatur der Reaktorflüssigkeit zu stark an, dann dehnt sich die ihn umgebende Salzschmelze stark aus, was das spaltbare Material auseinandertreibt und damit die Kettenreaktion automatisch stoppt.

Der Meilertyp ist somit durch die Naturgesetze vor menschlichem Versagen geschützt ist. Außerdem kann er zum Recycling genutzt werden, da der radioaktive Abfall während des Betriebs - anders als bei den Brennstäben - aus der Flüssigkeit gefiltert und wieder in den Stoffkreislauf eingespeist werden kann.

Überall auf der Welt herrscht größtes Interesse an dieser Technologie - nur nicht in dem Land, in dem sie erfunden wurde. Der Bau des Demonstrationsreaktors in Ruanda zeigt aber auch, daß der deutsche Krieg gegen die Atomenergie im Grunde ein Kampf gegen Windmühlen ist. Man kann diese wichtige Schlüsseltechnologie vielleicht von der nationalen Landkarte tilgen, ihre globale Renaissance läßt sich jedoch nicht verhindern. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 23. September 2023 (x1.328/...):
>>130 Jahre altes Düsseldorfer Stahlwerk geschlossen: Die deutsche Industrie wird beendet

In Deutschland schreitet die Deindustrialisierung voran. In einem Düsseldorfer Stahlwerk durften vergangenen Donnerstag die Mitarbeiter das letzte Rohr bis zur Fertigstellung begleiten und anschließend das Licht ausmachen. Auch andere große deutsche Industrieunternehmen stehen vor dem Absprung.

Willi Weißfuß

Deutschland war einst eine stolze Industrienation. Reichhaltige Kohlevorkommen machten Deutschland zu einem führenden Land der Chemie- und Stahlindustrie. Gut bezahlte Arbeitsplätze sorgten für Wohlstand - noch heute gehören Anstellungen in der Chemie- und Stahlindustrie zu den bestbezahlten Arbeitsplätzen in Deutschland. Doch damit wird wohl demnächst

Schluß sein. Immer mehr Unternehmen schließen ihre Werke, flüchten ins Ausland oder gehen insolvent. Bürokratische Hürden und die hohen Energiepreise sind der Todesstoß der deutschen Industrie.

Das neuste Beispiel dieser Industrievernichtung ist das Vallourec-Stahlwerk in Düsseldorf. In diesem Werk wurden nahtlose Stahlrohre hergestellt. Diese werden zum Beispiel für Ölpipelines genutzt und auch für den Transport von Wasserstoff gebraucht. 1899 wurde das Werk von den Brüdern Mannesmann gegründet und gehört seit 2005 dem französischen Unternehmen Vallourec. Nun wurde es geschlossen. Daß es dazu kommen würde, stand schon eine Weile fest. 2022 beschloß Vallourec, die Produktion der Stahlrohre aus Deutschland nach Brasilien zu verlagern. Am 21. September 2023 wurde das letzte Rohr in diesem historischen Walzwerk hergestellt.

Alle Mitarbeiter wurden eingeladen, dabei zu sein, wenn knapp 130 Jahre deutsche Industriegeschichte beerdigt werden. Auf Twitter kursiert ein Video von diesem emotionalen Moment. Wie auf einer Beerdigung beobachteten die Mitarbeiter die Herstellung des letzten Stahlrohrs, um Anteil am Schicksal ihres Werkes zu nehmen. Es ist auch ihr eigenes Schicksal. Sie begleiteten das Rohr bis zur Fertigstellung im Wissen, daß es das letzte Rohr sein wird. Diese Bilder sind berührend. Jeder, der weiß, wie erfüllend es sein kann, Waren herzustellen, kann mit den Mitarbeitern des Stahlwerks mitfühlen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 24. September 2023 (x1.328/...):

>>**Enormer Energiebedarf durch KI - Microsoft plant eigene Atomkraftwerke**

Während Olaf Scholz Atomkraft als "totes Pferd" bezeichnet, setzt der US-Technologiegigant Microsoft jetzt offenbar auf kleine Atomreaktoren, um den gigantischen Energiebedarf seiner Serverinfrastruktur zu decken.

Der weltweite Energiebedarf steigt, die Netze kommen selten hinterher. Ein Lösungsansatz ist, zunehmend auf kleine Kraftwerke zu setzen, die große Energieverbraucher direkt versorgen. Der US-Konzern Microsoft will für den Betrieb seiner extrem energieintensiven Serverinfrastruktur dabei nun auf Kernkraft setzen. In einer Stellenausschreibung sucht das Unternehmen nun einen "Hauptprogrammmanager für Nukleartechnologie".

Darin heißt es: "Diese leitende Position hat die Aufgabe, die technische Bewertung für die Integration von SMR und Mikroreaktoren zu leiten, um die Rechenzentren zu betreiben, in denen sich die Microsoft Cloud und die KI befinden." "SMR" bedeutet "Kleine modulare Reaktoren", also Kernreaktoren, die in einer Fabrik gefertigt werden und anschließend an den Betriebsort gebracht werden können.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 25. September 2023 (x1.328/...):

>>**Südafrika: Wo der Blackout Realität ist**

Jeden Tag fällt der Strom für mindestens fünf Stunden aus, in manchen Regionen gibt es sogar tagelange Blackouts: Südafrika zeigt, in welche Katastrophe eine weltfremde Energiepolitik führt. Warnung für Deutschland.

Leon Hendryk

Wer sich in Alberton, einem Vorort von Johannesburg, morgens um sieben Uhr einen Kaffee kochen will, der hat Pech gehabt. Zumindest, wenn er keinen Gaskocher besitzt. Zwischen sechs Uhr und halb neun gibt es keinen Strom. Auch wenn man nach der Arbeit eine Ladung Wäsche waschen oder ein Bier kaltstellen will, wird man enttäuscht. Zwischen fünf Uhr nachmittags und halb acht gibt es ebenfalls keinen Strom. Und das Problem beschränkt sich nicht auf Alberton, sondern betrifft jeden Winkel Südafrikas in unterschiedlichen Intervallen. Das gesamte Land leidet unter täglichen Stromausfällen, eine veritable Krise, die sich schon seit Jahren abspielt. Eine Lösung für das Problem ist nicht in Sicht.

Wer die Stromkrise in Südafrika verstehen möchte, muß zuerst etwas in die Vergangenheit zurückreisen. Im Jahr 1994 endete das politische System der Apartheid in Südafrika. Erstmals

konnte die schwarze Bevölkerung die Regierung im Land wählen, was zum Wahlsieg des African National Congress (ANC), der Partei Mandelas, führte. Diese verschwendete keine Zeit und begann sofort mit einem Umbau der Institutionen des Landes. Zehntausende Bürokraten wurden mit ANC-treuen Kadern ausgetauscht und eines der größten Umverteilungsprogramme der Welt in Kraft gesetzt, von dem die Kernwählerschaft des ANC am meisten profitierte.

Der geplante Stromausfall

Investitionen in die Infrastruktur gab es hingegen fast überhaupt nicht, obwohl die Bevölkerung des Landes sich in den letzten 30 Jahren fast verdoppelte. Seit dem Ende der Apartheid wurden lediglich zwei neue Kraftwerke in Auftrag gegeben und - mit jahrelanger Verzögerung - auch gebaut. Zum Vergleich: Die restlichen 15, momentan aktiven, Kraftwerke Südafrika stammen noch aus (der) Apartheidszeit und sind teilweise mehr als 60 Jahre alt.

Das ist ein großes Problem. Denn während südafrikanischer Rotwein mit zunehmendem Alter besser wird, verhält es sich mit den südafrikanischen Kraftwerken ärgerlicherweise andersherum. Immer öfter sind die anfälligen Anlagen außer Betrieb, da Generatoren versagen oder Leitungen bersten. Daß organisierte Banden, oft mit der Hilfe von korrupten ANC-Bürokraten, im großen Stil Diesel, Kohle und sogar ganze Elektrizitätsleitungen stehlen, verstärkt die Probleme noch. Im Resultat produziert Südafrika deutlich weniger Elektrizität als die Bevölkerung benötigt.

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 26. September 2023 (x1.328/...):

>>Brisante Entscheidung - Habeck unterschlug entscheidende Unterlagen zum AKW-Aus vor Gericht

Habecks Wirtschaftsministerium soll wichtige Unterlagen zum Atom-Aus vor Gericht nicht vorgelegt haben. Das entschied das Verwaltungsgericht Berlin am Montag. Das Magazin Cicero hatte auf Akteneinsicht geklagt.

Jerome Wnuk

Robert Habecks Wirtschaftsministerium hat entscheidende Dokumente zur Atom-Aus-Diskussion zurückgehalten. Das berichtet Cicero. Das Magazin hatte schon im Sommer 2022 Akteneinsicht zur Debatte um die AKW-Laufzeitverlängerung beantragt.

Nachdem das Ministerium seine Antwort immer wieder verschleppt hatte, kam es schließlich zum Prozeß. Am Montag sollte das Verwaltungsgericht Berlin in einer mündlichen Anhörung über die Klage verhandeln. Dabei kam heraus: Die Akten waren unvollständig, wichtige Unterlagen fehlten.

Wie Cicero berichtet, forderte der Verwaltungsrichter James Bews die Vertreter aus Habecks Ministerium auf, weitere Unterlagen ausfindig zu machen. Insbesondere die Dokumente, in denen es um eine CO₂-Einsparung durch eine AKW-Laufzeitverlängerung sowie deren Auswirkungen auf die Netzstabilität und die Strompreise ging, wurden eingefordert. Cicero hatte das Fehlen dieser Dokumente vor Gericht bemängelt, daraufhin war der Richter hellhörig geworden und hatte das Ministerium aufgefordert, die fehlenden Unterlagen herauszusuchen. Erst dann könne die Verhandlung fortgesetzt werden.

Experten im Wirtschaftsministerium hatten sich für Laufzeitverlängerung ausgesprochen

Brisant: Cicero liegen wohl Hinweise vor, daß sich in den Diskussionen um eine AKW-Laufzeitverlängerung mehrere Experten des Ministeriums kritisch gegenüber der Anti-Atom-Haltung der Ministeriumsführung geäußert hatten. Dies gehe aus einer E-Mail hervor, die Cicero auf Anfrage vom Umweltministerium erhalten hatte. Dort werde eine Einschätzung aus der Fachebene des Wirtschaftsministeriums wie folgt wiedergegeben: Der Weiterbetrieb der AKW hätte neben der Gaseinsparung zwei weitere Vorteile - "... die Strompreise sinken und der Netzbetrieb wird sicherer".

Die Unterlagen, die Habecks Wirtschaftsministerium bisher vorlegte, enthalten jedoch keinen

Hinweis auf dieses Zitat. Als Cicero das vor Gericht kritisierte, legte Richter James Bews eine Kopie der E-Mail aus dem Umweltministerium zu den Gerichtsakten und forderte die Vertreter des Wirtschaftsministeriums auf, im eigenen Haus nach den fehlenden Unterlagen zu suchen. Bis dahin ruht der Prozeß vorerst. Erst, wenn die Akten vollständig sind und der Richter weiß, um welche Unterlagen es überhaupt geht, kann er entscheiden, welche davon von Cicero eingesehen werden dürfen - und welche tatsächlich (wie Habecks Ministerium behauptet) der Geheimhaltung unterliegen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 27. September 2023 (x1.328/...):
>>"**Grüne Technologie" - Baerbock sieht deutsche Energiewende als Vorbild für die Welt und Exportmodell**

In Brandenburg sagte Baerbock, daß "grüne Technologien auch zur sozialen Sicherheit, zu Arbeitsplätzen der Zukunft beitragen" soll. Als Vorbild für eine solche Partnerschaft nennt sie Südafrika.

Annalena Baerbock sagte am Montag bei einer Veranstaltung in Brandenburg: "Was hier bei uns in Brandenburg möglich ist, daß wir aus der Kohle aussteigen, dabei Arbeitsplätze sichern und Spitzentechnologie der Zukunft vorantreiben, das wollen wir auch in anderen Ländern machen". Und weiter: "Deswegen ist es so zentral, daß wir zusammenarbeiten bei der globalen Energiewende."

Als Beispiel für faire Energiepartnerschaften nennt sie ausgerechnet Südafrika - man könne so "aus Deutschland heraus ein Beispiel dafür setzen, daß erneuerbare Energien, daß grüne Technologien auch zur sozialen Sicherheit, zu Arbeitsplätzen der Zukunft beitragen", so Baerbock.

Die deutsche Energiewende als Vorbild und Exportmodell? Die Außenministerin dürfte mit dieser Meinung relativ alleine dastehen. Ein Großteil der westlichen Welt setzt zunehmend auf Atomkraft, Deutschland muß seinen eigenen Strommangel mit wachsenden Importen aus Frankreich ausgleichen. Während Olaf Scholz die Kernenergie als "totes Pferd" bezeichnete, setzen mittlerweile nicht nur Staaten, sondern auch private Unternehmen auf Kernkraft. Microsoft plant so bspw. eigene Nuklearreaktoren für die Serverinfrastruktur der Zukunft. Das Kanadische Start-Up Dual-Fluid baut einen Testreaktor in Ruanda.

Großbritanniens Premierminister Rishi Sunak kündigte jüngst eine umfassende Klima-Kehrtwende an, bei der geplante Klimamaßnahmen gestrichen werden sollen.

Daß Baerbock als Beispiel für diesen Export der deutschen Energiewende ausgerechnet Südafrika nennt, das seit Jahren in einer schweren Energiekrise steckt, was zu regelmäßigen Stromabschaltungen führt, ist bezeichnend.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 28. September 2023: >>"**Zehn Milliarden für Indien, während hier die Industrie stirbt!**

Warum zahlt Deutschland eigentlich zehn Milliarden Euro Entwicklungshilfe an Indien - immerhin die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt? In der Fragestunde des Bundestages haben unsere Abgeordneten bei Entwicklungshilfe-Ministerin Svenja Schulze (SPD) nachgehakt. Und ihre Antwort ist erstaunlich:

Der Ampel geht es darum, in Indien die Industrie weiter zu stärken! Während man hierzulande also alles dafür tut, um Produktionsbetriebe zu zerstören, pumpt man dort unser Steuergeld in den Aufbau von Unternehmen. Indien wiederum startet aber erst einmal eine Mondlandemission. Und es kauft auch noch russisches Gas, das Deutschland bereits bezahlt hat - und von dem die Ampel sagt, daß wir es nicht haben dürfen. Es hilft nur eines: Neuwahlen - um damit die Ampel auf den Mond zu schießen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 28. September 2023 (x1.329/...): >>**Kommt das Bürgerstrom-Kontingent?**

Strom wird knapp und teuer. Jetzt wird das Bürgerstromkontingent diskutiert. Fehlentscheidungen der Politik sollen durch sozialistische Verteilungsphantasien vertuscht werden.

Der Architekt Werner Sobek, selbst ernannter "Pionier der Nachhaltigkeit", darf sozialistische Stromphantasien verbreiten. Wörtlich forderte er in der WELT (Bezahl): "Ich schlage ein Bürgerstromkontingent vor. Wir verteilen den knappen Strom pro Kopf". Er wünscht sich ein grundlegendes Umdenken bei Komfort und Stromverbrauch. Auch das frei stehende Einfamilienhaus soll in seiner jetzigen Form nicht mehr gebaut werden, wenn es nach dem Willen Sobeks geht.

Weitere Vorschläge des Werner Sobek:

"Wir müssen die Ansprüche an unsere Wohnungen senken", so der Architekt in der "Welt".

"Ich kritisiere das Anspruchsdenken vieler Bürgerinnen und Bürger. Man muß seine Ansprüche in schwierigen Situationen wie der heutigen auch reduzieren können."

"Man kann nicht etwas einfordern, das nicht mehr bezahlbar ist und dessen Auswirkungen auf unsere Umwelt nicht mehr akzeptabel sind."

Sobek stellt Fragen wie diese: "Ist es zumutbar, an wenigen Tagen im Jahr einen Pullover in der Wohnung tragen zu müssen? Früher konnte man sich das heutige Komfortniveau häufig nicht leisten. Waren die Menschen deshalb unglücklicher?"

"Ja, das frei stehende Haus im Grünen ist für viele ein großer Traum." Aber: "Die Aufwendungen für die Infrastruktur, die erhebliche Baustoff- und damit auch Emissionsaufkommen erzeugen, sind in einer Einfamilienhaussiedlung fast doppelt so hoch wie bei einer engeren Bebauung. Die Distanzen von Haus zu Haus, die es nur bei frei stehenden Häusern gibt, müssen mit Straßen und Leitungen überbrückt werden. Wenn Sie dies vermeiden und auch die damit verbundene Bodenversiegelung reduzieren wollen, dann muß man Haus an Haus bauen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 30. September 2023 (x1.329/...): >>**Deutschland: Der Countdown läuft**

Arbeitslosigkeit steigt, Energie wird knapp, Rezession und Armut. Unterdessen sieht Außenministerin Baerbock die deutsche Energiewende als Exportmodell. Wie geht es weiter in Deutschland?

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im September 2023 um 141.000 gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Gegenüber dem Vormonat nahm sie um 69.000 auf 2,627 Millionen Arbeitssuchende ab, teilte die Bundesagentur für Arbeit am Freitag mit. Saisonbereinigt hat die Zahl der Arbeitslosen im September gegenüber dem Vormonat um 10.000 zugenommen.

Mehrere führende Forschungsinstitute gehen von einem deutlich stärkeren Schrumpfen der deutschen Wirtschaft im laufenden Jahr aus. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert für das Jahr 2023 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 0,6 Prozent, wie die Forscher am Donnerstag mitteilten. Damit wird die Prognose vom Frühjahr 2023 kräftig um 0,9 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Baerbock sieht deutsche Energiewende als Exportmodell

Außenministerin Annalena Baerbock läßt in der Qualitätspresse verkünden, daß die Energiewende in Deutschland ein Exportmodell für ausländische Staaten sei.

Fakt ist: Seit dem Abschalten der drei letzten Atomkraftwerke ist Deutschland Netto-Importeur von Strom, nicht Exporteur. Und: Der Anteil an "schmutzigem" Strom aus Kohle ist seitdem gestiegen - ebenso wie der Anteil an Atomstrom im deutschen Strom-Mix.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Oktober 2023:

>>**Wind- und Solarenergie ruinieren die deutsche Wirtschaft**

_ von *Francis Menton*

Und es ist der plötzliche und dramatische Einbruch der deutschen Industrieproduktion, der es dem Wind- und Sonnenkult ermöglicht hat, den "Sieg" mit der Behauptung zu verkünden, daß Deutschland 50 Prozent seines Stroms aus "alternativen" Quellen beziehe. Hinter der Übertreibung steckt u.a. die Tatsache, daß der Großteil der durch sogenannte " alternative Energie" erzeugten Energie aus "Biomasse" stammte, also Holz, das aus den schrumpfenden Wäldern Deutschlands gewonnen wurde.

Schrumpfende Wirtschaft benötigt weniger Strom

Der andere Grund dafür, daß Deutschland die 50-Prozent-Grenze für " alternative" Energien durchbricht, ist die Tatsache, daß die rückläufige Wirtschaft insgesamt zu einer geringeren Nachfrage nach Strom führt.

Deutsche Haushalte und Unternehmen leiden bereits unter Europas höchsten Strompreisen - und es ist noch Schlimmeres zu erwarten, - und es ist wahrscheinlich, daß weitere Unternehmen schließen. Wer kann, ist auf der Suche nach billiger Energie und besichtigt bereits mögliche Standorte im Ausland. Viele deutsche Unternehmen wie BASF, Wacker und Siltronic sind bereits geflohen und haben sich in Orten wie Singapur und den USA niedergelassen, ein Prozeß, der vor über einem Jahrzehnt begann.

Francis Menton wirft einen Blick auf die Wahrheit hinter den Zahlen:

Herzlichen Glückwunsch an Deutschland für mehr als 50 Prozent Strom aus "alternativen Energien"!

Auf dem Weg zu Netto-Null-CO₂-Emissionen aus der Energienutzung besteht der wichtigste erste Schritt darin, Kohlenwasserstoff basierende Brennstoffe aus der Stromerzeugung zu eliminieren und sie durch die magischen "alternativen" Energien zu ersetzen. Zumindest wird uns das gesagt. Sobald die Stromerzeugung frei von fossilen Brennstoffen ist, kann der gesamte Energieverbrauch auf Elektrizität umgestellt werden, ohne daß es zu den angeblich schädlichen Emissionen kommt. Voilà - Netto-Null!

Jubelmeldungen von der Energiefront

Aber irgendwie scheint in den Ländern, die versucht haben, diesen Weg mit Windkraftanlagen und Solarpaneelen zu gehen, der Vorstoß, mehr Strom aus " alternativen Energien" zu erzeugen, bei etwa 40 - 45 Prozent ins Stocken zu geraten. (Einige kleine Länder mit viel Wasserkraft erhalten höhere Prozentsätze, indem sie die Wasserkraft als "erneuerbar" zählen.) Die o.g. Länder bauen zwar immer mehr Solarpaneele und Windturbinen, aber irgendwo in den 40er Prozenten scheint sich der Anteil, den diese Einrichtungen zur Stromerzeugung beitragen, einfach nicht mehr sehr zu verändern.

Und deshalb ist es so spannend, daß Deutschland im ersten Halbjahr 2023 endlich die 50-Prozent-Marke durchbrochen hat und als erstes bedeutendes Land mit wenig Wasserkraft mehr als die Hälfte seiner Stromerzeugung aus " alternativen Energien" bezieht. Mit einer einfachen Internetsuche können Sie eine große Anzahl von Nachrichtenquellen finden, die großartige Neuigkeiten verbreiten.

Hier einige Beispiele: Reuters, 27. Juni ("Der Anteil alternativer Energien am deutschen Stromverbrauch steigt im ersten Halbjahr auf 52,3 Prozent"); Fraunhofer, 3. Juli ("Deutsche Nettostromerzeugung im ersten Halbjahr 2023: Rekordanteil alternativer Energien von 57,7 Prozent"); Clean Energy Wire, 27. Juni ("alternative Energien deckten im ersten Halbjahr 2023 mehr als die Hälfte des deutschen Stromverbrauchs"); und Solar Quarter, 5. Juli ("Deutschland erreicht Rekordanteil von 57,7 Prozent alternativer Energien an der Nettostromerzeugung im ersten Halbjahr 2023"). Warum die genauen Prozentsätze von Artikel zu Artikel ein wenig variieren, kann ich nicht erklären; aber sie liegen alle mindestens etwas über

der Schlüsselzahl von 50 Prozent.

Subventionsorgie mit geringen Wirkungen

Deutschland ist also sicherlich weiterhin Vorreiter bei der grünen Energiewende. Sicherlich hat Deutschland seine Idee, daß der Weg zu Netto-Null über den Bau von immer mehr Solarpaneelen und Windturbinen führt, nur noch beschleunigt. Eine Website namens Renewable-Energy-Industry.com stellt Daten zu Zubauten der deutschen Wind- und Solarkapazität allein im ersten Halbjahr 2023 zusammen:

"Rekordzugänge in Deutschland: 8.000 MW neue Wind- und Solarkapazität im ersten Halbjahr 2023."

Insbesondere die Solarenergie boomt in Deutschland. Allein von Januar bis Juni 2023 entstanden rund 465.000 neue Solaranlagen mit 6.500 MW Nennleistung. Im ersten Halbjahr 2023 gingen knapp 350 neue Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von rund 1.750 MW in Betrieb.

Die Erweiterung der Erzeugungskapazität um 8.000 MW in nur sechs Monaten ist ein enormer Zuwachs in einem Land, in dem der Spitzenstromverbrauch weniger als 85.000 MW (oder 85 GW) beträgt.

Sind es diese großen Kapazitätserweiterungen, die Deutschland über die 50-Prozent-Schwelle bringen konnten? Wenn Sie sich den oben verlinkten Artikel von Reuters genau ansehen, werden Sie leider zu einem ganz anderen Verständnis gelangen. Es zeigt sich, daß der Anteil des Stroms aus alternativen Energien in Deutschland nicht deshalb gestiegen ist, weil die Produktion von Strom aus alternativen Energien gestiegen ist, sondern weil die deutsche Wirtschaft schrumpft. Nach jahrzehntelangen Bemühungen, Hunderten von Milliarden Euro an Subventionen und stark gestiegenen Strompreisen für Verbraucher, bleibt der Beitrag von Wind- und Solarenergie zur deutschen Wirtschaft nahezu unbedeutend.

Die Erfolgswahlen täuschen

Trotz aller neuen Solar- und Windkraftanlagen ist die Stromproduktion aus diesen Quellen in Deutschland in letzter Zeit eher rückläufig als gestiegen. Hier ist die Geschichte für das erste Halbjahr 2023, aus dem oben verlinkten Reuters-Artikel:

Alternative Energien machten mit 137,5 TWh 51,7 Prozent der Gesamtproduktion aus, ein Anstieg gegenüber den 46,4 Prozent im ersten Halbjahr 2022, obwohl die Produktionsmengen von Ökostrom um 0,6 Prozent zurückgingen.

Die 137,5 TWh Strom, die Deutschlands "alternative" Anlagen im ersten Halbjahr 2023 produzierten, sind ein lächerlicher Prozentsatz ihrer vermeintlichen theoretischen Kapazität.

Eine Grafik bei Clean Energy Wire zeigt hier an, daß Deutschlands Erzeugungskapazität für Solarenergie sowie Onshore- und Offshore-Windenergie im Jahr 2022 130,8 GW beträgt. (In einem Land mit nur etwa 85 GW Spitzenverbrauch!). Rechnet man die neuen 8 GW Kapazität hinzu, die im ersten Halbjahr 2023 hinzugefügt wurden, hätte man 138,8 GW Wind- und Solarkapazität oder 602,9 TWh Kapazität ($138,8 \times 24 \times 181$) für die 181 Tage von Januar bis Juni 2023. Das würde bedeuten, daß die Wind- und Solaranlagen zusammen in diesem Zeitraum nur 22,8 Prozent der Nenn-Kapazität produzierten.

Wenn also die Stromproduktion aus "alternativen Energien" tatsächlich zurückgegangen wäre, wie hätte dann der Anteil der Stromproduktion aus "alternativen Energien" von 46,4 Prozent auf 51,7 Prozent der Gesamtmenge steigen können? Ganz einfach - die Produktion aus allen anderen Quellen (fossile Brennstoffe und Kernkraft) ging dramatisch zurück:

Konventionelle Energiequellen - Atomkraft, Kohle, Erdgas und Öl - lieferten zusammen 128,4 TWh, ein Rückgang gegenüber 160,0 TWh im Vorjahr. Man konnte die herkömmlichen Generatoren weniger laufen lassen, weil der Strombedarf nicht vorhanden war.

Grüne Energien und Wirtschaftsabsturz

Der Rückgang der konventionellen Produktion spiegelte den Ausstieg aus der Kernenergie

Mitte April und die Produktionskürzungen der Betreiber wider, um der schwachen Nachfrage gerecht zu werden.

Die Änderung von 160,0 TWh auf 128,4 TWh aus konventionellen Quellen, ist rechnerisch ein Rückgang um 19,75 %. Und das in einem Jahr ist ziemlich enorm. Wie kann es nun sein, daß es in Deutschland zu einem so enormen Rückgang der Stromnachfrage kommt? Schauen Sie sich vielleicht den großen Artikel auf der Titelseite des heutigen Wall Street Journal an: "Deutschlands schrumpfende Wirtschaft löst einen Kampf um Lösungen aus." (andere Überschrift online). Es stellt sich heraus, daß der Weltmarktführer bei der angeblichen "grünen Energiewende" auch in der einzigartigen Lage ist, eine Wirtschaft zu haben, die schrumpft, und zwar nicht nur geringfügig:

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds wird Deutschland im Jahr 2023 die einzige große Volkswirtschaft der Welt sein, die schrumpfen wird, und selbst das mit Sanktionen belegte Rußland wird ein Wachstum verzeichnen.

Der Schwindel mit der Biomasse

Der WSJ-Beitrag geht auf eine Reihe von Faktoren ein, die möglicherweise zur schrumpfenden Wirtschaft beitragen. Doch selbstverschuldete hohe Energiepreise werden immer wieder genannt:

Energiekosten stellen Branchen wie die Chemie vor eine existentielle Herausforderung. Die Energiepreise in Europa sind seit dem Höchststand des letzten Jahres gesunken, da die EU-Länder sich bemühten, russisches Gas zu ersetzen. Aber die deutsche Industrie muß sich mit immer noch höher steigenden Kosten auseinandersetzen als ihre Konkurrenten in den USA und Asien.

Und werden diese massiven Investitionen Deutschlands in die Stromerzeugung aus Windkraft und Solarenergie inzwischen tatsächlich größere Fortschritte im Gesamtmarkt für Primärenergie im Land machen?

In der Kategorie " alternative Energien" für alle Primärenergien (nicht nur Strom) erfahren wir, daß sie "Biomasse" als "alternative Energie" einschließen. Wahrscheinlich handelt es sich dabei hauptsächlich um Holz, das zum Heizen von Häusern verwendet wird, und es handelt sich kaum um eine kohlenstofffreie Quelle. Die aus der "Biomasse" erzeugte Energiemenge liegt mit 1.040 PJ und 8,8 Prozent der Primärenergie weit über der Summe aus Wind und Sonne (713 PJ und 6,0 Prozent der Primärenergie).

Artefakte der Schrumpfung

Es stellt sich heraus, daß das ganze Mantra "mehr als 50 Prozent aus alternativen Energien" nur für Strom gilt (weit weniger als die Hälfte des Primärenergieverbrauchs). Und anstatt den Fortschritt der mythischen Wind- und Solarenergie darzustellen, ist das Ganze nur das Artefakt einer schrumpfenden Wirtschaft, die größtenteils durch den destruktiven Ausbau der Wind- und Solaranlagen selbst verursacht wird. Die deutsche Regierung und Lobbyisten zerstören ihre Wirtschaft und haben seit zwei Jahrzehnten fast nichts vorzuweisen außer, daß sie Hunderte Milliarden euro in die nutzlosen Wind- und Solarparks investiert haben.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 4. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>Energiewende-Chaos: Netzbetreiber TransnetBW schlägt Alarm - allein in Baden-Württemberg fehlen über 10 Kraftwerke

Die Energiewende führt zu immer stärkeren Schwankungen im Netz und Verteilungsproblemen. Der Chef eines des größten Netzbetreibers warnt nun vor Folgen der Energiewende. ...

Schon einige Male wurden Stromkunden in Deutschland dazu aufgerufen, ihren Verbrauch zu reduzieren, um eine angespannte Netzsituation zu entschärfen. Verbraucher sind dann immer wieder angehalten, durch Stromsparen das Netz zu stabilisieren (Apollo News berichtete). Diese Situationen sind zukünftig mit der Energiewende und der Abkehr von den konventio-

nellen Kraftwerken noch verstärkt zu erwarten.

Der dpa erklärte der Chef von TransnetBW, einem der größten Netzbetreiber, Werner Götz: "Mehrere Millionen Anlagen in Deutschland gehorchen nicht mehr unserem Befehl, sondern produzieren dann, wenn die Außenbedingungen - also Sonne und Wind - es ermöglichen." Der Verbraucher hingegen frage nicht nach, ob es gerade passe, wenn er den Lichtschalter oder die Kaffeemaschine einschalte.

Bedeutet: Die Stromerzeugung ist durch die Energiewende zunehmend von Umweltfaktoren abhängig. Den Netzbetreiber seien die Hände gebunden, wenn es zu viel oder zu wenig Strom gibt und eine Disbalance entsteht. Solar- und Windanlagen seien einfach nicht mehr so beliebig steuerbar wie konventionelle Kraftwerke. Der Ausgleich dieser Schwankungen schlägt auch bei den Strompreisen voll durch.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/23" berichtete am 6. Oktober 2023 (x1.387/...): >>**Zu Lasten aller**

Energiewende: Einmal angefangen, will die Bundesrepublik den totalen Stromumbau vollenden. Überall suchen Kommunen und Behörden nach neuen Plätzen, um dort mehr Solar- und Windkraftwerke hinzupflanzen

Mathias Pellack

Deutschland betreibt die Energiewende mit solchem Eifer, daß schützenswerte Güter - salopp gesagt - einfach unter die Windräder kommen. Oder unter Solarplatten. 370 Hektar Wald sollen dem Solarpark Hohensaaten und einem anschließenden Industriegebiet weichen. Der Investor beurteilt den Wald in der Nähe von Berlin als minderwertig. Anwohner und eine Bürgerinitiative sehen das anders. Sie wollen den Bestand schützen.

Laut der Investorenfirma Lindhorst aus Niedersachsen stehe auf dem Stück Land eine Monokultur aus Kiefern. Diese schnellwachsenden Bäume lagern pro Festmeter Holz verhältnismäßig wenig Kohlendioxid ein. Es zwar unrealistisch, daß es sich tatsächlich um eine Monokultur handelt, da das abgezaunte Gebiet nicht bewirtschaftet wird, doch selbst wenn es so wäre, würden bei der Rodung einer derart großen Fläche immer noch über 200.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) in die Umwelt gelangen.

Das ist so viel wie eine 50.000-Einwohner-Stadt wie Baden-Baden in einem Jahr ausstößt. Die im Vergleich zu einem Kernkraftwerk ohnehin dreimal höhere CO₂-Belastung pro Kilowattstunde durch Bau und Betrieb einer Solaranlage wächst damit nochmals.

Laut Martin Gemeinholzer von der Initiative "Pro Wald Hohensaaten" stehen "hier diese gesunden Bäume", die der Waldzustandsbericht des Landwirtschaftsministeriums auf acht Prozent des Baumbestands in Brandenburg bemißt. "Wir müssen den Wald besser schützen und am besten auch noch mehr Waldflächen in Brandenburg haben." Doch auch Windräder rücken dem Klimahelfer Nr. 1 - dem Wald - zu Leibe. Im Schnitt gelten in Deutschland etwa 20 Prozent des Waldes als gesund.

In Sachen Windräder ist Deutschland spitze. Die Lokalzeitungen überschlagen sich mit Meldungen, wo bald das weltweit höchste stehen soll: Bayern, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen haben Kandidaten. Gegenwärtig steht bei Stuttgart in Baden-Württemberg eines der höchsten. Es mißt 246,5 Meter bis zur Flügelspitze und ist damit ein Zwerg im Vergleich zu dem, was bei Paderborn errichtet werden soll. Ein bisher unerreichter Riese von 363 Metern Gesamthöhe.

Der hat das Potential nicht nur die örtliche Landschaft, sondern auch die lokale Gesellschaft zu spalten. In den Augen des Windkraftbetreibers ist diese neuartige Technologie der Höhenwindräder kein Problem: Die allgemeine Vorprüfung habe ergeben, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich sei, da keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen erwartet würden. Klar, denn sie wäre weltweit die erste ihrer Art. Die Anlage soll im Windpark Altenautal auf dem Gebiet der Stadt Lichtenau stehen.

"In Deutschland standen zum Ende des Jahres 2022 insgesamt 28.443 Onshore-Windenergieanlagen", so der Bundesverband Windenergie. In bezug auf das Jahr 2020 mit seinen 29.608 Windrädern onshore sind das 1.165 weniger. Der Rückgang läßt sich mit dem Rückbau alter und wenig effizienter Anlagen erklären. Es gibt einfach nicht mehr genug Platz, um das Windkraft-Ausbauziel der Bundesregierung einhalten zu können, moniert der Verband.

Die bei Paderborn und an anderen Orten geplanten Giganten gehören zu den Höhenwindanlagen, deren Naben in 200 Metern und mehr Höhe liegen. Hier oben weht beständiger und kräftiger Wind. Experten erwarten einen grundsätzlich höheren Energieertrag. Befürworter der neuen Giganten versprechen, daß so die Anzahl der Windräder auf etwa 23.900 Anlagen reduziert werden könnte, da die Energieernte weitaus höher sei. Unabhängige Untersuchungen wie eine Simulation der NZZ zeigen, daß Windkraftanlagen fast ausschließlich an den Küsten von Nord- und Ostsee wirtschaftlich rentabel sind.

Der Leiter des Stuttgarter Lehrstuhls für Windenergie, Po Wen Cheng, hält bei den Vergütungen von 2022 eine Auslastung von mindestens 30 Prozent für einen wirtschaftlichen Betrieb einer Windkraftanlage für realistisch. Diesen Wert überschreiten im Landesdurchschnitt aber nur die Anlagen Schleswig-Holsteins gerade so mit 31 Prozent Auslastung in den vergangenen zehn Jahren, so die großangelegte Berechnung mit Hilfe von Daten der Windkraftbetreiber und Wetterdaten der Nasa.

Schon das Bundesland mit den zweitmeist ausgelasteten Anlagen, Mecklenburg-Vorpommern, liegt mit 29 Prozent darunter. Die Windkraftwerke im drittplatzierten Niedersachsen kommen zusammen nur noch auf 25 Prozent Auslastung. Die letzten Plätze belegen demnach die großen Energieverbraucher Bayern (19 Prozent), Sachsen (19 Prozent) und Baden-Württemberg (17 Prozent). Ob die Höhenwindräder die schlechte Wirtschaftlichkeit ändern können, steht noch in den Sternen.

Beim Größenwachstum der vergangenen Jahre wurden bisher immer weitere Flächen mit Windanlagen bebaut. Andere Schätzungen gehen daher von einem Zuwachs des Windkraftwaldes auf bis zu 35.000 Kraftwerke aus.

500.000 Tonnen unrecyclebare Windradflügel stehen schon im Land

Fläche ist ein endliches Gut. Die gegenwärtigen Anlagen stehen auf einem Betonsockel von circa 100 Quadratmetern. Doch in der Nähe sollte nichts weiter stehen. Der tatsächliche Landverbrauch variiert daher zwischen 0,5 und einem Hektar. Die neuen Höhenwindräder müßten statt einem Sockel vier haben, so daß sie wie riesige Hochspannungsleitungen im Boden verankert sind.

Das bedeutet wiederum mehr versiegelte Flächen und mehr nicht-recyclebare Abfälle. 1.300 Tonnen Beton werden bisher in einer Standardwindkraftanlage verbaut - das würde etwa für sechs Einfamilienhäuser genügen. Dazu kommen 290 Tonnen Stahl, 50 Tonnen Eisen, 24 Tonnen Fiberglas und dazu noch eine Reihe seltener Erden. Die je 20 Tonnen schweren Flügel der Anlagen lassen sich nicht recyceln. Nach spätestens 20 Jahren müssen diese erneuert werden.

Anlagen wie diese sollen auch im Märchenwald, dem Reinhardswald in Hessen eingesetzt werden. Hessen und Rheinland-Pfalz teilen sich den ersten Platz hinsichtlich der Bewaldung. Über 42 Prozent der Landesfläche sind bewachsen. Daher ist es für diese Bundesländer besonders schwierig, die bundespolitische Vorgabe, zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft zu nutzen, umzusetzen. Der Aufwand und die Naturzerstörung sind ungleich größer als etwa in Schleswig-Holstein, das nur zu elf Prozent mit Wald bedeckt ist.

Ein Streit des örtlichen Windparks Reinhardswald mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) ist im September derart eskaliert, daß der Windparkbetreiber ein Angebot für einen gerichtlichen Vergleich zurückgezogen hat. Der Windparkbetreiber lehnt die Forderung nach einer bestimmten Mindestgröße an Ausgleichsflächen zum Naturschutz ab. Die Kosten

dafür seien völlig unklar. In den Augen der SDW kämpfen hier Klimaschützer gegen Schützer der Biodiversität. Die SDW sorge sich schon allein wegen der Funktion als Kohlenstoffsенке um die alten Wälder.

Weiter böten Wälder zahlreichen gefährdeten Tier- und Pflanzenarten geeigneten Lebensraum. Sie seien "Naturreservoir, fungierten überdies als Wasserspeicher und schützten vor Hochwasser, filterten Staub und Schadstoffe aus der Luft, dämpften in Hitzesommern die Temperaturschwankungen und kühlten die Siedlungen und dienten der Erholung der Bevölkerung. Kurzum: "Der Wald ist daher ein echter Alleskönner, während Windenergieanlagen nur Strom produzieren können, sofern der Wind weht." Etwa 29 Hektar würden für den Bau der Windkraftanlagen teilweise dauerhaft zerstört werden.

Doch neben den direkten Schädigungen des Waldes gibt es noch weitere Faktoren, die das Ökosystem belasten. So zeigen Berechnungen des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt (DLR) von 2019, daß die etwa 30.000 Windkraftanlagen in Deutschland jährlich etwa 1.200 Tönnen fliegende Insekten töten. Zuvor herrschte wissenschaftlicher Konsens darüber, daß Windkraftanlagen gar kein Problem für den hiesigen Insektenbestand darstellen.

Doch Schätzungen sagen, daß Vögel in deutschen Wäldern jährlich etwa 400.000 Tönnen Insekten vertilgen. Daß Vögel und auch Fledermäuse wiederum ebenfalls den Anlagen massenhaft zum Opfer fallen, ist inzwischen gut belegt. Die Experten streiten sich nur über die tatsächlichen Zahlen. Geschätzt wird die Opferzahl auf 100.000 jährlich im Bundesgebiet.

Für die Verteilung der vornehmlich an der Küste erzeugten Windenergie werden nun unter anderem neue Elbtunnel gebohrt. Suedlink heißt eines der drei großen Projekte, bekannter ist es unter dem Schlagwort der Stromautobahn. Den Baustart hat am Montag, den 11. September der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck begleitet. Die zwei großen Leitungen mit je zwei Gigawatt sollen den Strom von der Küste in die Industriegebiete Bayerns und Baden-Württembergs bringen. Das Projekt hätte eigentlich schon längst fertig sein sollen. 2028 sollen dann vier Gigawatt durch die 700 Kilometer Leitungen fließen können.

Seit den allerersten Planungen 2011 haben Bürgerinitiativen den Bau gebremst. Ursprünglich sollte die komplette Strecke als Oberleitungen verlegt werden. Bundesweit gab es jedoch entlang der ganzen Trasse Proteste dagegen. Der "Bundesverband gegen Suedlink" meint dabei ganz klar: "Nach wie vor ist das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) nicht in der Lage, ein Konzept für einen nachhaltigen Energiewendeplan zu erstellen und verweigert dabei Millionen an Steuergeldern."

Große Lobbyverbände zeichneten verantwortlich für viele Entscheidungen des BMWi, die nicht mit der Energiewende vereinbar sind, so der Verband. Der glaubt, die Energiewende ganz ohne den Ausbau der Übertragungsnetze und ohne jede Atomkraft gestalten zu können. Statt dessen wolle man immer noch mehr Wind- und Sonnenstrom im Süden Deutschlands ernten.

Von Problemen wie beispielsweise ... einer Dunkelflaute hat man hier wohl noch nicht gehört. Die letzte Alternative der Speicherung großer Energiemengen steckt noch völlig in den Kinderschuhen. Die größte Batterie Deutschlands in Järdelund in Schleswig-Holstein kann für eine Stunde lang 48 Megawatt bereitstellen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 11. Oktober 2023 (x1.332/...): >>>**Nach Kernkraft-Abschaltung: Deutschland zahlt Rekordsummen für Stromimporte**

Zur aktuellen Auskunft der Bundesregierung, auf welche Summen sich die Zahlungen für Stromimporte Deutschlands an stromexportierende Länder vom 1. Januar 2023 bis 15. April 2023 sowie vom 16. April 2023 bis 31. August 2023 belaufen, teilt die AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann mit:

"Das Ergebnis meiner Anfrage ist ein Skandal. Eine scheinbare Unabhängigkeit Deutschlands

von fossilen Brennstoffen und von Kernenergie transformierte uns auf direktem Weg in eine exorbitant teure Stromabhängigkeit von anderen Ländern. Eine mehrseitige Schwafelei, irrigläubig verfaßt, über die alarmierenden Tatsachen hinwegtäuschend, zeigt die überbordende Misere in aller Deutlichkeit.

Die Antwort der Bundesregierung offenbart, daß deutsche Stromhändler im Winterzeitraum vom 1. Januar 2023 bis 15. April 2023 insgesamt 1,35 Milliarden Euro für erforderliche Stromimporte ausgaben. Für den Sommerzeitraum vom 16. April 2023 bis 31. August, also nach Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke, beliefen sich die Ausgaben deutscher Stromhändler für Stromimporte auf 2,64 Milliarden Euro für 2,5 Terawattstunden.

Die seit Langem bestehende Forderung der AfD-Fraktion, die sogenannte Energie- und Wärmewende zu beenden und wieder für sichere, lückenlose und bezahlbare Energie zu sorgen, könnte nicht eindrucksvoller mit belastbarem Zahlenwerk untermauert werden. Es ist nicht von der Hand zu weisen: Die Ampel-Koalition führt unser Land in den Ruin. Um den Weg aus der Krise gehen zu können, braucht Deutschland den politischen Wandel, und zwar unverzüglich."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 16. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>**Hohe Gas- und Strompreise**

43 Prozent aller Deutschen von Energiearmut bedroht

Das Phänomen "Energiearmut" bedroht laut dem Sachverständigenrat für Verbraucherfragen fast jeden zweiten Haushalt: 43 Prozent gelten als überlastet. Und das dürfte sich in Zukunft auch nicht bessern. ...

Max Roland

Immer mehr Deutsche sind von "Energiearmut" bedroht. Zu diesem Schluß kommt ein Papier des "Sachverständigenrates für Verbraucherfragen", dem unter anderem die bekannte "Wirtschaftsweise" Monika Grimm angehört. Aufgrund der Energiepreisanstiege, die unter anderem durch den russischen Angriff auf die Ukraine verursacht wurden, seien inzwischen 43 Prozent aller Haushalte stark belastet. Ein Haushalt gilt nach einer gängigen Definition als durch Energiearmut bedroht, wenn der Anteil der Energiekosten 10 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens übersteigt.

Der Anteil der von Energiekosten überlasteten Haushalte sei im Betrachtungszeitraum, also innerhalb von eineinhalb Jahren, von 26 Prozent auf 43 Prozent angestiegen. In den Jahren 2016 bis 2020 lag dieser Wert im Schnitt über die Jahre noch bei rund 16 Prozent. Insbesondere die unteren Einkommensgruppen sind massiv überlastet: 87 Prozent des untersten Einkommensfünftels sind von Energiearmut betroffen, heißt es in dem Bericht.

Abschließend schreiben die Experten, "daß der Höhepunkt der Kostensteigerung für viele Haushalte überschritten ist und die Kostenwelle langsam abebbt. Allerdings ist bei Haushalten, deren Kosten für Heizung/Warmwasser über die Nebenkosten abgerechnet werden, noch über einen längeren Zeitraum mit Änderungen der Abschlagszahlungen zu rechnen." Das betrifft also die vielen Menschen, die zur Miete wohnen.

"Außerdem ist denkbar, daß die Gaspreise im Winter wieder anziehen und sich dadurch für die Verbraucherinnen und Verbraucher erneut ein Kostendruck entfalten könnte", prognostizieren die Sachverständigen. Sie fordern daher eine Verlängerung der staatlichen "Gaspreisbremse" und weitergehende Untersuchungen, um das tatsächliche Ausmaß von Energiearmut besser nachvollziehen und entsprechend kontern zu können.

"Letztlich sollte die Politik die Krise zum Anlaß nehmen, langfristig wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um auch und besonders die unteren Einkommensgruppen dauerhaft vor künftigen Energiepreisschocks schützen."

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.018	https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/? - August 2021
x1.025	https://de.wikipedia.org/wiki/Kerntechnischer_Hilfszug - September 2021
x1.027	https://www.energie-lexikon.info/reaktorsicherheit.html - September 2021
x1.178	https://www.kla.tv - November 2022
x1.230	https://www.rubikon.news/artikel/angriff-auf-den-mittelstand - Dezember 2022
x1.253	https://www.kla.tv - April 2023
x1.261	https://www.scinexx.de/dossierartikel/abschalten-und-dann/ - April 2023
x1.270	https://afdkompakt.de/2023/02/28/schon-2024-habeck-will-verbot-von-oel-und-gasheizungen/ - April 2023
x1.280	https://www.mmnews.de/politik/197113-gruene-lassen-abgeschaltete-akws-endgueltig-unbrauchbar-machen - April 2023
x1.283	https://pleiteticker.de/exklusiv-gruene-lassen-atomkraftwerke-ohne-genehmigung-mit-saeure-zerstoeren/ - April 2023
x1.284	https://journalistenwatch.com/2023/04/14/gruener-sargnagel-atomkraftwerke-ohne-genehmigung-mit-saeure-zerstoeren/ - April 2023
x1.319	https://www.kla.tv - Oktober 2023
x1.326	https://afdkompakt.de/ - Oktober 2023

x1.328	https://apollo-news.net/ - Oktober 2023
x1.329	https://www.mmnews.de/ - Oktober 2023
x1.331	https://www.nius.de/ - Oktober 2023
x1.332	https://afdkompakt.de/ - November 2023
x1.333	https://apollo-news.net/ - November 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024